BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Dezember 1962 **DM 2,–**

Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats November 1962 S. 881
- Berichte und Kommentare S. 884

- Die Lage:

  Dr. Achim v. Borries:
  Koalition — Konzeption — Generaldebatte S. 889

- Dr. Rudolf Hilf:
  Dynamik des Friedens S. 899
- Dr. Ernst Schwarz:
  Opposition und Widerstand S. 910
- Kanonikus John Collins, London:
  Die Bewegung für einseitige nukleare Abrüstung in England S. 918
- Dr. Lily E. Marx, Rom:
  Italiens Außenpolitik nach der „Öffnung nach links" S. 922
- Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
  Notstands-Verfassung ante portas S. 926
- Zur Notstands-Gesetzgebung
  (Der „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes") S. 928
- Wolfgang Baranowsky:
  Demokratie — ein Lügenmärchen? (II) S. 934

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 941

- Buchbesprechungen S. 946

- Dokumente zum Zeitgeschehen
  (Erklärungen zur „Spiegel"-Affäre) S. 952

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang **Heft 12**

Vorgesehen sind u. a.:

Heinz Abosch:
Entwicklungsländer zwischen Abhängigkeit und Freiheit

Helga Koppel:
Die Grund-Torheit.
Über den Antikommunismus.

Prof. Dr. Mitsuo Miyata, Tokio:
Friede als bürgerlicher und christlicher Auftrag

Pastor Herbert Mochalski:
Zur Geschichte der Entstehung der Bundesrepublik

Rudolf Rolfs:
Bemerkungen zum politischen Kabarett

Thomas Torsvik, Bergen/Norw.:
Die Mauer

H. C. N. Williams, Probst der Kathedrale von Coventry:
Überwindet den Völkerhaß

In den letzten Heften u.a.:

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

Prof. Dr. Albert Rasker:
Erwägungen zur deutschen Frage (5/62)

Außenminister Dr. Adam Rapacki:
Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone (6/62)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Von Ursachen und Folgen föderalistischer Mißverständnisse (7/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Kontinuität des Irrtums (8/62)

William L. Shirer:
Zur dt. Kritik an „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" (9/62)

Peter Lust, Montreal:
Kanada und Kuba (10/62)

Rechtsanwalt Heinrich Hannover:
Zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall" (11/62)

Prof. Dr. Ragnar Frisch, Oslo:
Warum ich den Gemeinsamen Markt ablehne (11/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang **Dezember 1962** **Heft 12**

Chronik des Monats November 1962

1. 11. — Kuba-Krise. Der sowjetische Vize-Premier Mikojan begibt sich über New York, wo er Besprechungen mit Generalsekretär U Thant und amerikanischen Diplomaten führt, nach Havanna. Im Kreml empfängt Chrustschow die Regierungs- und Parteichefs einiger osteuropäischer Staaten zu getrennten Informationsgesprächen. — Am 8. 11. heißt es im Pentagon, der Abtransport der Sowjet-Raketen sei im Gange, eine Überwachung erfolge durch Kontrolle auf hoher See und verstärkte Luftaufklärung. — Am 20. 11. entsprechen die Regierungen in Havanna und Moskau der amerikanischen Forderung nach Rückzug der auf Kuba stationierten „Iljuschin-Bomber". Präsident Kennedy ordnet daraufhin die Beendigung der See-Blockade, nicht aber der „Inspektions-Flüge" an. Noch am gleichen Tage werden Alarmbefehl und Urlaubssperre für die Truppen des Warschauer Paktes aufgehoben. — Am 26. 11. macht Ministerpräsident Castro eine Inspektion kubanischen Territoriums von der gleichzeitigen Auflösung der in den USA und anderen amerikanischen Staaten unterhaltenen militärischen Ausbildungszentren für Exilkubaner unter Aufsicht der Vereinten Nationen abhängig. Nach 24tägigem Aufenthalt auf Kuba tritt Minister Mikojan den Rückflug an, besucht das UN-Hauptquartier in New York und konferiert am 29. 11. in Washington mit Kennedy über die Weltlage.

— Weltraum. Sowjetische Wissenschaftler starten eine Raumsonde in Richtung Mars, die den Planeten in sieben Monaten erreichen und Fotoaufnahmen und Meßergebnisse zur Erde übermitteln soll.

2. 11. — Indien/China. US-Flugzeuge starten von Frankfurt am Main nach Kalkutta, um die indische Armee mit Waffen gegen China zu versorgen. Chinesische Truppen besetzen weitere Stellungen im Grenzgebiet. Neu Delhi erläßt Sondergesetze gegen in Indien lebende Chinesen und nimmt Verhaftungen unter den Mitgliedern der indischen KP vor. Am 7. 11. muß Verteidigungsminister Menon seinen Rücktritt erklären. — Verschiedene neutrale Staaten, darunter die VAR, Guinea und Tanganjika unterbreiten Kompromißvorschläge zur Beendigung des Konflikts.

— „Aktion Spiegel". Der Verlagsleiter des Nachrichtenmagazins wird als fünfter Mitarbeiter des „Spiegel" in Haft genommen. Wegen „Begünstigung" erfolgt die Verhaftung eines Oberst des Bundesnachrichtendienstes, der die „Spiegel"-Redaktion über das eingeleitete Ermittlungsverfahren vorzeitig unterrichtet haben soll. — Die parlamentarischen Fragestunden am 7., 8. und 9. 11. fördern zahlreiche neue Widersprüche über die Hintergründe der Affäre zu Tage. Auf „gezielte" Anfragen gibt der Bundesverteidigungsminister seine

persönliche Mitwirkung an der Verhaftung des Redakteurs Ahlers in Spanien zu. — Das Bundesverfassungsgericht lehnt die Anträge des „Spiegel" auf einstweilige Verfügungen gegen die polizeilichen Maßnahmen am 9. 11. ab. Am gleichen Tage stellt die Gewerkschaft der Polizei Strafantrag in Hamburg „gegen unbekannt" wegen Entführung und Rechtsbeugung im Falle Ahlers. — Am 25. 11. verlassen nach 30 Tagen Aufenthalt die letzten Polizeibeamten das Hamburger Pressehaus. Zahlreiche Archiv- und Korrespondenzakten bleiben weiter in Besitz der Staatsanwaltschaft. Eine neue Verhaftung aus dem Verteidigungsministerium wird am 30. 11. bekannt.

5. 11. — Berlin. Bürgermeister Brandt erklärt nach einer mehrtägigen Englandreise vor der Berliner Presse-Konferenz, der Plan einer „Internationalen Kontrollbehörde für die Zugangswege nach Westberlin", an der auch Vertreter der DDR-Behörden teilnehmen würden, sei für ihn „akzeptabel". Der Bundeskanzler stimme mit dieser Ansicht überein.

— Bulgarien. Auf dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei wird die Absetzung des bisherigen Regierungschefs Jugow und einiger seiner Mitarbeiter wegen „Verletzung der Gesetzlichkeit" bekanntgegeben. Die Ministerpräsidentschaft übernimmt zusätzlich Parteisekretär Schiwkoff. — Die Begrüßungsrede des chinesischen Gastdelegierten läßt erneut Meinungsverschiedenheiten zwischen Peking und Moskau über die internationale Lage und die Möglichkeiten ihrer Entspannung erkennen.

6. 11. — USA. Bei der Neuwahl des Repräsentantenhauses und eines Teils der Senatsmitglieder kann die Demokratische Partei des Präsidenten ihre Stellung behaupten und die Zwei-Drittel-Mehrheit im Senat erringen. Kennedys republikanischer Gegenkandidat von 1960, Richard Nixon, unterliegt mit seiner Bewerbung für den Gouverneursposten in Kalifornien und scheidet damit als Anwärter auf das Präsidentenamt im Jahre 1964 aus.

9. 11. — Algerien. Regierungschef Ben Bella fordert eine Revision der algerisch-französischen Abkommen von Evian, die „der Wirklichkeit Algeriens angepaßt" werden müßten.

11. 11. — Hessen. Mit klarer Mehrheit geht die SPD aus den Landtagswahlen hervor, während die CDU Verluste hinnehmen muß. Mandatsverteilung im neuen Parlament: SPD 51, CDU 28, FDP 11 und GDP/BHE 6 Sitze.

14.—15. 11. — Bundeskanzler. Die internationale Lage ist das Thema von Gesprächen, die der Bundeskanzler und Außenminister Schröder im Weißen Haus in Washington führen. Eine amerikanische Nachrichtenagentur berichtet, Dr. Adenauer habe Kennedy die Erhöhung des westdeutschen Militäretats um 1 bis 2 Mrd. DM für das Jahr 1963 zugesagt.

15. 11. — Staatsbesuch. In Begleitung von Außenminister Schröder tritt Dr. Lübke eine mehrwöchige Asienreise an und besucht u. a. Indien und Pakistan.

17. 11. — Regierungskrise. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den USA versucht der Bundeskanzler in Bonn, den Auseinanderfall der Koalition zu verhindern. Am 19. 11. demissionieren die der FDP angehörenden Kabinettsmitglieder. Von der CDU/CSU erhält Dr. Adenauer „freie Hand" für die Bildung der neuen Regierung. Bei den Verhandlungen zwischen Christlichen und Freien Demokraten über die künftige Zusammenarbeit steht neben dem Rücktritt des Bundesverteidigungsministers auch die Kanzlernachfolge zur Diskussion. Minister Lücke führt im Auftrag des Bundeskanzlers „Kontaktgespräche" mit SPD-Politikern.

18. 11. — Frankreich. Nach massiver Wahlpropaganda, mehreren Fernsehreden des Staatspräsidenten und der monopolistischen Ausnutzung der Rundfunkeinrichtungen gelingt es der gaullistischen „Union für die Neue Republik" schon im ersten Wahlgang, 45 Kandidaten für die Nationalversammlung durchzubringen. Zweitstärkste Gruppe sind die Kommunisten. — Am 25. 11. ergibt der zweite Wahlgang wiederum eine gaullistische Mehrheit. Kommunisten und Sozialisten gehen in einzelnen

Wahlkreisen Bündnisse für die gegenseitige Unterstützung ihrer Kandidaten ein. — Mit der Neubildung der Regierung beauftragt de Gaulle den im Oktober vom Parlament gestürzten Premierminister Pompidou.

— Österreich. Die Österreichische Volkspartei des Bundeskanzlers Gorbach verbessert ihren Stimmenanteil bei den Wahlen zum Nationalrat. Die ÖVP läßt erklären, sie werde die bisherige Koalition mit der SPÖ fortsetzen.

19. 11. — Sowjetunion. In Moskau beginnt eine Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, auf deren Tagesordnung eine weitreichende Reorganisation der sowjetischen Wirtschaft und Planung steht. Parteichef Chrustschow begründet seinen Plan „einer Anpassung der Struktur der Parteiorgane an die Produktionsgestaltung". Für Industrie und Landwirtschaft sollen — abweichend von der bisherigen Regionalgliederung — je ein getrenntes Parteikollektiv unter Leitung entsprechender Fachleute gebildet werden.

20. 11. — Indien/China. Peking unterbreitet der Regierung in Neu Delhi neue Vorschläge zur Beendigung der Feindseligkeiten. Die chinesischen Streitkräfte erhalten Anweisung a) am 22. November die Kämpfe einzustellen und b) ab 1. Dezember mit dem Rückzug auf Stellungen 20 km hinter die Grenz-„Kontrollinie" vom 7. November 1959 zu beginnen. Einzelheiten der so entstehenden entmilitarisierten Zone sollten zwischen beiden Ländern ausgehandelt werden. — Am 22. 11. tritt die angekündigte Waffenruhe in Kraft. Ministerpräsident Nehru lehnt die von Peking vorgeschlagene Grenzlinie ab, ersucht aber auf diplomatischem Wege um nähere Erläuterungen.

25. 11. — Bayern. Die Christlich Soziale Union kann bei den Landtagswahlen ihre führende Stellung trotz eines Stimmenverlustes gegenüber den Bundestagswahlen von 1961 und starker Gewinne der SPD behaupten und mit absoluter Mehrheit in den Landtag einziehen. Verteilung der Mandate: CSU 108, SPD 79, Bayern-Partei 9 und FDP 8 Sitze.

26. 11. — Abrüstung. Das Verbot der Kernwaffenversuche steht im Vordergrund der wiederbeginnenden 18-Mächte-Konferenz. Schweden unterbreitet am 28. 11. einen Kompromißvorschlag, der die umstrittene Kontrolle unterirdischer Tests durch ein Gremium bekannter Seismologen aus neutralen Ländern vorsieht.

28. 11. — Frankreich. Staatspräsident de Gaulle unterzeichnet Begnadigungsurkunden für die beiden zum Tode verurteilten „OAS-Generäle" Jouhaud und Canal.

29. 11. — VVN-Prozeß. Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Westberlin beginnt ein von der Bundesregierung angestrengter Verbotsprozeß gegen die seit 1947 tätige Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Das Verfahren wird schon am zweiten Tag auf Anfang Dezember vertagt, nachdem ein Prozeßbeobachter den Gerichtspräsidenten Prof. Dr. Werner der früheren Mitgliedschaft in der NSDAP und SA beschuldigt hatte.

— Emigranten. Bewaffnete kroatische Emigranten überfallen das Missionsgebäude Jugoslawiens in der Bundeshauptstadt, beginnen eine Schießerei und legen Spreng- und Brandsätze. Der schwedische Botschafter, der die jugoslawischen Interessen in Bonn vertritt, protestiert im Auswärtigen Amt gegen die „besonders ernste Verletzung der Immunität diplomatischer Gebäude ... welcher vorzubeugen der Empfangsstaat nach den Regeln des Völkerrechts die Verantwortung trägt".

30. 11. — UNO. Für eine volle fünfjährige Amtsperiode rückwirkend ab 1961 wählen Sicherheitsrat und Vollversammlung den bisherigen „amtierenden" UN-Generalsekretär U Thant.

— Strauß-Rücktritt. Unter dem Druck der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe und nach Auseinandersetzungen in den CDU/CSU-Gremien in Bonn und München erklärt Minister Strauß seinen Verzicht auf einen Sitz in „einem neuen Kabinett Adenauer".

„Spiegel"-Diskussion — erst am Anfang

Aus der „Spiegel"-Affäre ist nach einer Strauß-Affäre längst eine Bonn-Affäre geworden; die Krise hat sich von ihrem ursprünglichen Herd gelöst und auf größere Bereiche ausgedehnt. Der „Spiegel" steht nicht mehr im Mittelpunkt. Insofern kann man jene (ausschließlich *inländischen*) Stimmen zunächst einmal verstehen, die da vorschlagen, einflüstern oder gar fordern, es der „Spiegel"-Diskussion nun endlich genug sein zu lassen. Tatsächlich, es geht nicht mehr um ein Nachrichtenmagazin, dem unsere in vielen anderen Fällen so auffallend „langmütigen" Ordnungskräfte über Nacht mit erstaunlicher Vehemenz und „ein bißchen außerhalb der Legalität" (Innenminister Höcherl) an den Pelz gefahren sind. Was d a z u zu sagen war, ist zunächst einmal gesagt; das übrige wird aktuell werden, wenn und sofern es zur Gerichtsverhandlung kommt. (Nicht bis dahin gestundet werden kann allerdings die Diskussion über die Problematik unserer Landesverrats-Gesetzgebung.)*

Und doch ist allen Zeitgenossen gegenüber, die für eine Beendigung der „Spiegel"-Diskussion plädiieren (manche mit dem Argument, das verschaffe dem unbotmäßigen Magazin nur noch immer mehr Popularität), höchste Vorsicht am Platze. Ihnen ist nämlich ebenso klar wie irgendwem im In- und Ausland, daß die Angelegenheit dieses Wochenblattes, das seit Jahren ja auch Surrogat für die desertierte parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik ist, mit der Angelegenheit unseres Staates und seiner Führung identisch geworden ist (und das noch lange bleiben wird), und sie wissen auch, daß man nicht über den „Spiegel" sprechen kann, ohne die Bonner Politik zu meinen. Deswegen ist der Hintergedanke klar: wer sich nicht länger mit dem „Spiegel"-Skandal beschäftigen soll, soll sich nicht länger mit Bonn beschäftigen, — denn dort sind im Spätherbst 1962 besonders peinliche Dinge sichtbar geworden, deren weitere Durchleuchtung und Analyse durch die Öffentlichkeit allen denen nicht am Herzen liegen kann, die unter Demokratie in erster Reihe die Verewigung der augenblicklichen Herrschafts-Konstellation verstehen.

Der Deutsche neigt dazu, politische Skandale als degoutant und unpassend zu empfinden und sich an ihnen vorbei so schnell wie möglich zu den Problemen seiner privaten Prosperität zu verdrücken. Das kommt auch diesmal seinen Verführern entgegen — die ihm suggerieren: Nun hast du wochenlang den Klatsch genossen, nun geh wieder schön brav an deine Arbeit und laß die Obrigkeit nur machen, sie wirds schon richtig machen . . .

Was kann der Bürger dieser Verlokkung, sich nach dem Aufschrecken auf die andere Seite zu drehen und weiterzuschlafen, entgegensetzen? Nicht viel, so weit er auf den Trick hereingefallen ist, das „Unerfreuliche" an der „Spiegel"-Affäre bestehe aus gewissen „Begleitumständen" und einigen „Fehlern"; über solche Dinge kann sich der Mensch, seiner Natur entsprechend, nicht ewig aufregen. Will man verhüten (und sein Teil dazu beitragen), daß auch diese, bisher ernsteste Bonner Krise wieder kupiert, abgetrieben wird, noch bevor sie ihren Sinn, Vorstufe zur

* Vgl. „Zur politischen Strafjustiz in der Bundesrepublik" in „Dokumente zum Zeitgeschehen" dieses Heftes

Genesung zu sein, erfüllen konnte, so muß man sich schon über ihren politischen Grund klar werden (und klar bleiben).

Die Nacht-und-Nebel-Aktion gegen ein Presseorgan, das zur Aufklärung und Urteilsbildung unserer Bevölkerung mehr beiträgt als irgendein anderes; die obskure spanische Verhaftung; die roßtäuscherhaften Manipulationen von Franz Josef Strauß; das beängstigende Gekurve unseres Verfassungsministers Höcherl; das unglaubliche Verhalten, wieder einmal, des über die Maßen abgebrühten Bundeskanzlers —, alles das wiegt natürlich sehr schwer, aber es ist dennoch nicht der eigentliche wunde Punkt. Völlige Klarheit (und damit zugleich Einsicht in die Notwendigkeit, sich weiterhin zu rühren und sich nicht wieder einlullen zu lassen) gewinnt nur derjenige, der sich die einfache Wahrheit zu eigen macht, daß es zu dem ganzen Skandal gar nicht erst gekommen wäre, wenn der „Spiegel" nicht die bisher wirksamste Stimme für eine von Grund auf andere, neue Bonner Außen-, Wiedervereinigungs- und vor allem Verteidigungspolitik repräsentiert hätte (und hoffentlich noch so lange repräsentieren wird, bis seine vernünftigen Auffassungen einen effektiven Fürsprech im Bundestag gefunden haben). Nicht so sehr über Franz Josef Strauß sollte der „Spiegel" stolpern — was ja fürs erste genau umgekehrt gekommen ist —, sondern vor allem über die von Strauß praktizierte, nach Atomwaffen strebende Verteidigungspolitik.

Allein um diese Politik, in allen ihren Erscheinungsformen und Verzweigungen, geht es — nicht um die Person von Franz Josef Strauß, auch nicht um die Person seines Nachfolgers, überhaupt nicht um Personen, auch nicht um Augstein und Ahlers, oder doch nur insofern, als sich durch sie alle eine bestimmte Politik manifestiert. Es geht auch nicht um die Frage, ob Franz Josef Strauß ein guter oder ein schlechter Verteidigungsminister gewesen sei. Sondern um die Erkenntnis (und auch dazu hat der „Spiegel" beigetragen), daß es im thermonuklearen Zeitalter „gute" Verteidigungsminister überhaupt nicht mehr geben kann, weil alle ihre Anstrengung und Intelligenz dauernd unterspült wird von den chaotischen Visionen und Drohungen der Apokalypse — mit denen fertig zu werden keiner menschlichen Macht mehr gelingen kann; es sei denn der Macht des Friedens.

Es gibt für die deutsche Öffentlichkeit nicht nur keinen Grund, sondern auch nicht das geringste Recht, sich die „Spiegel"-Diskussion vorzeitig entwinden zu lassen. Denn es handelt sich in Wahrheit um eine politische Grund-Diskussion — und die hat ja eben erst begonnen. Nicht von einem Ende kann die Rede sein, sondern nur von einem Anfang. Wer das nicht erkennt, tut nur denen einen Gefallen, die die festgefahrene Bonner Karre lieber versacken lassen würden, als sie mit vereinten Kräften zurückzustemmen und auf einen neuen, stabileren Pfad zu setzen.

J. W.

Das französische Wunder

Heinz Abosch schreibt uns aus Paris: Allen Todesanzeigen zum Trotz dauert die gaullistische Welle an, ja sie wird noch machtvoller. Mit 194 Abgeordneten im ersten Parlament der Fünften Republik vertreten, wird die Bewegung des Generals diesmal über 229 verfügen und damit fast die Schwelle der absoluten Mehrheit erreichen. Mit ihren Verbündeten wird sie weit darüber hinaus kommen. Keine Regierungskrisen und keine Parteienkämpfe wird es vorerst geben, zumindest nicht im echten Sinn politischer Auseinandersetzungen. Über allen Gipfeln ruht de Gaulle und gebietet den Ja-Sagern ebenso wie einer wehrlosen Opposition. Er und seine Gefolgschaft führten den Kampf gegen die „Parteien von ehedem", die der Nation geschadet

und sich überlebt hätten. Dies Schlagwort von der Parteien-Mißwirtschaft klingt deutschen Ohren nicht neu. Wir wissen, welchem Ziel es diente und welche Interessen sich dahinter verbargen. In Frankreich ist es kaum anders damit. Die Parteien höhnisch abwertend, ist des Generals „Union für die neue Republik" (UNR) tatsächlich keine Partei nach demokratischer Formel. Sie ist keine Mitgliederorganisation, sie kennt keine Debatten, auf ihrem Programm steht nichts anderes als der Name Charles de Gaulle. Nicole de Hautecloque, eine der neu gewählten Abgeordneten, umschreibt voller Stolz diese Leere: „Politisch ist der Gaullismus weder eine Ideologie noch eine Doktrin. Er ist im wesentlichen eine Geisteshaltung ... die sich durch drei Bestrebungen kennzeichnen läßt: die geschichtliche Kontinuität, den Sinn fürs Konkrete, die Zukunftsperspektiven." Die Fassade dieser erhabenen Worte ist nicht aufschlußreich. Blicken wir dahinter, dann gewahren wir wiederum die hohe Gestalt, die Ideologie und Doktrin ersetzt, Kontinuität, Konkretes und Zukunftsperspektiven in einem verkörpert. Die Abdankung vor dem großen Mann wird nicht nur proklamiert, sie wird stündlich praktiziert. De Gaulles geschickte und gewundene Abwicklung des Algerien-Krieges bewies sie: Obwohl das Gros seiner Abgeordneten anderer Ansicht war, hütete es sich aufzubegehren. Wie eine tote Masse wurde es mitgeschleift und zu einer Politik gebraucht, die seinem Inneren widersprach. Nur kleine Sprengel wagten mit Soustelle die Revolte, die anderen halfen sich mit der Treue zum Chef über Gewissensbisse hinweg.

Der gaullistische Nimbus hat den Parteienkampf entwertet, ihn seines eigentlichen Inhalts als einer freien, gründlichen, demokratischen Entscheidung beraubt. Einen „neuen Volksentscheid" nannte Le Monde die sogenannte Wahl, denn es ging nicht um diese oder jene politische Richtung, sondern für oder gegen de Gaulle. So konnte auch L'Express feststellen: „Die bedeutsame Tatsache des ersten Wahlgangs ist, daß fast sechs Millionen sich für ‚offizielle', in ihrem Wahlkreis oft unbekannte Kandidaten — die der UNR — entschieden, deren wichtigste Eigenschaft darin bestand, von der gaullistischen Regierungsmacht vorgestellt zu werden." Wenn man von den Abgeordneten nichts weiter erwartet, als daß sie dem Staatschef folgen, so weiß man von dessen präzisem Wollen nichts. Man weiß, daß er pragmatisch vorgeht, sich von Fall zu Fall entscheidet, und man ist willens, ihm die Entscheidung zu überlassen. Unzweifelhaft ist, daß sich zugunsten des Generals vor allem die Sehnsucht nach der Stabilität und die Furcht vor der Veränderung auswirkte. Das macht auch das Abfallen der Rechtsextremisten deutlich, die mit weniger als einem Prozent völlig von der Bildfläche verschwinden. Sie sind untergetaucht in der grauen Masse der konservativen Wähler, die zur UNR drängten. Diese Masse dachte sich etwa folgendes: „Mit de Gaulle wissen wir halbwegs, was wir haben. Mit den anderen wissen wir es nicht." Seine Gegner standen im Verruf, Unruhe und Umsturz mit sich zu führen. Man wollte Bestehendes erhalten. Die von oben bestärkte Feigheit, die Flucht vor der Verantwortung, hat ihr süßes Gift inzwischen offenbart. Es ist so beruhigend, sich um nichts zu kümmern und einem klugen Mann alle Mühe aufzuhalsen. Darin wird man auch bestärkt durch die keineswegs schlechte Lösung des Algerien-Konflikts, der durch de Gaulle den wahrscheinlich relativ schmerzlosesten Verlauf nahm. Eine Stimmung der Befriedigung und Bewahrung, ähnlich derjenigen des deutschen „Wirtschaftswunders", breitet sich aus und führt auf französischem Boden zur glücklichen Anwendung der irreführenden CDU-Losung „Keine Experimente!"

Andere Ähnlichkeiten tauchen auf. Der Geist der Abdankung der Demokratie und der Entpolitisierungsprozeß gehören zusammen. Da die wichtigsten

Entscheidungen der höchsten Sphäre vorbehalten sind, bleibt dem einzelnen das Naheliegende: der Buspreis, der Straßenbau, die Lokalsteuer. Brotkrumen vom Tisch der großen Politik. Niemandem fiel es ein, die Kuba-Frage zu erwähnen oder die force de frappe. Genauso wie Willy Brandt die letzten bundesdeutschen Wahlen mit dem Ruf „Saubere Luft!" bestritt und nicht mit der Kritik an der Aufrüstung. Nehmen wir einen hervorragenden UNR-Abgeordneten, keinen back bencher. Cornut-Gentille ist Oberbürgermeister von Cannes, im Kabinett Debré war er Postminister. Seine Denkart ist typisch. Le Monde schreibt von ihm: „Er faßt seine Rolle als Abgeordneter nicht unter politischen Gesichtspunkten auf. Er verwirft die Parteimethoden ... er möchte eine Art Technokrat sein, wenn er am Sonntag den Sieg davonträgt, eine Art Technokrat oder Verwaltungsabgeordneter, der nach Paris geht, um die wahren kollektiven und persönlichen Probleme seines Bezirkes zu verteidigen: Fremdenverkehr, Gartenbau, Wohnungen, Vertriebene, Schulen, Sportplätze usw." Man hat den Eindruck, irgendein Mitglied des Bonner Parlaments zu hören. Cornut-Gentille wird alle möglichen Fragen behandeln, nur nicht die der Rüstung, der Außenpolitik, des Wirtschaftskurses. Das überläßt er de Gaulle und den Spitzen von Staat, Heer und Finanz. Die Verhöhnung des Parlaments, das um seine echte Funktion als bestimmendes politisches Organ betrogen wird, macht das Wort vom Triumph „wirklicher Demokratie" besonders empörend. Die angeblich „wahren Probleme", die ein jeder glaubt, mit den Händen fassen zu können, weil sie klein und nah sind, werden zum Schein, der die Sicht der Probleme versperrt, die auch über die kleinsten entscheiden. Weit bedenklicher noch stimmt, daß ein so leidenschaftlicher Kritiker des Generals wie J. J. Servan-Schreiber ihm gleiche Thesen entgegenstellt und die Entpolitisierung als „demokratischen Fortschritt" anpreist. Die Zivilisation würde erst jetzt, nach „Beseitigung der Mythen und des Albdrucks", beginnen. Auch er meint „Werden wir konkret!", ohne zu merken, daß er dem neuen Mythus zum Opfer fällt und dem Regime Hilfe leistet, das er zu bekämpfen gedenkt. Die seit fast einem Jahrhundert ungewöhnlich hohe Stimmenthaltung von einem Drittel der Wahlberechtigten widerrief diese scheindemokratische Auslegung auf das deutlichste. Kennzeichnend für die erstaunliche Bewußtseinsverwirrung ist auch, daß Servan-Schreiber ausdrücklich außenpolitische Enthaltsamkeit mit zwei gleichermaßen fragwürdigen Thesen empfiehlt. Einmal, meint er, Frankreich sei außerstande, auf Krieg und Frieden einzuwirken. Dann sei aber sowieso der Friede gesichert, da es keine Konflikte mehr geben könne! Es ist anzunehmen, daß solche Ansichten breite Ströme bilden und insgesamt der Entpolitisierung ebenso dienen wie sie ihr Resultat sind.

Die großen Verlierer sind die Parteien der Vierten Republik, die auch zu den Gründern der Fünften gehörten und lange Zeit dem General Minister stellten. Von den reaktionären Unabhängigen über Christlichsoziale bis zu Sozialisten hatten sie sich zu einem wirren Bündnis zusammengeschlossen, das nichts einte als die Abwehr der wachsenden Machtansprüche de Gaulles. Die negative Sammlung, die zu keiner positiven Politik fähig gewesen wäre, erinnerte allzu sehr an die bittere Erfahrung der unfähigen Vierten Republik. Überhaupt ist sie es, die das Werk des Staatspräsidenten leicht macht. Bis heute dankt er ihr das bequeme Regieren. Das schlechte Andenken ist noch immer ein Plus für ihn. Das widernatürliche Kartell der enttäuschten Bundesgenossen de Gaulles vermochte nicht zu begeistern, da es keine Alternative darstellte und bei allem taktischen Nein das Schielen nach neuer Partnerschaft sichtbar war. Die klein- und großbürgerlichen Schichten verließen die Satelliten zugunsten des Planeten. Wenn schon Fünfte Republik,

mochten sie gedacht haben, dann soll sie vom Herrn, statt von mißmutigen Bediensteten gelenkt werden. Außerdem stellt das Regime gerade sie zufrieden. Der wirtschaftliche Aufsckwung hält an, keine Sorge ist drückend genug, um in ihren Augen das Risiko eines staatlichen Wechsels zu rechtfertigen. Das Nein gegenüber de Gaulle schloß jedoch eine solche Gefahr — ob gewollt oder ungewollt — ein. Das ist die wesentliche Ursache dieses Wahlausgangs.

Bleibt die Linke. Ähnlich wie in der Bundesrepublik — durch das geistige Klima des Landes mehr gemäßigt und weniger hysterisch — operierte das Regime mit dem kommunistischen Schrekken. Nicht ohne Erfolg. Doch gerade diese Methode führte zum Beginn der Volksfront, die vermieden werden sollte. Man kann sich sogar fragen, ob die Erreichung dieses Ziels in gewissen Grenzen nicht beabsichtigt war: Nur die „rote Gefahr" ermöglicht die bürgerliche Sammlung unter einer Hand. Zum erstenmal seit fünfzehn Jahren, als die Widerstands - Koalition auseinanderbrach, gelang es den Kommunisten, ihre Isolierung zu sprengen. In mehr als der Hälfte der Departments wurden zwischen ihnen und den Sozialisten Wahlbündnisse abgeschlossen, die selbst ein so verbissener Kommunistenfeind wie Mollet nicht verwarf. Der Meister gewissenloser Schachzüge, der wohl mit jeder Partei einmal verstrickt war, entdeckt die Grenzen seiner Kunst, indem sowohl das Bündnis mit den Reaktionären wie das mit den Kommunisten den Niedergang seiner Partei nicht aufhielt. Mit 12 % Stimmen ist sie auf die Hälfte ihres Umfangs abgesunken. Daß er seinen Sitz nur mit Hilfe der Kommunisten errang, bestätigt die Niederlage seiner Politik, während sie gleichzeitig die Grenze eines jeglichen Opportunismus (auch da ist es erlaubt, an die Bundesrepublik zu denken) aufzeigt. Es ist anzunehmen, daß dies einer neuen Annäherung an de Gaulle nicht förderlich sein wird —, ohne davon zu sprechen, daß der Staatschef Mollets Hilfe heute nicht benötigt. So wird sich die Front auf der linken wohl befestigen, mit Einschluß der Kommunistischen Partei, die Stimmen und dreißig Abgeordnetensitze gewann, da sie allein in ihrer Ablehnung des Regimes nie geschwankt hatte. So zeichnet sich links und rechts eine Blockbildung ab, die das alte Parteiengewirr vielleicht langsam ablösen kann. Doch muß man an einen langsamen Prozeß denken, nicht an plötzliche Brüche. Die Entpolitisierung hat auch die Arbeiterschaft erfaßt und das revolutionäre Wollen ist erlahmt. Welche Tendenzen auftauchen, welche Wege gegangen werden, ist noch nicht abzusehen. Doch mit neuen wird man rechnen müssen.

Diese Wahlen wirtschaftlicher und politischer Stabilisierung sind Ausdruck für die Verdunkelung des demokratischen Bewußtseins, deren Überwindung sicher eine langfristige Aufgabe sein wird. Funk und Fernsehen haben den heutzutage Regierenden einen weiten Spielraum demagogischer Massenbeeinflussung eröffnet. Die alten Mythen von „Führer", „Nation", „Größe" werden vermodert aus den Gräbern geholt, um Dienst zu leisten neben den neuen, die da heißen Auto, Bildschirm, Bildillustrierte. Das alles unter dem Zeichen „Werden wir konkret!" und der Herrschaft von Verwaltungs-Abgeordneten, die Macht ausüben und gewillt sind, die ganz große Macht nicht zu stören. Während die New York Times von de Gaulle als einem „Autokraten" sprach, telegrafierte Adenauer verzückt, daß der Erfolg „Frankreich, Deutschland und Europa" diene. Zur gleichen Zeit gab der CDU-Parteivorstand bekannt, daß er die bundesdeutsche Demokratie — nach dem „Spiegel"-Skandal! — nach gaullistischem Beispiel „beleben" wolle. Was man in Frankreich als „liberale Monarchie" zu bezeichnen pflegt, ist gerade das, was den Herren als Ideal vorschwebt und was sie bereits seit langem praktizieren. Nur ist es Betrug, das als Demokratie ausgeben zu wol-

len. Diesen Herren kann man sagen: Zeige mir, welche Freunde du hast, und ich zeige dir, wer du bist! Unter dem Firmenschild der deutsch-französischen Verständigung gleichen sich die Herrschaftsmethoden beider Regimes an, wobei sich demokratisches Wesen immer mehr verflüchtigt. Umso dringlicher ist es, dem Wortverschleiß ein Ende zu setzen, Demokratie nicht mit Autokratie zu verwechseln, Führervolksentscheide nicht als freie Beschlüsse auszugeben, die Angst der Bürger nicht als Suche nach Erlösung hinzustellen. Dieser unheiligen deutsch-französischen Allianz muß, über allen Schein hinweg, ins Herz geblickt werden.

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Koalition — Konzeption — Generaldebatte

Die für die „Aktion Spiegel" Verantwortlichen haben gewiß nicht einmal im Traume geahnt, welche unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen dieser offene Angriff auf das unbequeme Hamburger Nachrichten-Magazin haben würde. Fünf Wochen nach dem Eindringen der Polizei in die Räumlichkeiten des „Spiegel" und der Verhaftung von Augstein, Ahlers und anderen Redakteuren ist die bisherige Bonner Koalition auseinandergebrochen, der Verteidigungsminister Strauß gestürzt, das Ansehen der Bundesregierung im In- und Ausland auf einen Tiefpunkt gesunken. Auf der anderen Seite hat die Bundesrepublik in diesen letzten Wochen eine „demokratische Welle" ohnegleichen erlebt. Die lawinenartig angeschwollene Empörung weiter Kreise der Bevölkerung über das in mehr als einer Hinsicht unglaubliche Vorgehen und Verhalten der Regierung in der „Spiegel"-Affäre ist, und das zählt zu den wichtigsten Ereignissen dieser bewegten Wochen, politisch fruchtbar geworden. Lange aufgestauter Unmut, spontane Abscheu und die Einsicht, daß dergleichen nun endlich einmal wenigstens an einem Punkte Einhalt geboten werden müsse, haben zusammengewirkt, aus der „Spiegel"-Affäre gegen den Willen der für sie Verantwortlichen so etwas wie ein reinigendes Gewitter für die Bundesrepublik zu machen. Freilich, die Reinigung hat erst begonnen, und es ist noch nicht entschieden, wie weit sie reichen, wie tief sie gehen wird.

Die „Spiegel"-Affäre hat die heutige Bonner Krise nicht geschaffen, sondern ausgelöst und potenziert — sie, die doch nach dem Willen ihrer Urheber dazu bestimmt war, den längst fälligen offenen Ausbruch der Krise noch einmal abzuwenden. Es ist unmöglich, in diesem Rahmen alle die zahllosen Aspekte der „Spiegel"-Affäre zu behandeln oder auch nur anzudeuten. In den kommenden Monaten wird über die politischen und juristischen Fragen, die sich in diesem

Zusammenhange stellen, noch eingehend zu sprechen sein. Wir müssen uns im folgenden auf einige Gesichtspunkte beschränken, aber wir halten eine solche Beschränkung für durchaus gerechtfertigt, ja für notwendig. An anderer Stelle dieses Heftes wird gesagt, es bestehe die Gefahr, daß die Bürger der Bundesrepublik der Diskussion um die „Spiegel"-Affäre überdrüssig, ja durch eine geschickte Propaganda in einen solchen Überdruck bewußt hineingetrieben würden, so daß die Verantwortlichen bald wieder die ihnen so bequeme „Ruhe vor dem Volke" haben und zu ihrer nur wenig modifizierten politischen Tagesordnung zurückkehren könnten . . . Solcher Überdruß kann auch darauf zurückgeführt werden, daß der Bürger vor allzuviele Fragen und Probleme auf einmal gestellt wird. Er verliert im Dickicht all dieser vielen Probleme die Übersicht oder mindestens den Blick für das Wesentliche. Die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik ist im Augenblick intensiver und auch schon extensiver denn je — gerade darum aber auch das Bemühen um ein k l a r e s Problem-Bewußtsein besonders wichtig.

Der Sturz des Ministers Strauß

Das bedeutsamste Ereignis im Gefolge der „Spiegel"-Affäre ist bisher der Sturz des bisherigen Verteidigungsministers als des offensichtlichen Hauptverantwortlichen für den Angriff auf den „Spiegel". Denn, das muß festgehalten werden, rein formell ist Strauß zwar zurückgetreten, in Wirklichkeit aber ist er gestürzt worden. Das heißt, längst übler Manipulationen überführt, moralisch-politisch als Minister unmöglich geworden, hat er doch nicht selbst die Konsequenzen aus dieser, man kann es nicht anders nennen, Entlarvung gezogen, sondern er hat bis zuletzt noch rücksichtlos um sein Amt gekämpft. Daß er schließlich den verzweifelten Versuch unternahm, den Bundeskanzler „mit in den Orkus zu ziehen", wie die Neue Zürcher Zeitung es drastisch nannte, um so womöglich selbst dem Abgrund noch einmal zu entgehen, hat i h n dann doch in den Abgrund gestürzt, den er dem „Spiegel" zugedacht hatte. Die CDU und sogar die CSU, ungeachtet ihres Wahlsieges in Bayern, mußten erkennen, welch untragbare Hypothek dieser Minister für sie geworden war.

Der Rücktritt des Ministers ist also nicht auf Grund einer Initiative der CDU/CSU erfolgt, sondern er mußte von der deutschen Öffentlichkeit erzwungen werden; und kaum je in den letzten Jahren war sich diese deutsche Öffentlichkeit in einem Verlangen so einig, wie in der Forderung nach dem Abtreten des Franz Josef Strauß. Daß es ihr gelungen ist, diesem so tief begründeten Verlangen zum Erfolg zu verhelfen, kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden; es ist der bisher vielleicht größte Triumph des demokratischen Gedankens in der Bundesrepublik. Es hat sich gezeigt, daß dieser Gedanke, den man oft genug tot wähnen mußte, doch nicht tot ist.

Das Verhalten des Verteidigungsministers in der „Spiegel"-Affäre war eine erschreckende Bestätigung aller Warnungen des „Spiegel" vor Strauß! Der „Fall Strauß" ist aber mit dem Rücktritt des Ministers Strauß keineswegs abgeschlossen. Die Empörung über die zahllosen Affären dieses Ministers mag nun, da Strauß zunächst vom Vordergrund der politischen Bühne verschwunden ist, schwächer werden — die Affären selbst bleiben. Es kann nicht damit sein Bewenden haben, daß der so schwer belastete Mann einfach aus seinem Amte ausscheidet und nun, wie zu erwarten, sich eine neue politische Position aufbaut, um eines Tages wieder nach der Macht zu greifen. Der Sturz des Ministers Strauß darf nur der erste Akt gewesen sein, dem als zweiter eine lückenlose ö f f e n t l i c h e A u f k l ä r u n g a l l e r S t r a u ß - A f f ä r e n folgen muß. Wir denken dabei nicht nur an die Fibag-Affäre, sondern auch an das noch immer nicht völlig erhellte Vorgehen des Ex-Ministers im Falle „Spiegel" und auch an

die Affäre „Onkel Alois", die womöglich eine noch viel stärkere Belastung für Strauß bedeutet als die Fibag-Affäre. (In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Ermittlungsbehörden in den Hamburger „Spiegel"-Archiven sich auch mit dem dort liegenden Material über den Strauß-Schwiegervater Zwicknagel beschäftigt haben, und es verdient Beachtung, daß der zuletzt im Rahmen der „Spiegel"-Aktion verhaftete angebliche Informant des Magazins, Conrad, vor allem über die Angelegenheit „Onkel Alois" ausgezeichnet unterrichtet sein soll.) Mit anderen Worten, die Amtsführung des Ministers Strauß muß nun genauestens nachgeprüft werden. Einen in dieser Hinsicht bemerkenswerten Hinweis brachte am 28. November die Zürcher „Tat", deren Deutschland-Redaktor F. R. Allemann zu berichten wußte: „Der fast unbestrittene Einfluß des umstrittenen Politikers auf die bayerische CSU hängt wohl nicht zuletzt damit zusammen, daß er in der Lage gewesen ist, der Industrie Bayerns bei der Verteilung der Rüstungsaufträge eine ganz besonders günstige Vorzugsposition einzuräumen."

Der „Fall Strauß" — mehr als ein „Fall Strauß"!

Doch dieser noch keineswegs abgeschlossene „Fall Strauß" weist in doppelter Hinsicht über die Person des bisherigen Ministers hinaus. Er berührt das Problem Adenauer und das Problem Verteidigungspolitik. — Es drängt sich heute, da nun auch in der Öffentlichkeit Klarheit besteht über den Charakter, die politischen Ambitionen und Methoden des Franz Josef Strauß, die Frage auf, wie überhaupt ein solcher Mann Minister, gar Verteidigungsminister werden, seine Machtposition immer mehr ausbauen und schließlich zum aussichtsreichen Kanzler-Kandidaten avancieren konnte. Darüber nachzudenken erscheint uns wichtig, denn die Antwort auf diese Frage ist eine Antwort auf die Frage nach der Struktur unseres heutigen politischen Systems; nicht um die geschriebene Verfassung, sondern um die ungeschriebene Spielregeln und Gewohnheiten der seit mehr als einem Jahrzehnt in Bonn Herrschenden geht es dabei.

Man vergesse nicht: der Verteidigungsminister Franz Josef Strauß war eine Frucht des Systems Adenauer. Und seiner eigenen politisch selbstmörderischen Hybris verdankt es die Bundesrepublik in erster Linie, daß ihr Franz Josef Strauß als politischer Erbe des Systems Adenauer vorerst erspart bleibt. Damit soll das außerordentliche, ja, wir scheuen das Wort hier nicht, das einzigartige Verdienst des „Spiegel" und insbesondere seines mutigen Herausgebers Rudolf Augstein an dem Sturz des Ministers Strauß so wenig geschmälert werden wie der Anteil der zuletzt nahezu einhellig nach diesem Sturze verlangenden deutschen Öffentlichkeit. Es wäre leichtfertig, wollte man verkennen, daß Strauß vor allem über seine allzu großen persönlichen Blößen gestolpert ist, die ihn zu einer Belastung sogar für das System gemacht haben, dessen Eckpfeiler er solange war.

Konrad Adenauer aber geht nicht fleckenlos aus der „Spiegel"-Affäre hervor. Als Bundeskanzler ohnehin für die Amtsführung des Ministers Franz Josef Strauß mitverantwortlich, hat sein Verhalten in der „Spiegel"-Affäre nur einmal mehr gezeigt, wes Geistes Kind er ist. Wir denken hier vor allem an seine unerhörten, eines Regierungschefs unwürdigen Äußerungen in der Bundestagsdebatte vom 7. November. Der „Spiegel"-Skandal mit allen seinen Begleitumständen ist nur der bisherige Höhepunkt der chronique scandaleuse des Systems Adenauer. Erinnert sei hier nur an die Fälle Schmeißer und Kilb, an den Fall Zweites Fernsehen, an die Skandale um Oberländer und Fränkel, von vielem anderen zu schweigen. Mag Konrad Adenauer politisch noch einmal über die Runden gekommen sein, auf Kosten seines Verteidigungsministers, moralisch ist er es

nicht. Und das wird in nicht allzu ferner Zeit auch dieser Verächter aller Moral in der Politik p o l i t i s c h zu spüren bekommen.

A u t o r i t ä t u n d S t a b i l i t ä t — a b e r w i e ?

Diese Krise geht tief. Aus ihr heraus findet nur, wer mit Weitsicht und Mut neue Wege zu gehen bereit ist. Alle die seit Jahr und Tag von seinen Anhängern und Bewunderern so bedenkenlos hochgelobten taktischen Kunststückchen, alle die raffinierten, aber doch nach Geist und Wesen kleinen Machenschaften dieses Mannes helfen jetzt nicht weiter. In dieser Stunde werden, wenn es dessen noch bedurfte, die Grenzen des Politikers Konrad Adenauer offenbar.

Allenthalben ertönt heute der Ruf nach einer neuen „starken" Regierung, nach „Autorität" und „Stabilität". Richtig verstanden, sind diese Forderungen völlig berechtigt; aber es ist die Frage, ob sie von denen, die sie vorbringen, und von denen, an die sie gerichtet sind, auch richtig verstanden werden. Es gilt hier Klarheit zu schaffen, um so mehr, als der Ruf nach „Autorität" und „Stabilität" in Deutschland schon mehr als einmal zu falschen Konsequenzen geführt hat.

Fraglos bedarf die Bundesrepublik einer in sich gefestigten und zielbewußten Regierung. Aber dazu ist zunächst zu sagen, daß wir in der „Spiegel"-Affäre n i c h t einen Mangel a n Autorität, sondern, von seiten der Regierung, einen M i ß b r a u c h d e r A u t o r i t ä t erlebt haben; nicht ein quasi technisches Versagen der Regierung, sondern zahlreiche schwerwiegende Willkürakte. Die Bundesrepublik braucht eine Regierung, die zum Unterschied von der bisherigen die geschriebenen wie die ungeschriebenen Gesetze einer demokratischen Staatsordnung respektiert, der es wirklich selbst ernst ist mit dem von ihr so oft beschworenen Schutze unserer kostbaren demokratischen Freiheit nach innen wie nach außen.

Aus den Erfahrungen der letzten Wochen ist aber auch die Lehre zu ziehen, daß eine wachsame und konsequente Ö f f e n t l i c h k e i t durchaus in der Lage ist, eine Regierung, falls sie es an demokratischer Gesinnung fehlen läßt, zur Ordnung zu rufen.

Nach dem Rücktritt der FDP-Minister kam es zu ersten, offenbar mehr als nur taktisch bedingten Fühlungnahmen der CDU und der SPD in der Frage der Neubildung der Regierung. Welche Koalition aber auch künftig in Bonn regieren wird, über aller koalitionspolitischen Taktik, wie sie nun von allen Partnern in Bonn praktiziert wird, sollte in der deutschen Öffentlichkeit eines nicht vergessen werden: Autorität und Stabilität der künftigen Regierung sind nicht so sehr ein Problem der richtigen K o a l i t i o n , sondern eines der r i c h t i g e n K o n z e p t i o n. Und wenn in diesem so entscheidenden Augenblick der deutschen Nachkriegsgeschichte etwas notwendig ist, dann eine f r e i e ö f f e n t l i c h e D i s k u s s i o n über diese künftige Konzeption der bundesdeutschen Politik. Wir können uns hier nur dem anschließen, was Hans Gerlach im „Kölner Stadtanzeiger" am 4. Dezember zum Thema Große Koalition geschrieben hat:

> „Die berechtigten Bedenken gegen eine Große Koalition könnten nur dann beiseite geschoben werden, wenn die breite parlamentarische Basis von beiden Partnern dazu benutzt würde, endlich jene innen- und außenpolitische Anpassung an eine verwandelte Welt zu vollziehen, die längst fällig ist."

Der Ruf nach Autorität und Stabilität darf nicht zur Rechtfertigung neuer un- oder antidemokratischer Maßnahmen werden (Notstandsgesetzgebung!), sondern er muß verbunden bleiben mit dem Verlangen nach einer Art öffentlicher p o l i t i s c h e r G e n e r a l d e b a t t e über alle innen- und außenpolitischen Lebensprobleme. Immer wieder ist diese seit langem schon dringliche Generaldebatte vertagt, teilweise unterdrückt, teilweise nur sehr zaghaft, halbherzig geführt wor-

den. Daran krankt dieses Staatswesen. Die „Spiegel"-Affäre hat nun den Weg frei gemacht für eine tiefe politisch-moralische Selbstbesinnung der Nation. Wir sollten diese geschichtliche Gnadenstunde, denn das ist sie, nicht verstreichen lassen, ohne sie nach besten Kräften zu nutzen.

Der Ausgangspunkt der „Spiegel"-Krise

Die nationalpolitische Besinnung kann nicht stehen bleiben bei der Person von Franz Josef Strauß, über die politisch und moralisch das Urteil gesprochen ist. Es ist notwendig, sich des Ausgangspunktes der „Spiegel"-Affäre zu erinnern. Der beanstandete „Spiegel"-Artikel von Anfang Oktober über das NATO-Manöver Fallex 62 war ein Artikel über die Bonner Verteidigungskonzeption und erst in zweiter Linie über den Bonner Verteidigungsminister. Er erhellte die ganze Fragwürdigkeit, ja, man muß auf Grund des vorgelegten Materials sagen, haarsträubende Unsinnigkeit dieser Konzeption. Er offenbarte, welche Unsummen an materiellen Mitteln, welche außerordentlichen menschlichen Energien seit Jahr und Tag für eine desaströse und zugleich lebensgefährliche Sache ausgegeben werden. Der Artikel machte noch einmal deutlich, daß diese militärpolitische Konzeption, die im Verlangen nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen gipfelt, die Konzeption des Franz Josef Strauß ist.

Diese Enthüllungen — was nicht bedeuten braucht, daß es sich um die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen im strengen Sinne des Begriffs handelt — mußten die deutsche Öffentlichkeit alarmieren. Sie waren der Höhepunkt des Kampfes, den Rudolf Augstein seit Jahr und Tag mit schonungsloser Offenheit fast als einziger (nicht als einziger, wie er gelegentlich behauptet hat) gegen den Verteidigungsminister Strauß als gefährlichen Exponenten einer gefährlichen Politik führte. Strauß selbst hat durch seine Amtsführung diesem seinen radikalsten Kritiker immer wieder neue Argumente geliefert. Augstein ging es nicht um die Skandale als solche, so notwendig er ihre Aufklärung im Interesse der Sauberkeit des demokratischen Lebens halten mochte, es ging ihm um die unmöglichen Methoden, mit denen ein unmöglicher Minister eine unmögliche Politik gegen alle Widerstände durchzusetzen versuchte.

So lag es nahe, daß dieser Minister auf Rache um jeden Preis sann, mochte er doch wissen, wieviel Material über seine Person und Konzeption dem „Spiegel" noch zur Verfügung stand. Der Angriff auf den „Spiegel" war ein Versuch des Ministers Strauß, einen besonders unbequemen Gegner mundtot zu machen, alle anderen Gegner dadurch ein für allemal einzuschüchtern und seiner militärpolitischen Konzeption um jeden Preis zum Durchbruch zu verhelfen.

Um diese Konzeption stand es schon seit langem nicht gut. Nicht nur daß die USA sich nicht geneigt zeigten, den Ambitionen des deutschen Verteidigungsministers zu entsprechen — im eigenen Lager, ja im eigenen Hause wurden die Bedenken immer größer. Man darf es heute als feststehend annehmen, daß sogar hohe Offiziere im Verteidigungsministerium zu der Auffassung gelangt waren, der Strauß'sche Griff nach den Atomwaffen sei für die Bundesrepublik eine lebensgefährliche Angelegenheit. Das ist von keinem anderen als dem Bonner Vertreter des so ausgesprochen regierungstreuen „Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, im internationalen Frühschoppen des Westdeutschen Rundfunks am 2. Dezember bestätigt worden. Wenger hat darauf hingewiesen, die hohen Offiziere, die in die „Spiegel"-Affäre verwickelt sind, würden im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung geltend machen, sie hätten in einem echten Gewissenskonflikt gehandelt. Ja, sie würden an das Beispiel des 20. Juli erinnern. Und Wenger sprach in diesem Zusammenhange von der ungeheuren Gefahr, eine

atomare Bewaffnung der Bundeswehr — also das Konzept des Ministers Strauß — könne einen Präventivkrieg der Sowjetunion provozieren.

Minister Strauß selbst hat erklärt, es gehe bei der „Spiegel"-Aktion vor allem darum, die Informanten des „Spiegel" zu ermitteln. Bei diesen aber handelt es sich offensichtlich auch um jene hohen Offiziere. So liegt der „Spiegel"-Affäre die Bonner Auseinandersetzung um den künftigen Kurs der deutschen Verteidigungspolitik zugrunde. Die der italienischen Regierung nahestehende Zeitung „Il Messaggero" schrieb am 7. November in einem Aufsatz unter dem Titel „Strauß' Deutschland", der ‚Hochverrat' der ‚Spiegel'-Redaktion bestehe darin, „auf eine militärische Situation hingewiesen zu haben, die weder den defensiven Notwendigkeiten des deutschen Volkes noch denjenigen seiner Verbündeten noch dem Friedensstreben des westlichen Deutschlands entspricht, das von so vielen Seiten her wegen Revanchismus angeklagt wird." Die Atomwaffenpläne des Ministers Strauß hätten auch in der atlantischen Gemeinschaft Gegensätze entstehen lassen.

Die Eröffnungen des „Spiegel" in jenem umstrittenen Fallex-Artikel haben deutlich gemacht, wie notwendig im Lebensinteresse des deutschen Volkes eine gründliche Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Verteidigungsprobleme ist und wie sehr es die Regierung seit Jahr und Tag an dieser Unterrichtung hat fehlen lassen. Das letztere allein ist schon, wie immer es um die ohnehin problematische formaljuristische Seite der Sache stehen mag, eine politisch-moralische Rechtfertigung Augsteins und seiner Redakteure. Die deutsche Öffentlichkeit aber ist aufgefordert, nun endlich viel freimütiger und konkreter als bisher über die Probleme der bisherigen Aufrüstungskonzeption, über den Sinn und die Möglichkeiten einer vorwiegend militärischen Verteidigung zu diskutieren. Mit dem Sturze des Ministers Strauß ist eine solche Diskussion nicht etwa überflüssig geworden, sondern dieser Sturz hat den Weg zu ihr freigemacht. Es kann, es muß nun, da die Person Franz Josef Strauß politisch in den Hintergrund getreten ist, über die Politik des Franz Josef Strauß gesprochen werden. Denn es besteht zweifellos die Gefahr, daß ein neuer Verteidigungsminister, mit weniger Affären, weniger skandalumwittert als der forsche Bayer, doch dessen forsche Politik fortsetzen wird.

Die Möglichkeiten einer neuen deutschen Politik

Die Einsicht, daß die bisherige Bonner Außen- und Militärpolitik revisionsbedürftig ist und ihre Fortsetzung um jeden Preis, ja das bloße Sichtreibenlassen, große Gefahren heraufbeschwören würde, ist in den letzten Wochen im In- und Ausland gewachsen. Die Repräsentanten dieser Politik selbst haben freilich den Versuch gemacht, die jüngsten weltpolitischen Entwicklungen als eine Bestätigung der Richtigkeit ihres Kurses zu interpretieren. Wir erinnern an die Wahlreden von Franz Josef Strauß in Bayern und an die Ausführungen des Generals Foertsch vor der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart. Strauß und „sein" Foertsch erklärten, die Kuba-Krise habe die Notwendigkeit einer gemischten, konventionellen und atomaren Abschreckungsstrategie deutlich gemacht. Damit sollte noch einmal die Forderung nach deutscher Verfügungsgewalt über Atomwaffen, unter Fortsetzung der bisherigen ausgesprochen intransigenten Außenpolitik, begründet werden. Daß man in Bonn aus der Kuba-Krise ausgerechnet diese militärpolitischen Konsequenzen gezogen hat, ist bedenklich genug. Es hat auch im Auslande Besorgnis erweckt.

Doch werden gleichzeitig in der Bundesrepublik die Stimmen immer zahlreicher, die eine Modifizierung der Außen- und Militärpolitik fordern. Wir erin-

nern hier nur an die Artikelserie des Professors für politische Wissenschaften in Westberlin, Otto Heinrich von der Gablentz, in der ZEIT vom 16., 23. und 30. November, an Albrecht von Kessels letzte Kommentare in der WELT, an Karl Heinz Wockers Ausführungen in der Sendung Unteilbares Deutschland des Westdeutschen Rundfunks am 1. Dezember 1962. Besonders bemerkenswert ist, daß ein an sich der CDU verbundener, doch stets origineller politischer Publizist wie Rüdiger Altmann in einem neuen Buche „Das deutsche Risiko — Außenpolitische Perspektiven" (Seewald-Verlag, Stuttgart) auf die Aussichtslosigkeit einer Fortsetzung der bisherigen Politik gegenüber der Sowjetunion und der DDR hinweist (siehe die Auszüge in DIE ZEIT vom 2. November). Ebenso bemerkenswert aber scheint uns, was ein so enrangierter und eigenwilliger Mann wie Sebastian Haffner am 13. November in der WELT geschrieben hat. Haffner, lange Zeit eifriger Verfechter der „Politik der Stärke", ist doch realistisch genug, gerade jetzt, nach der Kuba-Krise, mit der Möglichkeit eines Berlin-Kompromisses zwischen Moskau und Washington zu rechnen. Er sagt:

> „Auch ohne allierten Truppenabzug aus Berlin wäre der Berlin-Kompromiß, der sich im Frühjahr abzeichnete, für die Russen attraktiv genug.
>
> Für die Deutschen wäre er schmerzlich genug. Er würde das Scheitern der Deutschland-Politik bedeuten, die Adenauer dreizehn Jahre lang eisern und unbeirrt verfolgt hat, und würde, auch wenn man das zunächst nicht zugibt, die deutsche Zweistaatlichkeit international sanktionieren. Er würde die Deutschen dazu verurteilen, von diesem unerwünschten Ausgangspunkt aus mühselig ganz neue Wege zur Milderung der Spaltungsfolgen und schließlich zur Wiedervereinigung zu suchen. Daß Adenauer der richtige Mann wäre, eine solche ganz neue Deutschland-Politik auf den Trümmern der seinigen aufzubauen, wird schwerlich jemand behaupten wollen. Selbst jetzt hat man das Gefühl, daß eine Regierung Schröder/Brandt (die auch innenpolitisch manchen Schaden reparieren könnte, den Adenauer ohne Gesichtsverlust nicht mehr reparieren kann) den wahrscheinlich nötigen (von uns gesperrt. A. B.) schmerzlichen Übergang geschickter vollziehen könnte."

Jedenfalls rücken schwerwiegende außenpolitische Entscheidungen unaufhaltsam näher. Die Kuba-Krise ist offensichtlich zum Ausgangspunkt ernsthafter amerikanisch-sowjetischer Sondierungen auch über andere weltpolitische Probleme geworden. Kuba hat gezeigt, daß zur Bewahrung der Welt vor den Schrecken eines atomaren oder auch konventionellen Krieges Besonnenheit und Kompromißbereitschaft nötig sind; es hat aber auch gezeigt, daß solche Kompromißbereitschaft im eigenen Interesse der beiden Machtblöcke liegt. Sowohl von amerikanischer wie auch von sowjetischer Seite hat man sich nach den Verhandlungen zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan und Ministerpräsident Castro einerseits, den Gesprächen Mikojans in Washington andererseits mit einer gewissen Zuversicht über die Möglichkeiten von Vereinbarungen über eine Lösung der noch offenen Probleme geäußert. Offensichtlich sind beide Seiten im Augenblick von dem Willen der anderen Seite überzeugt, nach friedlichen Lösungen zu suchen — und diese Klimabesserung, dieses Zipfelchen Vertrauen ist schon unermeßlich viel, ist ein Politikum in einer von wechselseitigem Argwohn, von Hysterie und Angst erfüllten Welt.

Das bedeutet für die Deutschen, daß jetzt auch sachlicher und konstruktiver über das Deutschland-Problem gesprochen werden kann als bisher. Damit bietet sich der deutschen Politik die große Chance, jetzt ohne allzu starken Druck von außen besonnen und konsequent auf eine Entspannung hinzuarbeiten. Das setzte freilich eine richtige Einschätzung der augenblicklichen Flexibilität der sowjetischen Außenpolitik voraus. Es wäre verhängnisvoll, wollte man in ihr nur einen

Ausdruck der Schwäche sehen und sie zum Anlaß nehmen, das so nutzlose und gefährliche Experiment der „Politik der Stärke" fortzusetzen. Wer sich jetzt abermals an die Hoffnung klammert, durch eine geschickte Kombination von politischen und militärischen Mitteln ließe sich die Sowjetunion nun vielleicht doch mit „sanfter Gewalt" aus Mitteleuropa herausdrängen, der wird bald auf Kosten des deutschen Volkes Schiffbruch erleiden. Die Desillusionierung kann dann nur fürchterlich sein.

Stattdessen gilt es jetzt, die sich bietenden Möglichkeiten eines sachlich-realistischen Gesprächs zwischen und mit den beiden weltpolitischen Antipoden zu nutzen. Es muß auf dem Boden der Tatsachen über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur Förderung der Entspannung, auch zur Wiederannäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands und in diesem Zusammenhange über eine Klärung des Status Westberlins verhandelt werden.

Die Bundesregierung sollte die Ausführungen des in seinem Amte bestätigten, von Washington und Moskau anerkannten UN-Generalsekretärs U Thant in seinem Vortrag vom 2. Dezember in Baltimore ernstnehmen. U Thant, der ein großes Verdienst an der Kuba-Entspannung hat, forderte die Großmächte auf, im Geiste des Kompromisses geduldig nach Lösungen für die verschiedenen Probleme zu suchen. Er erklärte auch, die Westmächte hätten offensichtlich noch immer nicht voll begriffen, daß sich die sowjetische Politik seit Stalins Tod wesentlich gewandelt habe und nicht mehr von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen den beiden Gesellschaftssystemen ausgehe. Der Generalsekretär warnte ausdrücklich die Westmächte vor einer Unterschätzung der sowjetischen Kompromißbereitschaft und des sowjetischen Friedenswillens.

In den kommenden Verhandlungen wird nicht zuletzt der künftige militärische Status der Bundesrepublik zur Diskussion stehen. Es ist bekannt, daß die USA nach wie vor große Bedenken gegen eine europäische Nato-Atommacht haben. Das Drängen des Ministers Strauß auf diese von der Bundesrepublik zweifellos maßgeblich mitbestimmte Nato-Atommacht hat offensichtlich solche Bedenken nur erhöht. Man wird in Washington wohl nicht sehr unglücklich über das Abtreten des Bayern sein. So sehr diese Zurückhaltung der USA in der Frage der deutschen atomaren Mitbestimmung gerade im deutschen Interesse zu begrüßen ist, es zeichnet sich doch die Gefahr ab, daß wir gewissermaßen vom Regen in die Traufe kommen, wenn Washington das Strauß-Konzept endgültig verwirft. Stattdessen drängen die Amerikaner mehr denn je auf eine wesentliche Erhöhung der konventionellen Bewaffnung der Nato, nicht zuletzt der Bundeswehr. Der Bundeskanzler hat bei seinem Besuch in Washington Mitte November darüber einiges zu hören bekommen und die deutsche Öffentlichkeit wird schon jetzt psychologisch auf neue schwere Belastungen des Etats durch eine erhebliche Erhöhung der Rüstungsausgaben vorbereitet. Militärisch und politisch ist eine solche Forcierung der konventionellen Aufrüstung ausgerechnet in diesem Augenblick nicht gerechtfertigt, sie steht den wirklichen Erfordernissen der Stunde direkt entgegen. Vielmehr läßt sich sagen, daß die Weltlage weniger denn je zu solchen Maßnahmen zwingt, mehr denn je aber eine Zurückstellung aller derartiger Pläne, in West und Ost, zugunsten ernsthafter Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung ebenso wie um eine Kontrolle der atomaren Rüstungen und ihre Ausschaltung zweckmäßig erscheinen läßt.

Es kommt hinzu, daß die von den USA verlangten Steigerung der Ausgaben für die konventionelle Rüstung rein wirtschaftlich eine unabsehbare Hypothek bedeuten würde. Eine Hypothek, die die deutsche Wirtschaft sich gerade jetzt weniger denn je leisten kann. Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, welch ungeheuren Summen und wieviel menschliche Arbeitskraft schon

die bisherige Aufrüstung verschlungen hat, eine Aufrüstung, die sich als militärisch sinnlos, politisch höchst gefährlich erweisen sollte. Die Mittel, die ihr zugute kamen, fehlen für die heutzutage und gerade im Wettstreit mit dem Kommunismus so viel wichtigere „innere Aufrüstung" der Bundesrepublik. Zugunsten der rein militärischen Konzeption sind die innenpolitischen Strukturprobleme in sträflicher Weise vernachlässigt worden. Daraus erwächst für diesen Staat auf längere Sicht ein unendlich viel größerer Gefährdung als durch alle echten oder vermeintlichen äußeren Bedrohungen der letzten zehn Jahre. Schon jetzt ist spürbar, wie verhängnisvoll die propagandistische Ablenkung des deutschen Volkes von diesen so ungeheuer schweren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturfragen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf eine monomane und militante Feindschaftsbeziehung zum Kommunismus ist. Rein parteitaktisch mochte sie sich einige Jahre als praktikabel erweisen —, aber auf Kosten des deutschen Volkes! Es ist der Augenblick gekommen, auch über diese vernachlässigten Strukturprobleme offen zu sprechen und endlich praktische Konsequenzen zu ziehen.

Wer schwächt die Bundesrepublik?

Von seiten der Bundesregierung ist im Zusammenhang mit der „Spiegel"-Affäre wiederholt erklärt worden, eine „gewisse deutsche Presse" setze durch ihre Kritik an der Regierung das Ansehen Bonns im Ausland herab. In der denkwürdigen Bundestagsdebatte vom 7. November bediente sich Innenminister Höcherl dieses „Argumentes". Er sagte, daß „wir im Ausland mit Hilfe nützlicher Dummköpfe" verleumdet werden. Noch viel krasser und schamloser wurde diese Behauptung in dem großen Wahlinserat der CSU in der bayerischen Presse am Vorabend der Landtagswahlen vertreten. Dieses Inserat, das eine genaue Analyse verdient, sprach von einer internationalen „Verschwörung" gegen Deutschland, die hinter den Angriffen auf Minister Strauß stecke. Eine neue deutsche „Dolchstoßlegende" wurde hier propagiert. Und zu dieser gehört das Schauermärchen vom Zusammenspiel der inneren und der äußeren Feinde Deutschlands.

Dieses Wahlinserat hat, auch das ein Teil der „Spiegel"-Affäre, die italienische Regierung zu einem offiziellen Protest in Bonn veranlaßt. Das ist schon eine Antwort auf die Frage, wer in diesen Monaten das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt herabsetzt und ihre politische Position schwächt. Man brauchte nur die Kommentare der westlichen Presse in den letzten Wochen zu verfolgen, um mit Erschrecken inne zu werden, wie tief das Prestige Bonns schon gesunken ist. Die Bundesregierung selbst liefert Tag für Tag den Kritikern und etwaigen Gegnern Deutschlands in Ost und West die besten Argumente — sie, die für den Skandal verantwortlich ist, nicht die deutsche Presse, die den Skandal aufgedeckt hat. Die deutsche Öffentlichkeit hat im Ausland für ihren entschiedenen Protest gegen die Machenschaften der Regierung soviel Beifall gefunden wie die Regierung für diese Machenschaften Kritik. Ein Beispiel dafür nur. In einem Bericht aus Rom in der Süddeutschen Zeitung vom 8. November heißt es dazu:

> „Gerade dieses Thema wird in Kreisen derjenigen Politiker Italiens, die zu den bekanntesten Triebkräften der europäischen Gemeinschaft gehören, lebhaft erörtert. Wegen Methoden dieser Art wird eine moralische Isolierung Deutschland von seiten seiner Verbündeten befürchtet. In diesen Kreisen wird vor allem darauf hingewiesen, daß der Abstand zu dem, was Bonn im Osten bekämpft, moralisch immer geringer werde, während der moralische Abstand zu den Verbündeten, die ihre Waffen vor allem in den Dienst von Freiheit und Demokratie stellen, immer größer werden könnte."

Glaubt man etwa, ein Regierungschef, der Äußerungen tut, wie Bundeskanzler Adenauer in der Bundestagsdebatte vom 7. November, sei ein würdiger Reprä-

sentant des von ihm vertretenen demokratischen Staates? Wenn die demokratische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung im In- und Ausland in diesen Wochen auf ein Minimum gesunken ist, dann einzig infolge der Praktiken der Bundesregierung. Hatten schon die Strauß'sche Atomwaffenkonzeption und die strikte Ablehnung eines Ost-West-Kompromisses in der Deutschland-Frage durch Bonn die Bundesrepublik im westlichen Lager politisch mehr und mehr isoliert, so kommt dazu jetzt nun noch die moralische Isolierung, von der in jenem oben zitierten Bericht die Rede ist. (Es droht sogar, wie die jüngsten öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Prof. Hallstein und Prof. Erhard erkennen ließen, eine gewisse wirtschaftspolitische Isolierung der Bundesrepublik in der EWG infolge des Erhardschen Anti-Wirtschafts-Planungs-Doktrinarismus!) Die Auswirkungen auf die doch gerade von der Bundesregierung lange Zeit mit solchem Eifer betriebene Europa-Politik liegen auf der Hand. Schon hat in Großbritannien (siehe dazu den Brief von Lord Boothby in der Times vom 13. November) und in Skandinavien die Opposition gegen einen Anschluß an eine EWG zugenommen, in der die beiden kaum mehr wirklich demokratischen Staaten Bundesrepublik und Frankreich eine so maßgebliche politische wie wirtschaftliche Rolle spielen. Nur eine konsequente deutsche Entspannungspolitik nach außen und eine gewissenhaft demokratische Regierungspraxis im Innern wird mit der Zeit das in diesen Wochen geschwundene internationale Vertrauen zu der Bundesrepublik Deutschland wiederherstellen können, ein Vertrauen, dessen die Deutschen gerade in der nächsten Zeit mehr denn je bedürfen werden.

Selbstbestimmung oder Notstandsverfassung?

Die „Spiegel"-Affäre bedeutet auch den bisherigen Höhepunkt der seit langem von seiten der Regierung praktizierten Verfälschung innenpolitischer Auseinandersetzungen über außenpolitische (oder auch innenpolitische) Probleme. Immer wieder ist in den letzten Jahren von dieser Seite der innenpolitische Gegner durch eine bedenkenlose Identifizierung mit dem außenpolitischen Feind, dem echten oder dem vermeintlichen, denunziert worden. Die Wahlkampagne der CSU in Bayern hat dafür neue, kaum noch überbietbare Beispiele geliefert. Im Falle „Spiegel" aber wurden die weiter oben dargestellten politischen Auseinandersetzungen über die zweckmäßige deutsche Verteidigungslpolitik durch den Gewaltstreich der Regierung vom politischen auf das juristische Gebiet verlagert. Der Landesverrats-Vorwurf dient dazu, eine öffentliche Diskussion über die Verteidigungspolitik einzuschränken. Eine solche Diskussion aber gehört gerade heute zur wirklichen nationalpolitischen Selbstbestimmung des deutschen Volkes.

Die „Aktion Spiegel" zeigt, daß die wachsender Kritik ausgesetzten Exponenten der „Politik der Stärke" vor nahezu keinem Mittel zurückscheuen, um ihre Macht zu behaupten, auch nicht vor offenen Übergriffen gegen die demokratische Grundordnung. Es werden in diesen Wochen neue Handhaben vorbereitet, auf deren Anwendung man gerade jetzt kaum lange wird warten brauchen, wenn sie erst einmal legalisiert sind. Die Notstandsgesetzgebung kann nicht außerhalb der politischen Ereignisse und Erfahrungen dieser Monate verstanden und beurteilt werden. Wenn die sachliche Notwendigkeit einer neuen ausgesprochenen Notstandsgesetzgebung von kompetenter Seite ohnehin seit langem bestritten worden war, so daß sich die Aufmerksamkeit von selbst auf mögliche politische Absichten der Bonner Initiatoren richtete — so haben die letzten Ereignisse einen solchen Argwohn nur mehr verstärkt. Leider muß man es sagen: Größtes

Mißtrauen gegenüber den in Bonn Regierenden und die Macht Verwaltenden ist heute höchstes demokratisches Gebot. Je schwächer die außenpolitische und innenpolitische Position der Bundesregierung wird, desto näher liegt die Versuchung für sie, sich zur Aufrechterhaltung der Macht radikaler Mittel zu bedienen. Die „Spiegel-Aktion" war wahrhaftig eine heilsame Vor-Notstands-Lektion!

Ein äußerer Anlaß für eine forcierte Notstandsgesetzgebung ist angesichts der sich abzeichnenden relativen Entspannung der internationalen Lage und der bevorstehenden Deutschland-Verhandlungen weniger denn je gegeben. Auch sollte man in diesem Zusammenhange die sehr ernsthaften Fortschritte der inneren Liberalisierung im Ostblock zur Kenntnis nehmen. Nicht mehr lange wird man mit dem so beliebten Popanz des kommunistischen Buhmannes Außen- und Innenpolitisch machen können ... Mehr denn je besteht außen wie innenpolitisch für die Bundesregierung die Verpflichtung und die Möglichkeit, durch eine konstruktive Politik Notstandssituationen zu vermeiden. Das ist das eigentliche Problem der Stunde. Ob es gelingt, die neue Regierung, welche Koalition immer es sein mag, zu einer solchen neuen Außen- und Innenpolitik zu veranlassen und damit die Gefahr eines von uns selbst heraufbeschworenen außen- oder innenpolitischen Notstandes abzuwenden — das wird vor allem durch das Verhalten der deutschen Öffentlichkeit in den nächsten Monaten entschieden werden. Diese Öffentlichkeit hat ihre erste Bewährungsprobe jetzt bestanden — die zweite, die größere steht ihr bevor; aber sie hat allen Grund, selbstbewußt in diese neue Bewährungsprobe zu gehen.

Abgeschlossen am 4. Dezember

Dr. Rudolf Hilf

Dynamik des Friedens

„Wer trachten wollte, das Reich zu nehmen und es zu machen,
ich sehe, daß es ihm nicht gelingt.
Das Reich ist ein geistiges Gefäß,
es kann nicht gemacht werden.
Der Macher zerstört es, der Nehmer verliert es.

Lao-tse, Tao Te King

I

Das „Reich", das hiermit angesprochen ist, ist nicht das Imperium der Deutschen oder das irgendeiner anderen Nation. Es ist auch nicht das heute gern und viel beschworene Abendland, das Vereinte Europa oder die als Ersatz dienenden Wirtschaftsformeln. Es ist die politische Ur-Idee der Menschen, seit diese geschichtliches Bewußtsein erlangt haben: es ist der Traum, der nicht sterben kann, von der Einigung aller Völker, Rassen und Staaten unter einem Dach, in einer Ordnung, durch einen Geist.

Durch die Geschichte schreiten die Weltreiche, die diesen Anspruch erhoben und zeitweilig verwirklicht hatten, wenn auch in einem materiell begrenzten, keineswegs die ganze Welt umfassenden Rahmen.

Seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts wird nun, von Westeuropa ausgehend, in raschem Fortschreiten erstmalig der gesamte Erdkreis einem rationell-technischen Denken unterworfen, das nicht nur die alten gewachsenen Formen auflöst, sondern die ganze Menschheit in ein immer dichter werdendes Netz gegenseitiger Abhängigkeit verflicht. Gleichzeitig aber vertrocknet die Substanz jeder echten Reichsschöpfung, die sich immer als letztgültige Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Menschendaseins, nach einer im Ewigen gründenden Ordnung, nach der Gemeinschaft aller Völker über alle Grenzen hinweg, begriffen hatte. An ihre Stelle treten die Egoismen souveräner Nationalstaaten und ihre auf bloße Ausbeutung Schwächerer gerichteten modernen Imperialismen.

In unserem Jahrhundert wiederum erleben wir den Zusammenbruch aller dieser Imperialismen — und damit den Eintritt einer neuen Welle von Nationalstaaten in die Geschichte, die sich alle unabhängig dünken, in Wahrheit aber auf die Hilfe der gesamten übrigen Welt angewiesen sind, wenn sie nicht in einem fürchterlichen Wirtschaftschaos versinken wollen. Parallel zu dieser fortschreitenden pluralistischen Aufsplitterung läuft die gegenteilige Tendenz der Bildung von Großräumen, die jede nationale Souveränität relativieren, ganze Kontinente umgreifen wollen. Die letzte Stufe dieser Integrationen ist dann die Aufteilung der Welt in zwei Lager, die, jedes ein anderes Bild von der Zukunft in sich tragend, um die Einheit dieser Erde im materiellen Machtkampf miteinander ringen. Auch diese Tendenz ist ebenso wenig umkehrbar wie der Zerfall der alten nationalstaatlichen Imperialismen. Die gegenseitige Abhängigkeit aller Menschen voneinander wächst in einem bisher unvorstellbaren Maß. Heute hat die Weltbevölkerung erstmalig die 3-Milliarden-Grenze überschritten. Selbst die vorsichtigsten Wissenschaftler rechnen damit, daß in den restlichen vier Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die Menschheit sich um weitere 3—3,5 Milliarden verdoppeln wird. Welche Bedürfnisse mit dieser Menschenflut wachsen, läßt sich kaum ausdenken. Eine Umwandlung in der landwirtschaftlichen Produktion ganzer Kontinente wird nötig sein, um die Ernährung zu sichern. Dazu kommt eine Industrialisierung, die neue Arbeitsplätze für mehr als 2 Milliarden Menschen schaffen muß, das ist das Sechs- bis Siebenfache der heutigen Industriearbeiterschaft der gesamten Welt. Investitionsprobleme türmen sich auf, denen gegenüber die heutigen Entwicklungshilfen nur geringfügige Anfänge sind. Sicher ist schon eines: nur eine planmäßige, konkurrenzfreie Zusammenarbeit aller Industrienationen der Erde, aller wirtschaftlichen Kräfte in allen Ländern wird imstande sein, die Fragen zu lösen, die in unserem Jahrhundert unausweichlich gelöst werden müssen. Die Welt k a n n nicht nur zur Einheit in unserer Zeit werden — es liegen dafür materiell schon alle Mittel bereit —, sie m u ß es, wenn sie überhaupt weiterbestehen will.

Das ist die eine Seite unserer gegenwärtigen Geschichte. Die andere ist die Zerreißung der Welt in zwei sich bekämpfende Lager, die nicht miteinander versöhnt werden können, weil sie auf einander ausschließenden, absoluten Anspruch erhebenden gesellschaftlichen und geistig-politischen Konzepten beruhen; die aber auch nicht mehr in der Lage sind — wie bisher immer in der Geschichte —, den ausweglosen Streitfall durch die Anwendung von Waffengewalt zu lösen, weil beide im Besitz von Mitteln sind, die die gegenseitige Totalvernichtung ermöglichen. Das Dilemma wird verschärft und überdeckt dadurch, daß beide Seiten glauben, den Gang der Geschichte für sich zu haben, und damit überzeugt sind, daß Steigerung und Straffung der eigenen Macht und unnachgiebiges Ausharren schließlich durch den Zusammenbruch des Gegners belohnt werden wird.

Die durch die Kernwaffen erzwungene friedliche Koexistenz ist also in Wirklichkeit eine eminent feindliche Koexistenz, ein gigantisches Ringen auf allen Ge-

bieten um die eine Welt. Die Widersprüche, die unsere Zeit beherrschen, haben ein fast apokalyptisches Ausmaß erreicht: Die Welt muß Einheit werden, aber sie kann es nicht. Im Gegenteil verschärft sich der Teilungsprozeß von Jahr zu Jahr und tendiert danach, in den letzten Winkel der Erde hineingetragen zu werden.

Es gibt keine Alternative zum Frieden. Aber: der Wettlauf der Rüstungen jagt immer wahnsinnigeren Zielen entgegen und verschlingt immer astronomischer werdende Summen. Die Welt lebt buchstäblich am Abgrund, sie weiß es und ist gleichzeitig völlig unfähig, sich vom Rande des Verderbens zu lösen. Beide Seiten sprechen vom Frieden: aber sie meinen den Sieg. Und so verschwindet überall der letzte Rest von dem, was Voraussetzung jedes wirklichen Friedens ist: vom Vertrauen.

Es ist eine tödliche Spirale, in der wir uns alle befinden, und keine kleinen oder großen taktischen Erfolge der einen oder anderen Seite können daran etwas ändern, daß wir uns mit jeder Umdrehung mehr der Endkatastrophe nähern.

II

Dieses Ringen findet nun auf allen Gebieten des menschlichen Lebens statt. Seine Hauptschlachten werden geschlagen beim Wettlauf der Rüstungen, im Kampf der wirtschaftlichen Großräume gegeneinander, schließlich in der ständigen Auseinandersetzung um die Konsolidierung oder Verwandlung der Gesellschaftsstrukturen.

Daß der Rüstungswettlauf zu keinem sinnvollen Ziel mehr führt, sondern nur ungeheure, von Jahr zu Jahr wachsende Kräfte absaugt und die Welt an den Rand der Vernichtung drängt, ist offensichtlich. Trotzdem ist es frommes Wunschdenken, diese Bewegung allein mit vernünftigen Argumenten abstoppen zu können. Über die Gefährlichkeit und Last der Rüstungen gibt sich wohl niemand unter den Verantwortlichen in Moskau und Washington irgendwelchen Täuschungen hin. Aber was soll geschehen? Die Waffen, die genügen, ganze Nationen, ja ganze Kontinente mit einem Schlag zu zerstören, lassen sich schon auf kleinstem Areal verbergen. Die Kenntnisse ihrer Erzeugung lassen sich aus der Geschichte nicht mehr hinwegzaubern, ebenso wenig die industriellen Fertigkeiten, die dazu notwendig sind. Wir können nicht mehr hinter das Atom zurück. Was in den technischen Labors, in den Gehirnen wissenschaftlicher Teams vor sich geht, entzieht sich jeder Kontrolle von außen. Für den technischen Fortschritt, auch auf dem Gebiet der Waffenkonstruktion, zeichnet sich aber nirgendwo eine Grenze ab. Wir bekommen die Kehrseite des Glaubens an den unendlichen Fortschritt zu schmecken. Das Fazit ist: es gibt nur einen Weg zur Abrüstung, und das ist der echte Frieden. Frieden aber ohne Vertrauen ist ein leeres Wort, eine Phrase des Kalten Krieges, der feindlichen Koexistenz. Wo aber sollte Vertrauen möglich sein zwischen zwei Gesellschaften, die sich unausweichlich bekämpfen müssen, weil ihnen — außer der Angst vor dem Tode — jede gemeinsame Basis fehlt? Es wird also keine Abrüstung, ja nicht einmal Rüstungsstillstand, sondern weitere Aufrüstung geben.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wird sich der Kampf ebenfalls verschärfen. Heute formieren und straffen sich die Großräume, um, wo die Waffen selbst schweigen müssen, einen wirtschaftlichen Krieg im Weltausmaß gegeneinander zu führen. Der Kriegsschauplatz ist einmal das weite Feld der „troisième monde" in Afrika, Asien und Lateinamerika, dann aber auch der Wohlstandswettbewerb der beiden Gesellschaften in ihren Kernländern selbst. Ob es einer der beiden Seiten dabei gelingt, in den Entwicklungsländern das Gleichgewicht entscheidend zu verschieben, ist mehr als zweifelhaft. Das Geld, das heute dort ausgegeben wird, verzischt wie ein paar Wasserspritzer auf einem glühenden Fels. Die Bevölkerungs-

explosion in diesen Ländern macht dieses Verhältnis von Jahr zu Jahr krasser. Es würden Investitionen benötigt (und dazu eine Gesamtplanung), die weder eine Seite allein, noch beide im Wirtschaftskrieg gegeneinander leisten können. Sicher ist nur eines: für beide Lager werden die Belastungen in unerhörter Weise steigen, ohne daß es die Gewißheit eines Erfolges gibt.

In der Auseinandersetzung der Gesellschaftsstrukturen selbst gibt es keinen Stillstand. Wer stehen bleibt, geht zurück. Wesentlich ist, daß, gewollt oder nicht, bewußt oder nicht, beide Strukturen sich fortwährend in ihren Ergebnissen aneinander messen müssen und daraus ständige Bewegung entsteht. Dazu kommt der Fortschritt der Technik auch auf dem Gebiete der Massenkommunikation. Wahrscheinlich wird noch in unserem Jahrzehnt ein Netz von Nachrichtensatelliten die Erde umgreifen, d. h., daß dann die östlichen Programme in den letzten Winkel des Westens dringen werden und umgekehrt die des Westens in den Ostraum. So wie die Erde sich in wenigen Jahrzehnten auf dem Gebiet des materiellen Verkehrs verengt hat, so strebt unaufhaltsam die Menschheit zueinander und findet die technischen Mittel eines alle Abgrenzungen illusorisch machenden geistigen Austauschs. Auch hier können wir nur sagen, daß sich gerade dann, wenn keine gewaltsame Abgrenzung mehr zu halten sein wird — und dieser Zeitpunkt rückt mit Riesenschritten näher —, die Auseinandersetzung verschärfen und mit Fallgeschwindigkeit einem Ziel zutreiben wird.

Das sind die allgemeinen Linien. Die Geschichte ist aber keine Buchhaltung, wo zum Schluß einfaches Addieren und Subtrahieren zur Endsumme führt, sondern das Charakteristische der Bewegung in der Zeit sind einmalige, unwiederholbare und nicht rückgängig zu machende Verdichtungen, die an einem Punkt das Ganze bestimmende Entscheidungen herbeiführen.

Es ist die große Mode heutzutage, diese Entscheidung in den außereuropäischen Entwicklungsräumen zu suchen, und die großen Zahlen, um die es dort zu gehen scheint, rechtfertigen dies vor dem quantitativen Denken unserer Epoche. Während aber das Ringen um die Milliarden der „dritten Welt" noch sehr lange dauern kann, sehr kostspielig sein und mit Sicherheit zunächst nur Lasten, nicht aber einen Zuwachs an Kraft bringen wird, mag hier auf unserem Kontinent, an der direkten Trennungslinie zwischen West und Ost, schon lange vorher der Punkt erreicht werden, der nicht nur über vermeintlichen Sieg oder Niederlage entscheidet, sondern der zur letzten Wahl zwischen zwei Wegen zwingt, von denen der eine folgerichtig in der Katastrophe enden muß, der andere zum Frieden führen kann.

III

In Zentraleuropa stoßen West und Ost mit ihrer Hauptmacht unmittelbar zusammen. Hier verschlingt sich die Auseinandersetzung der beiden Weltpole nicht nur mit all den ungelösten Fragen, die der Zweite Weltkrieg geschaffen und übriggelassen hat, sondern verknotet sich auch mit dem schon aus dem vorigen Jahrhundert herüberreichenden d e u t s c h e n P r o b l e m.

Grundsätzlich stellt das deutsche Problem die Frage nach dem Platz der Deutschen in der Völkergemeinschaft, nach ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Organisation im größeren zentraleuropäischen Raum, konkret aber heute nach ihrem Verhältnis zu West und zu Ost.

Diese Frage hat zunächst durch die Teilung des deutschen Volkes und die Vertreibung von mehr als 13 Millionen Menschen aus den polnisch-preußischen und böhmisch-schlesischen Grenzräumen eine Antwort gefunden. Eine Lösung ist das nicht, wie ein jeder, wenn er mehr als sein augenblickliches Ego sieht und nicht nur Zweckpropaganda treibt, zugeben muß. Trotzdem ist es nicht so, wie unsere

„Nationalen" meinen, daß es genügen würde, den Deutschen evtl. unter der Aufsicht der UN eine freie Selbstbestimmung nach innen und außen zu ermöglichen, um dieses Problem aus der Welt zu schaffen. Die Lösung der deutschen Frage ist — allein durch die Verschiebung des machtpolitischen Gleichgewichts zwischen West und Ost, die hiermit eintreten könnte — unaufhebbar verbunden mit dieser größeren Auseinandersetzung im Weltmaßstab und wird dadurch identisch mit der Auflösung dieses Gesamtkonfliktes entweder in einer Katastrophe oder durch echten Frieden.

Dieses hier aufgezeigte Abhängigkeitsverhältnis ist beiderseitig. Wir können ebenso gut sagen, daß zu einem nicht geringen Maße die Art der Auflösung des größeren Weltkonfliktes davon abhängen kann — und ich meine sogar, wird —, welchen Weg das deutsche Volk hier und jetzt, d. h. in der Gegenwart, wählt, d. h. ob es in Richtung einer Entspannung sich wendet, oder ob es die bestehenden Spannungen aufrechterhält oder gar verschärft.

Es ist eine eminent sittliche Entscheidung, die hier von der deutschen Politik inmitten einer Welt der rücksichtslosen Machtanwendung, der Lüge, der Heuchelei und des offensichtlichen Betrugs gefordert wird. Und es gibt keinen mathematischen Beweis dafür, daß dieser neue Weg zum Ziele führt. Trotzdem: diese Entscheidung wird unserem Volke nicht erspart bleiben, und wer diese erkennt, muß sich mit allen seinen Kräften dafür einsetzen, daß unser Volk richtig wählt.

Heute bewegt sich das geteilte Deutschland noch durchaus in einer gegenteiligen Richtung. Da alle Träume von einem nationalen und neutralen, wiedervereinten Deutschland zwischen West und Ost geplatzt sind und man die Zeit in dieser Hinsicht nicht mehr umkehren kann, sehen wir in West wie in Ost zwei Integrationsprozesse voranschreiten, die wiederum nichts lösen, sondern die Deutschlandfrage nur ihrer letzten Verschärfung zutreiben werden.

In wenigen Worten: Im Westen integriert sich der europäische Kontinent um den französisch-deutschen Kern; weder der Süden noch der Norden kann es sich leisten, draußen zu bleiben. Über die britische Brücke soll dann, wie die Amerikaner es wünschen, dieser Raum mit der gleichstarken US-Großwirtschaft verbunden werden und eine koordinierte Kooperation mit den Entwicklungsländern begründen. — Im Osten spielt sich ein analoger Prozeß, wenn auch in anderen Strukturformen, ab. Der ostdeutsche Staat wird, zusammen mit dem zweiten tschechoslowakischen Industriezentrum, immer mehr Teil einer zentral geplanten sowjetisch-osteuropäischen Großraumwirtschaft, die von dieser Basis aus gleichfalls um Positionen in den Entwicklungsräumen kämpft.

Logisch wird bei diesen beiden Integrationsprozessen der Punkt kommen, wo man die wirtschaftlichen Beziehungen zueinander vollkommen abbrechen wird. Das ist heute noch nicht der Fall, und es gibt auch genug gegenteilige Tendenzen, aber die Grundströmung in dieser Hinsicht wird sich durchsetzen, sobald die zögernden Versuche einer Koexistenz, die ihre an das Wort „friedlich" geknüpften Erwartungen nicht erfüllen kann, in einer Welle der Enttäuschungen für beide Seiten ertrinken. Mögen diese Enttäuschungen nun vom Sektor der Abrüstung oder vom Zusammenbruch erhoffter politischer Lösungen ausgehen oder mögen sie wirtschaftlicher Dynamik oder wirtschaftlicher Krise entspringen, es läßt sich voraussehen, daß der Weg der feindlichen Koexistenz zu dem Punkt führen wird, wo man sich im tödlichen Haß völlig voneinander abschließen und realiter an dem Abgrund stehen wird.

Da die nationale Frage der Deutschen bei diesen Integrationsprozessen naturgemäß keine Lösung finden kann, wird die nationale Phrase wachsen, auch wenn ihr niemand die Hohlheit nehmen kann. Beide deutschen Staaten werden einander als Verräter an der Nation und an Deutschland abstempeln wollen, und so

sehr es auch wahr ist, daß die Schuld der Bundesrepublik hier schwerer wiegt, schon weil ihr ein größerer Spielraum gegeben ist (wahr ist, daß sie keine deutsche, sondern eben nur westliche integrationistische Politik betrieben hat), so wenig kann die DDR in diesem nationalen Wettlauf der Phrasen bei den deutschen Massen irgendetwas gewinnen. Sie hat nicht nur das Zahlenverhältnis von Land und Bevölkerung gegen sich, sie muß nicht nur in einem evtl. separaten Friedensvertrag Grenzen und Vertreibungen anerkennen, die man in Westdeutschland nicht hinnehmen will (und sei es auch nur aus innenpolitischer Heuchelei und Ausbeutung der Massen der Vertriebenen), sie hat auch das Pech, daß sie sich anscheinend nicht erlauben kann, ihre Grenzen für den freien Kontakt der Menschen des einen deutschen Volkes zu öffnen. Solange sie aber Grenzen erhöhen muß, statt sie revolutionär niederzureißen, um das ganze deutsche Volk für eine neue Ordnung der Gerechtigkeit zu begeistern, solange ist jede Mark, die sie für nationale Propaganda ausgibt, hinausgeworfenes Geld. Was also wird das praktische Ergebnis sein? Da sich der psychologische Druck des westlichen Deutschland auf das östliche — zumindest mit den bisherigen Mitteln — nicht umkehren läßt, wird die DDR den Druck im gleichen Maße dort verstärken, wo sie dazu in der Lage ist: auf Westberlin.

Damit steht am Ende der deutschen Sackgasse ein ausgewachsener Weltkonflikt, den man vielleicht ein- oder zweimal etwas dämpfen kann, in der Hoffnung auf bessere Zeiten, der sich aber faktisch nur von Jahr zu Jahr verschlimmern wird und von dem niemand Sicherheit hat, daß er nicht zum unerwünschtesten und gefährlichsten Zeitpunkt in Bewegung gerät.

IV

Die Krise um Berlin ist die Krise der Deutschlandpolitik von West und von Ost. Es läßt sich kaum leugnen, daß beide Weltmächte in eine deutsche Verkrampfung hineingezogen wurden, bzw. sich selbst hineinmanövriert haben, die für alle Beteiligten das Schlimmste befürchten läßt.

Zunächst geht es darum, ob der Osten den Westen mit dem Hebel der Zugänge zur Westberliner Insel zu einer Modifizierung seiner Deutschlandpolitik im Sinne einer Anerkennung des status quo zu zwingen vermag oder nicht. Diese de jure-Anerkennung der faktischen Situation der Teilung des deutschen Volkes würde die Fiktionen der (in Wirklichkeit ohnedies nicht existierenden) gesamtdeutschen Politik der Bundesrepublik wie ein Kartenhaus zusammenstürzen lassen. Die Anerkennung der Ostgrenzen gegenüber Polen und der CSR, die wahrscheinlich im gleichen Zuge erfolgen würde, müßte außerdem die Vertriebenenpolitik in ein höchst peinliches Dilemma bringen. Jahrelang hat hier die Führung 10 Millionen Menschen gegenüber die wahre Lage hinweginterpretiert, Vertrauen und Zusammenarbeit mit dem Westen gepredigt, wo offensichtlich nicht einmal eine Spur von Gegenseitigkeit vorhanden war. Das alles würde zu starken Rückwirkungen in Westdeutschland führen. Es ist kaum anzunehmen, daß man nach einem solchen Ereignis der deutschen Jugend irgendwo noch mit einer „Politik der Stärke", die angeblich zur Wiedervereinigung führe, würde kommen können. Soweit die positive Seite der Berlin-Krise. Es kann ein heilsamer Prozeß sein, der Illusionen zerstört, die wie alle unrealistischen Schäume den Blick auf die Wirklichkeit und damit den Weg zum Handeln verbauen. Es wird dem deutschen Volk auf die harte Weise beigebracht, daß es in der Mitte Europas lebt, nicht nur Nachbarn im Westen, sondern auch im Osten hat und daß es keinen Frieden und keinerlei Lösung geben kann, ohne den Versuch zu machen, sich diesem Osten mit gutem Willen zu nähern, ihn nicht von vornherein in die Kategorie des Erb- und Todfeindes einzustufen. So weit, so gut.

Die Krise hat aber auch eine negative Seite. Sie besteht darin, daß man mit dem Negativum des Drucks allein niemals die Seele des deutschen Volkes wird gewinnen können. Es mögen sich im Gegenteil die Fronten sogar verhärten. Zuerst ist da die fortschreitende Verengung des Verhandlungsspielraumes selbst. Der Westen muß auf dem schmalen Grat zwischen dem Abgrund eines militärischen Konfliktes und der schiefen Ebene des Abgleitens seiner Position in Deutschland balancieren. Welche Zugeständnisse er schließlich immer in Berlin machen mag, er muß sich bemühen, die Rückwirkungen auf das deutsche Volk aufzufangen, und das kann er nur, indem er in puncto Wiedervereinigung den deutschen Nationalismus dann noch mehr als bisher stützt und alles tut, um ihn auf antiöstlichem Kurs zu halten. Genau so wird die Bundesrepublik mit französischer Rückendeckung selbst reagieren. Sie kann und wird nicht zugeben, daß ihre Politik bankrott ist, sie wird im Gegenteil die „nationale Empörung" gegen das „Ost-Diktat eines Super-Versailles" anfachen und predigen, daß nur verstärkte Integration, unerschütterliches Zusammenstehen aller die nationalen Ziele auf „europäischem" Wege, wenn auch nicht heute, so doch in der Zukunft, sichern kann. Es wird dann eine Notkoalition aller Parteien, zumindest aber die Koalition der beiden großen, geben, und das deutsche Volk — machen wir uns hier nichts vor — wird sicherlich zu mehr als 90% hinter dieser Regierung stehen, denn es fehlt eine echte, auch die in Deutschland mehr konservativen Massen ansprechende Alternativpolitik.

Jede Interimsvereinbarung über Westberlin — und alle Verträge sind interimistisch, solange das Deutschlandproblem als Ganzes nicht gelöst ist — ändert an der Grundsituation in Deutschland nicht das geringste. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß sich der Integrationsprozeß im Westen vertieft, die reale Feindschaft zwischen den beiden deutschen Staaten verschärft und in Berlin selbst an Stelle alter Reibungsflächen lediglich neue gesetzt werden.

Die Krise um Berlin ist, weil sie in Wirklichkeit die Deutschlandkrise der beiden Westhälften ist, eine Dauerkrise. Die Zündflächen bleiben, ebenso das jede Abrüstung verhindernde Mißtrauen, ebenso die feindliche Koexistenz in ihrer tödlichen Spirale. Und dies alles solange, bis es gelingt, in Zentraleuropa einen echten Friedensprozeß in Gang zu bringen.

V

Damit stellt sich das Problem des Vertrauens, das im großen in der Welt zwischen Ost und West nicht gelöst werden kann, hier im kleinen, im deutschen und zentraleuropäischen Raum.

Die Frage ist: Warum sollte das, was zwischen Washington und Moskau unmöglich zu sein scheint, hier im Zentrum Europas, wo schließlich durchaus das Gesamtgleichgewicht auf dem Spiel steht, eine Chance haben?

Die Frage beantwortet sich so: Ob es eine Chance hat oder nicht, hängt im wesentlichen von einem zusätzlichen Faktor ab: von den Deutschen, von uns selbst. Wir, die wir von der Weltfront geteilt sind wie kaum sonst jemand, wir müssen den Versuch machen, zu heilen, d. h. uns der Frontpolitik zu entziehen, nicht um uns in ein illusionäres national-neutralistisches Niemandsland zurückzuziehen, das es hier im europäischen Entscheidungsraum gar nicht geben kann, sondern um unsere ganze Existenz als einzelne wie als Volk und damit als in der Geschichte wirkender Faktor an die Überwindung dieser Fronten durch echten Frieden zu setzen.

Zu dieser Aufgabe gehören mehr innere Festigkeit, mehr Kühnheit und Entschlossenheit als zu der Pseudo-Stärke einer Politik des Kalten Krieges, die in Wirklichkeit doch nur der Angst entspringt und die nur einen Wall baut, hinter

dem der einzelne oder die Gruppe sich von der Geschichte abkapseln zu können glauben.

Natürlich gibt es kein Rezept, vom klügelnden Verstand ausgedacht, das den Frieden zwischen West und Ost berechnen ließe, oder wie andere denken mögen: eine arithmetische Mittelsumme zwischen Kapitalismus und Sozialismus — was wohl auf eine verschwommene und verfettete Sozialdemokratie hinauslaufen würde. So realisiert sich die Geschichte nicht. Wir müssen den anderen gegenüber, aber auch mit uns selbst, ehrlich sein. So wie der ganze bisherige Beitrag darin bestand, aufzuzeigen, wie abgrundtief verfahren und — wenn es nur auf die Ratio ankommt — hoffnungslos die heutige Lage ist, nicht nur für uns, nein, für alle in West und Ost, so steht am Anfang einer jeden deutschen Friedenspolitik auch die Erkenntnis: Wir haben nicht die geringste Garantie, daß eine Wandlung der deutschen Politik wirklich zu diesem Frieden, den wir alle ersehnen, zu einem guten Ende, führen wird. Trotzdem müssen wir diesen Wurf eines Tages mit unserem ganzen Volke wagen. Es mag uns dann, und vor allem unserer Jugend, das zuwachsen, was heute fehlt: eine die Menschen belebende, die Gesellschaft formende geschichtliche Aufgabe.

Daß wir an diese Aufgabe, ohne rechnerische Gewißheit, das Ziel auch zu erreichen, gehen müssen, sollte uns nicht schwächen, sondern stärken. Heute schwört alles auf Sekurität, aber alle großen Dinge in der Welt sind aus äußerster Unsicherheit heraus entstanden; der Mensch an sich, der sich die Erde unterworfen hat, ist zutiefst aus einer Position der Gefährdung und Verletzlichkeit, der Schwäche, der Weichheit und der Ungewißheit aus angetreten. Einer der großen Denker an der Schwelle der sogenannten Neuzeit, Blaise Pascal, hat uns eine andere Wertvorstellung als die der buchhalterischen Sicherheit überliefert. Von ihm schreibt Romano Guardini:

> „Die Größe des Wagnisses ist ihm Maßstab, nicht nur für den Rang des Menschen, der es auf sich nimmt, sondern auch für die Werthöhe einer Sache, die es fordert. Je höher der Wert, desto weniger Sicherheit. Je größer die Wahrheit, durch desto größeres Wagnis hindurch muß sie realisiert werden."

Frieden ist heute für uns Deutsche gleichbedeutend mit: Frieden mit dem Osten. Denn: mit dem Westen wurde er bereits hergestellt — und es hat dazu keinen Vertrag gebraucht. Es spielt jetzt keine Rolle, aus welchen Irrtümern und Gründen, bzw. mit welchen Zielsetzungen dieser Frieden mit dem Westen entstanden und auch noch belastet ist. Er ist vorhanden, darüber sollte man sich im Osten nicht täuschen; und wenn wir auch die gesamte Frontpolitik unseres Teilstaates bekämpfen sollen und wollen, dieses eine Ergebnis des Friedens, vor allem mit unserem kontinentalen Nachbarn Frankreich, sollten wir nicht antasten, sondern nur immer vertiefen und verbessern wollen. Das alles aber entbindet uns nicht von der Erkenntnis, daß unser Verhältnis zum Osten, daß der Frieden mit dem Osten bei weitem die größere, tiefer gehende und entscheidendere Aufgabe ist, bei der noch fast alles zu tun bleibt.

Auch dieser Frieden wird nicht durch einen „Friedensvertrag" hergestellt werden, sondern nur durch ein neues Vertrauen unter den Völkern, das lebendig wächst und das gegenseitige Verhältnis umwertet.

Es gilt zunächst für uns, dazu beizutragen, daß diesem noch nicht vorhandenen Vertrauen der Boden bereitet wird. Dazu würde dienen:

1. Daß wir uns der militärischen Frontpolitik gegen den Osten verweigern;

2. daß wir, ohne auf die Wiedervereinigung unseres Volkes Verzicht zu leisten, die heutigen staatlichen Gegebenheiten — also die DDR — als Ausgangspunkt und Teil jeder Friedenspolitik in Zentraleuropa anerkennen. Wer in dieser Frage vom Osten bloß die Kapitulation verlangt, muß logisch den Krieg wollen, oder

aber er ist einfach ein verantwortungsloser Schwätzer — wie die meisten unserer heutigen Parteikoryphäen;

3. daß wir, ohne auf Gerechtigkeit und Wahrheit auch für den Letzten und Ärmsten zu verzichten, unseren polnischen und tschechoslowakischen Nachbar in seinen heutigen Grenzen als Partner einer künftigen Verständigung, ja Versöhnung, akzeptieren. Ebenso wenig, wie wir in der Vertreibung von Millionen Menschen ein Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Probleme sehen können, ebenso wenig wollen wir an einer bloßen Restauration vergangener Verhältnisse festhalten.

Der Frieden der Deutschen mit dem Osten ist, ohne die Politik der DDR hinsichtlich der Sowjetunion, der CSSR und Polens schmälern zu wollen, der Frieden zwischen der Bevölkerung der heutigen Bundesrepublik und der Gesamtheit ihrer östlichen Nachbarn. Die Kluft, die hier aber — auch auf deutscher Seite — zu überwinden ist, ist ungeheuer. Man muß sich überlegen, mit welchen Mitteln man diese Aufgabe bewältigen kann.

Die DDR hat vor kurzem auf ihrem vierten „Nationalkongreß des deutschen Volkes" das „Nationale Dokument über die Aufgaben der DDR und die Zukunft Deutschlands" veröffentlicht, das auf diese Fragen eine Antwort zu geben versucht. Sie bietet der Bundesrepublik als ersten Schritt des Friedens in Deutschland das gemeinsame Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus den westlichen und östlichen Militärbündnissen und den Abschluß eines Konföderationsvertrages an. Grundsätzlich muß eine jede deutsche Friedenspolitik diese Zielsetzung bejahen. Die DDR entwertet aber dann ihre Vorschläge gegenüber der westdeutschen Bevölkerung, indem sie erklärt, dies alles würde zur Umwandlung der Bundesrepublik in einen sozialistischen Staat führen, und bevor dies nicht geschehen sei, würde außerdem jede Wiedervereinigung vollkommen ausgeschlossen sein. Wie kann man sich vorstellen, daß auf diesem Weg in Westdeutschland die drei Viertel des deutschen Volkes für einen Frieden mit dem Osten gewonnen werden können, wenn man ihnen als Alternative zur westlichen Integrationspolitik nicht eine Politik der Mitte und des Ausgleichs, sondern eine des Anschlusses an die Ostintegration setzt und wenn man expressis verbis darlegt, daß die Konföderation nur ein anderer Name für die Aufrechterhaltung der Teilung ist? Man hofft in der DDR auf Bewußtseinsänderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse. Dazu war lange genug Zeit. Wo ist das Ergebnis? Man braucht kein Prophet zu sein, um auch die künftigen Enttäuschungen in dieser Hinsicht vorauszusehen. Gerade wenn man den Frieden mit dem Osten will, muß man hier wahr sein, und die allerschlechteste Politik wäre es, bloß den gerade vertretenen Thesen des Ostens nach dem Munde zu reden. Tatsache ist: Es besteht wohl eine Chance, das deutsche Volk für einen Frieden mit dem Osten zu gewinnen, es besteht aber nicht die geringste Möglichkeit, die Mehrheit der Deutschen für einen Anschluß an den Osten, für einen einfachen Frontwechsel reif zu machen, wie man sich das anscheinend da und dort vorstellen mag. Die Arbeiterschaft, von der die DDR spricht, ist nicht klassenkämpferisch, und es sind, wenn man sich nicht selbst betrügen will, gar keine Anzeichen vorhanden, daß sie es morgen oder übermorgen sein wird. Die Streiks hier in Westdeutschland sind Ausdruck ganz anderer Dinge. Käme aber hier in Westdeutschland die Sozialdemokratie an die Macht, gewännen die Gewerkschaften an außenpolitischem Einfluß in Richtung auf eine gesamtdeutsche Politik, dann würde jede Brücke zur DDR im Endergebnis nur in Richtung des vom Standpunkt der DDR hart bekämpften ideologischen „dritten Weges" gehen. Wenn in Westdeutschland die Arbeiterschaft wirklich mehr Einfluß gewinnt, so wird das die DDR nur neuen inneren Belastungsproben aussetzen, gefährlicheren als bisher.

Wen will man außerhalb der Arbeiterschaft in Westdeutschland mit einem solchen Konzept ansprechen und für den Frieden mit dem Osten gewinnen? Da sind die Nationalliberalen und die verschiedenen nationalistischen Splittergruppen. Sie bekämpfen die Westintegration der Bundesrepublik, weil sie die nationale Einheit wollen und einsehen, daß diese nur mit dem Osten, nicht aber gegen ihn erreicht werden kann. Aber: das, was sie letztlich wollen, kann ihnen der Osten nicht geben. Sie wollen alle (außer der Neutralität zwischen West und Ost) die Lösung durch Liquidierung der DDR, manche sogar eine Zusammenarbeit mit den Sowjets auf dem Rücken der Polen und Tschechen und das Hinaufschaukeln der deutschen Ansprüche. Alles das sind nichts als Träume und Schäume.

Daß die im Bundestag vertretenen Parteien nicht die innere Substanz haben, eine vom Westen unabhängige Friedenspolitik zu wagen, bedarf keiner weiteren Erörterung. Allerdings sind auch nur 2% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland parteipolitisch organisiert, und man sollte deshalb die Tiefenverwurzelung unserer heutigen Machtträger nicht überschätzen. In jedem Fall aber gehen diese Gebilde, wie am Weg der Sozialdemokratie sehr schön demonstriert werden kann, die Straße der Bequemlichkeit, die bekanntlich in die Hölle führt

Bleiben noch die Pazifisten, Kriegsdienstverweigerer, die Vertreter der Gewaltlosigkeit und das, was man hierzulande als die „heimatlose Linke" bezeichnet, zusätzlich die „Nonkonformisten" jeder Schattierung. Gewiß, unter diesen Menschen gibt es hervorragende Persönlichkeiten, nicht nur Schwärmer, auch solche mit Mut und klarem Blick, die die Wahrheit mehr lieben als ihre Karriere. Aber wieviele haben davon ein Gespür für die Realitäten der Geschichte, wieviele für Macht, die auch ein Teil unseres Lebens ist? Der Intellektuelle vertraut auf die Argumentation, auf die Vernunft. Aber diese gilt nur in seinem engen Kreise, die Geschichte bewegt sie zum wenigsten. Wäre es anders, so wäre seit Jahrtausenden schon alles in perfekter Ordnung; oder kann man, angesichts der wahnsinnigen Zurüstung auf die Katastrophe in unserer Zeit, noch den Optimismus der Aufklärer vom Fortschreiten der Vernunft teilen? Wir haben zuviel erlebt, um noch so naiv zu sein. So ist es also ein Riesenirrtum, zu glauben, daß eine vernünftige, logische Beweisführung die Massen des deutschen Volkes zur Änderung ihrer politischen Position, in die sie kaum bewußt hineingetrieben sind, bewegen kann, und es ist auch eine Fehlkalkulation, anzunehmen, die aus hunderterlei verschiedenen Interessen kommende, durchaus vorhandene, möglicherweise sogar wachsende Unzufriedenheit ließe sich intellektuell einfach in die gewollte Richtung steuern und zu einer geschichtlichen Bewegung zusammenfassen. Kein Volk steht mit seiner Mehrheit im Lager der „Argumentation", das deutsche gewiß nicht, wie aus der Geschichte bekannt. Die geschichtlichen Bewegungen werden eher durch bildhafte, positive Vorstellungen geformt als durch die Kritik des Verstandes. Und das ist auch heute so. Im Grunde genommen ist zwar hier ein Vakuum, in das noch blaß das Bild von der Nation hineinschimmert, das man aber vor allem mit der Vorstellung von der europäischen Einigung aufzufüllen hofft; auch uralte Traditionen mögen hier wieder durchschlagen. Die größte Aufgabe, die auf unser Volk wartet und von der vieles für den Gang der Dinge in der Welt überhaupt abhängen mag, die Aufgabe, Frieden und Versöhnung mit dem Osten herzustellen, sie müßte die blassen Bilder von gestern und vorgestern hinwegwischen, darüber hinwegfegen wie ein Naturereignis, sie müßte selbst unser ganzes Leben und das unseres Volkes umformen.

Kann das geschehen? Konstruieren kann man so etwas nicht, man kann es nicht „machen". Noch soviel Überzeugungsarbeit, noch soviel Argumentieren und noch soviel Propaganda wird das nicht zustande bringen, höchstens jeden lebendigen Ansatz dazu ersticken. Allein schon die Schwelle des Mißtrauens ist nicht zu über-

winden. Die Massen des deutschen Volkes, wie unzufrieden sie auch werden mögen, sie sehen im Osten zuallererst die Verweigerung der Wiedervereinigung, sie sehen den Stacheldraht, die Mauer, die geschlossenen Grenzen, die Vertreibungen, die man als „Überbleibsel" abtut. Sie denken nicht daran, wieviel von allem sie sich selbst zuzuschreiben haben, gestern und heute. Und keine Moralpredigt, die von der Politik und Propaganda ausgeht und nicht von unparteiischer, zweckfreier Gerechtigkeit, kann daran etwas ändern. Auch nicht der bloße Begriff „Frieden", wenn er nur vom „Anti" her gefaßt wird und von der Hinnahme dessen, was eben ist. Das Positive eines neuen schöpferischen Geistes müßte dazukommen, wenn er ganze Völker in ihrem geschichtlichen Handeln bestimmen soll. Frieden ist viel mehr als nur die Abwesenheit von Blutvergießen. Die Deutschen werden beim Westen bleiben, trotz allem Scheitern ihrer Politik der Stärke, trotz dem Zusammenbruch ihrer Fiktionen, solange der Frieden — der echte — nicht als Versöhnung an einem Punkt Zentraleuropas als Tat entzündet worden ist und solange nicht damit ein neues Bild die Herzen der Deutschen verwandelt.

Der Frieden der Deutschen mit dem Westen ist ein Faktum. Der mit dem Osten erscheint ferner denn je. Diese Kluft von Haß und Verbrechen der Vergangenheit, von Mißtrauen und Erstarrung in der Gegenwart überbrückt keine bloße Vernunft, schon gar nicht Propaganda. Dazu würde eine innere Kraft des Herzens gehören, die dem Bösen, das uns trennt, adäquat, ja überlegen ist. Von den beiden deutschen Staaten, die sich gegenseitig belauern und letztlich liquidieren wollen, ist dieser gute Wille nicht zu erwarten. Nicht hier würde die Brücke entstehen können.

Während im Westen nicht nur die Wunden des letzten Krieges, sondern sogar die von Jahrhunderten sich zu schließen beginnen, werden sie im Osten von beiden Seiten her künstlich offen gehalten. Warum eigentlich? Ist doch in den Völkern längst kein Haß mehr. „Die Vergangenheit darf uns nicht die Zukunft verbauen" — so lautete eines der besten Worte des sowjetischen Memorandums vom Dezember vergangenen Jahres. Heute, 17 Jahre nach Ende des Krieges, ist doch die Zeit reif, nicht für das Vergessen, aber für das Vergeben. Und wo hätten die Völker mehr Grund, mit dem gegenseitigen Aufrechnen Schluß zu machen? Wo würde es sich mehr lohnen, neu anzufangen? Keine leeren Worte, die niemand mehr glaubt, ein realer Akt der Versöhnung, ein Beginn des großen Friedens zwischen uns — und die deutsche Jugend bekommt das Ziel, das ihr fehlt. Wie jede Jugend will sie sich einer großen Sache hingeben — und sie sieht keine, weil alles vergiftet ist von Propaganda und Halbwahrheiten. Wo aber gäbe es eine größere Sache, als es dieser Frieden zwischen uns und unserem Nachbar im Osten wäre!

Auch wenn sich rings am Horizont kein Licht zeigt, bleibt diese Aufgabe für uns bestehen, müssen wir daran festhalten, denn: Die Welt selbst wird keinen Frieden finden, keine Einheit werden können, bevor nicht im Herzen Europas ein neuer Prozeß der Versöhnung in Gang gesetzt worden ist, der wirklich Frieden ist und mit seiner eigenen Dynamik weiterwirkend alles Trennende durchstößt.

Dr. Ernst Schwarz

Opposition und Widerstand

im Zusammenhang mit der „Spiegel"-Affäre

Ist in der Bundesrepublik eine Opposition möglich?

Nein! Denn jede Alternative wird durch den tiefen Gegensatz zu dem anderen Spaltstück Deutschlands, der Ostzone, von vornherein entwertet und entstellt. Dies gilt sowohl für die Innen- wie für die Außenpolitik. Sozialismus im eigentlichen, unverdünnten Sinne ist unvertretbar, weil die Zone ihn in abstoßender Weise praktiziert, und gegen einen Ausgleich mit der Sowjetunion verhärtet man sich, weil sie die Zone vergewaltigt und die gespenstischen Nebel des Bolschewismus und des Ulbrichtregimes über der Elbe hängen.

Es gibt eine Scheinopposition von seiten der SPD. Sie hat zwar einmal wirkliche Opposition versucht, sie hat auch einmal einen „Deutschlandplan" vertreten, aber das alles ist verflogen. Gegen die härtere und entschiedenere abwehrende Haltung, welche die nächstliegende, wenn auch simplere Antwort auf die Spaltung war, konnte sie auf die Dauer nicht konkurrieren. Ob es um die Wiederbewaffnung, um Atomrüstung im allgemeinen oder um den Versuch einer aussichtsreichen gesamtdeutschen Regelung ging, immer ließ sich die SPD Stück um Stück entwinden, ihre Tradition fortsetzend, nach der sie letzten, elementaren Entscheidungen ausgewichen ist. Die unbestreitbare Tugend dieser Partei, maßvoll und rechtlich zu sein, macht sie zugleich zu wirklich großer und unerschütterlicher Haltung in Krisensituationen unfähig.

Gegen ihren Willen und gegen ihre streng ausgelegten Grundsätze verlor sie in solchen Zeiten immer wieder Boden an ihre Gegner, deren Hilfe — finanziell oder militärisch — sie in Anspruch nehmen mußte, wollte sie unabsehbare Entwicklungen vermeiden. Mit gutem Grund scheute sie das Extreme, aber ohne die äußerste Entschlossenheit sind solche Lagen nie zu meistern. Der Geist, der auf die Barrikaden treibt, lebt nicht mehr, aber auch nicht mehr jener kämpferische Geist, der die Auseinandersetzung um letzte Entscheidungen ohne Ausweichen sucht. Es scheint im Wesen dieser großen und trotz allem ruhmreichen Partei zu liegen, daß sie solcher äußersten Anstrengungen, weder moralisch noch intellektuell, fähig ist. Das ist indessen keineswegs ein Vorwurf, das liegt eben so in der Natur der Dinge. Ultra posse nemo obligatur.

In der heutigen Situation der Bundesrepublik gehörte ein fast selbstmörderischer Mut zu ausdrücklicher oppositioneller Haltung, denn sie wird nicht nur von den Zonenpolitikern sofort mit Triumphgeschrei begrüßt, sondern auch von dem innenpolitischen Gegner mit dem hämischen Hinweis auf diese Zustimmung abgetan. So gering ist der Spielraum für oppositionelle Thesen, daß diese sofort — allein infolge der Spaltung — ins Zwielicht der Konspiration geraten. Es gehört außerdem eine unerschütterliche Logik dazu, um die haarscharfe Grenze zu erkennen, wo die eigene These in die ostzonale umschlägt.

Nicht nur bei der Regierung, auch bei der Opposition bestehen falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten einer Überwindung der Spaltung; weder der Appell an das Nationalbewußtsein noch an das Selbstbestimmungsrecht — Begriffe aus dem nationalstaatlichen Repertoire — kann sie hervorzaubern (von Assoziationen an gewisse Methoden Hitlers ganz abgesehen), sondern nur ein versöhnliches gesamtdeutsches Pathos könnte sie herbeiführen, das unbeirrt von den Parteifanfaren auf beiden Seiten sich doch beiden Seiten verpflichtet weiß.

Der Gegensatz geht nun allerdings so tief, die Unbelehrbarkeit ist auf beiden

Seiten so groß, daß es fast übermenschlicher Anstrengungen bedürfte, um dies zu überwinden, ja um nur im eigenen Lager der Meinungsverschiedenheiten Herr zu werden.

Unter dem Druck dieser Umstände hat sich die Opposition lähmen lassen und sich weitgehend auf die Linie der Regierung ausgerichtet; ihr sicherlich echter gesamtdeutscher Idealismus glimmt nur noch unter der Asche. Sie sah sich so bedrängt durch die Zweideutigkeit ihres Argumentierens am Rande ostzonaler Forderungen, daß sie sich schließlich in den sicheren Raum zurückziehen mußte, den das westliche Bündnis zunächst bietet, dessen Konsequenzen allerdings diese Sicherheit erheblich beeinträchtigen.

Deutschland ist die europäische Zitadelle des Kalten Krieges, deren Mauern beide Teile Deutschlands mit ihrer erbitterten Gegensätzlichkeit zusammensperren. Der Versuch zur Opposition ist auf jeder Seite zum Scheitern verurteilt, weil jede Seite dann unwillkürlich in die verhaßte Sprache verfällt, die auf der anderen Seite gesprochen wird. Beide feindliche Parteien der Besatzung müßten freien Abzug erhalten und damit die Belagerung der Zitadelle aufgehoben werden können.

Die Opposition ist unter diesen Umständen offensichtlich überfordert. Will sie Einfluß und Macht gewinnen, dann bleibt ihr nur die Rücksichtnahme auf die Wählermassen, denen ihren gesamtdeutschen Kurs verständlich zu machen ihr mit ihren unzulänglichen Mitteln nicht gelungen ist. Offenbar aber unterschätzt die SPD die Bedeutung einer nicht auf das Gewicht demokratischer Mehrheit, sondern auf die Macht harter oppositioneller Argumente zielenden Politik. Diese wäre ihre geschichtliche Aufgabe, und ihr ist sie offensichtlich nicht gewachsen, so wenig wie in früheren Krisenlagen, wo sie ebenfalls in an sich vernünftiger Mäßigung sich an die restaurativen Kräfte gebunden und ihnen so wieder zur Vormachtstellung verholfen, sich selbst aber um die eigentlichen Früchte ihres Ringens gebracht hat.

Die große Stunde der parlamentarischen Opposition nach 1945 ist vorbei, und sie scheint nicht wiederzukehren; Opposition ist vorläufig nur im außerparlamentarischen Raum möglich, wo sie allerdings nur ein Aschenbrödeldasein zu führen vermag. Was für die SPD gilt, gilt auch für die außerparlamentarische Opposition; auch diese ist immer wieder in Gefahr, die Linie zu überschreiten, jenseits welcher alles fragwürdig, nebulos, ja lächerlich werden kann. Eine Opposition, die nicht unter der Zucht des Parlamentes sich immer wieder selbst prüfen muß, verfällt leicht einer Art von politischem Diletantismus. Im Moralischen und Gesinnungsmäßigen ist trotz allem guten Willen nicht immer die notwendige Beherrschung vorhanden, gefällt man sich oft in einem übersteigerten idealistischen Schwung; was hier zuviel ist, fehlt an der unerläßlichen Schärfe der Argumentation. Wo man eisern und karg sein müßte, ist man nicht selten schwülstig und unkritisch. Dies galt für die Gesamtdeutsche Volkspartei und das gilt wieder, wenigstens in einem gewissen Maße, gelegentlich auch für die Deutsche Friedensunion. Das Ziel wird wohl gesehen, aber der Kurs dahin ist eben der bei hohem Seegang.

Wer viel Selbstkritik hat, wer die unendlichen Schwierigkeiten einer von allen Seiten bedrohten und beargwöhnten Opposition in ihrem ganzen Außmaß sieht, der neigt wohl dazu, zu schweigen und zu resignieren. Wenn jemand trotzdem sich in jene Front einzureihen wagt, muß ihm schon ein hoher Grad von Unentwegtheit, ja vielleicht sogar etwas Besessenheit eigen sein, und schon ist die hier so empfindliche öffentliche Meinung davon schockiert, ist die Werbekraft der Sache geschwächt. So gerät die außerparlamentarische Opposition leicht in den Ruf, nur ein verlorener Haufe von Naivlingen, Phantasten, ewig Unzufriede-

nen, politischen Stümpern zu sein. Die Intelligenz verfolgt dieses oft etwas ungeschickte Spiel mit hohen Brauen von ihrer Proszeniumsloge aus, statt beizuspringen und zu sagen, wie man es besser machen könnte. Nur der Kaltherzige kann verkennen, wieviel echte Aufopferung, wieviel politisches Verantwortungsbewußtsein, wieviel ehrlicher Idealismus hier trotz allem am Werk sind.

Doch noch mehr ist zu bedenken.

Widerstand ist die Steigerung der Opposition, und er scheint nur außerhalb der Demokratie möglich zu sein. Widerstand gibt es aber nicht nur gegenüber dem Terror, sondern er wird auch in jeder anderen hochkritischen Lage notwendig, wenn die herrschende Politik hartnäckig auf der Stelle tritt und unfähig ist, einen Ausweg aus der Krise zu eröffnen, vor allem aber, wenn die Opposition ihre parlamentarische Aufgabe nicht erfüllt; diese geht dann in demokratisch legitimer Weise an den Widerstand über. Unter Hitler formierte sich der Widerstand sowohl gegen die Gewaltherrschaft selbst, als auch gegen die Starrheit einer das Letzte aufs Spiel setzenden Politik. Heute könnte er notwendig sein gegen eine ähnlich starre, den Frieden wenn nicht direkt gefährdende, so doch ihn nicht — wie dies der Lage entsprechen müßte — mit äußerstem Einsatz erstrebende Politik.

Hier muß zunächst ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden: ein auf sein Prinzip versteifter, bedingungsloser, allzu williger Pazifismus ist hier nicht am Platze, sondern allein ein Friedenswille, der mit Abwehrwille gepaart, aber mit diesem mindestens im Gleichgewicht ist. Es ist gut, hier daran zu erinnern, was Carl von Ossietzky am 10. Mai 1932, als er seine Haftstrafe antrat, in der „Weltbühne" geschrieben hat:

> „... Ich hätte hinzufügen können, daß der organisierte Pazifismus in meiner inneren und äußeren Existenz nicht mehr als eine knappe Episode bedeutete. Daß ich mit den meisten seiner Führer seither verzankt bin, daß ich ihre Politik für verkehrt und selbstzerstörerisch halte ..."

Die Bereitschaft zu kämpfen muß indessen auf jeden Fall sekundär bleiben gegenüber der Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich, und hier liegt das eigentliche Problem! So wie die Bundesrepublik zusammen mit ihren Bündnispartenern nur Verteidigungswaffen zu haben vorgibt, so betont sie auch im gleichen Sinne ihre reinste Friedensbereitschaft. Sie muß dies tun im allgemeinen Chor der Friedensbeteuerungen, der um so lauter tönt, je mehr sich das finstere Kriegsgewölk zusammenballt, aber weder das Unisono noch die Lautstärke verbürgen Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit kann nur durch Taten erwiesen werden, doch die Taten sprechen keineswegs dafür. Solange Deutschland die Zitadelle des Kalten Krieges ist, solange ihre Mauern so abgrundtiefe Gegensätze umfassen, solange die Glut des Hasses immer wieder angeblasen wird, solange bleiben die Friedensbeteuerungen mehr oder weniger propagandistische Redensarten.

Je mehr die Völker sich in der Tiefe des Labyrinthes der Angst voreinander verirren, um so mehr schwindet ihre Hoffnung auf einen vernünftigen Ausweg, um so mehr vertraut man dann in der Panik nur noch auf Stärke, auf alles, was materiell Sicherheit zu verbürgen scheint, ohne dabei die negative Seite zu bedenken, wieweit nämlich gerade damit die Spannung nur noch gesteigert wird. Der Selbstbetrug der christlichen Welt erreicht darin seinen Höhepunkt, daß man, trotz beschworener christlicher Grundsätze unfähig zu einer moralischen Meisterung der Gefahrenlage durch einen Akt der Selbstüberwindung, nur noch ganz materialistisch an ihre Meisterung durch Waffen und ihre abschreckende Wirkung glaubt. Solange aber alles in diesem materialistischen Rahmen bleibt, bleibt es auch der diabolischen Zweideutig-

keit alles Materialistischen unterworfen. Nur die wahre moralische Leistung vermag diesen giftigen Nebel zu durchbrechen, der zunächst nur als außerparlamentarische Opposition erscheint. Nur der Widerstand gegen den verhängnisvollen Geist des Materiellen in jeder Gestalt.

Es gibt heute einen solchen, leider weithin zerstreuten Widerstand, unklugerweise hat ein Teil davon versucht, sich demokratisch, als Partei, zu organisieren, und dies unter Verhältnissen, die eine Breitenwirkung nahezu ausschließen. In kritischen Zeiten pflegt die Masse, vor allem das verängstigte Bürgertum, nicht viel zu denken und zu wagen, sondern sich einer Führung anzuvertrauen, die ihre elementaren Instinkte befriedigt, wie wir das besonders eindrucksvoll ja eben erst erlebt haben. An dieser Geistesverfassung, die für Widerstand schon gar keinen Sinn hat, hat sich auch durch die Katastrophe nicht viel geändert.

Gelegentlich läßt man auch einmal die Friedensredner zu Wort kommen, das gehört, wenigstens äußerlich, zur demokratischen Freiheit. Es gibt auch Friedenspreise, bei deren Verleihung man verschämt der großen Idee huldigt (man denke etwa an P. Tillich!), und man spart nicht mit der Anerkennung einzelner Friedensapostel, z. B. Ossietzky's. Man kann so seine Friedensliebe abreagieren, aber sobald der Friedensappell größere Kreise zu überzeugen beginnt, wird Alarm geblasen, weil damit der Wehrwille unterhöhlt werden könnte. Man versucht dann alles, um solchen allzu weitherzigen Friedenswillen zu diskreditieren, obwohl er den Wehrwillen durchaus nicht zu beeinträchtigen braucht. In einer Gefahrenlage soll es gewiß, wie schon gesagt, an einem entschiedenen Wehrwillen nicht fehlen, aber der Friedenswille muß noch viel entschiedener sein. Stattdessen versucht man, mit der Angst Geschäfte zu machen, auch wenn niemand weiß, ob und wie weit diese Angst berechtigt ist. Man zittert vor dem Gespenst des Bolschewismus um so mehr, je undeutlicher es erkennbar ist. Dies alles hat schon Hitler kunstgerecht ausgenützt. Eine Politik der Abschreckung ohne gleichzeitige äußerste und überzeugende Anstrengungen im Interesse des Friedens ist ebenso verwerflich wie eine Politik der Stärke, die den Frieden nicht stiften, sondern nach den eigenen Wünschen diktieren will.

In dieser Lage ist Widerstand erforderlich. Denn die Staatsführung bzw. die sie repräsentierende Partei usurpieren den Anspruch, allein zu wissen, was dem Wohl aller dienlich ist, sie nehmen die Majestät der großen und letzten Verantwortung in Anspruch, die sie berechtigt, den Staatsbürger ihren Argumenten, ihrer Zielsetzung zu unterwerfen und jeden in die Breite wirkenden Protest dagegen mit dem Verdacht der Zersetzung zu beantworten. Wer sich dagegen erhebt, erhebt sich gegen den „Staat", den „Großen Bruder", der in der Demokratie nur etwas unauffälliger und bescheidener auftreten kann. Dann muß sich die Opposition zu gleicher Größe der Verantwortung und der geschichtlichen Aufgabe erheben, sie muß zum Widerstand werden.

Aber mehr noch fordert den Widerstand heraus. 1945 konnte man glauben, daß nach dem Terror die volle demokratische Freiheit zum Durchbruch kommen werde. Wir erhielten eine Verfassung, die eine solche Freiheit garantiert. Aber auch eine freiheitliche Verfassung vermag die Lebenskraft jener gesellschaftlichen Mächte nur wenig zu beeinträchtigen, die zwar den Terror als solchen gewiß nicht gewollt haben, aber mit manchen seiner für sie günstigen Auswirkungen, von den Methoden wegblickend, durchaus einverstanden waren.

Der Nationalsozialismus ist 1945 völlig zusammengebrochen, so daß nur noch spärliche Klüngel davon weitervegetieren. Aber er hat nicht nur in der Generation, die das Dritte Reich mitaufbaute, tiefe Spuren, mehr im Unbewußten als im Bewußtsein, hinterlassen, auch die Mächte, die mit ihm kollaborieren, haben wieder weitreichenden Einfluß gewonnen, und sie nützen ihn, nachdem sie die totali-

tären Methoden mehr oder minder freiwillig verworfen haben, mit demokratischen Mitteln so gut als möglich. Es kam ihnen nach 1945 ebenso wie nach 1918 zustatten, daß sie über die Mittel des Aufbaus und der Neuordnung verfügten. Das Ergebnis ist naturgemäß keine Fortsetzung des NS mit demokratischen Mitteln, was ja ein Widerspruch in sich selbst wäre, aber es ist eben doch mancherlei aus der Vergangenheit in die Gegenwart eingedrungen. Die zwangsweise Gleichschaltung gibt es zwar nicht mehr, dafür aber eine aus bewährtem Untertanengeist stammende freiwillige Gleichschaltung. Auch autoritär ist dieser Staat nicht, trotzdem aber wesentlich von persönlicher und gesellschaftlicher Autorität bestimmt. Doch ist dies keine selbstverständliche, frei sich entfaltende Autorität, wie sie unbedingt erwünscht sein muß, sondern eine fabrizierte Autorität — fast könnte man sagen: ein Wechselbalg davon —, aufgerichtet zwar als wohltätig ordnende Kraft, aber damit vor allem — wer wollte dies anders erwarten — dem Schutz von Privilegien und der sie unterstützenden Ideologie dienend.

Erinnern wir uns, daß Hitler im Zerfall der Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg für deren Wiederherstellung, gegen die „Elemente der Dekomposition" kämpfte, vor allem also gegen Marxismus und Bolschewismus, indem er demonstrierte, wie auch der einfache Soldat, der Mann aus dem Volke, sich zur Ordnung im Sinne der herrschenden Schicht bekennen kann. Ein unschätzbarer Dienst, genau an der richtigen Stelle angesetzt. Waren das nach 1945 nicht gleichfalls erstrebenswerte Ziele? Man kann dies fragen, ohne das Positive, das dabei ebenfalls erreicht wurde, gering einzuschätzen.

Hitler hat in Wien entscheidende Anregungen von Luegers christlich-sozialer Partei empfangen. Diese Verbindung des Sozialistisch-Dynamischen und des Katholisch-Statischen ist, ins allgemeine übertragen, eine geradezu wundersam überzeugende Konzeption, die über Hitler hinaus über offene und verborgene Kanäle machtvoll weiterwirkt; unter ihrem Deckmantel können sich die Interessen der privilegierten Schicht aufs beste verbergen. Nichts gegen diese Interessen an sich, sie sind unbestreitbar ebenso legitim wie andere auch, aber sie tarnen sich und sie bedienen sich zu ihrer Realisierung aller nur irgendwie angängigen Mittel ohne Schonung. Dabei haben sie das gute Gewissen des Altgewohnten, des Gesicherten, ja des Gottgewollten auf ihrer Seite.

Es würde zu weit führen, hier alle Maulwurfsgänge dieser Mächte aufzudecken, aber es ist jedenfalls nicht allzu schwierig, nachzuweisen, daß der Selbstbehauptungswille dieser Mächte vielleicht die stärkste Triebkraft für die heutige Zuspitzung der weltpolitischen Situation ist.

George Bernanos, der große katholische Schriftsteller, schreibt als Augenzeuge über die Haltung der herrschenden Mächte im spanischen Bürgerkrieg (in welchem der Milliardär Juan March, der, wie Bernanos sagt, nur durch Bestechung und Erpressung zu seinem Geld gekommen ist, als Geldgeber der Reaktion auftrat): „Wenn das Schiff zu sinken droht, muß man Ballast abwerfen, und was wiegt am schwersten im Bau der modernen Gesellschaft? Das Gewissen." („Die großen Friedhöfe unter dem Mond", S. 262.) Hier handelt es sich um einen in der neueren Zeit wohl einzigartigen Extremfall, aber gerade derartige Fälle lehren, wie es, mit entsprechender Abschwächung, auch in weniger schweren Auseinandersetzungen zugehen könnte.

Die herrschenden Mächte sind es gewesen, die mit Hitler hofften, den Staat ganz für sich in Anspruch nehmen zu können, und sie versuchen es, wenn auch weitaus gemäßigter, ebenso in der Demokratie. In diesem eingeschränkten Sinne kann das Adenauerregime als Fortsetzung des Dritten Reiches mit demokratischen Mitteln angesehen werden. Was von allem, das sich stets um Thron und Altar geschart hat, noch übrig ist — und es ist nicht wenig —, hält sich für die zur

Führung berufene, staatserhaltende Macht und versucht mit Erfolg, den von ihr beherrschten Obrigkeitsstaat in die Demokratie hinein zu transsubstantiieren. Und dagegen ist, wenn eine schlagkräftige Opposition fehlt, der entschiedenste Widerstand geboten.

Widerstand in der Demokratie? Das erscheint zunächst völlig absurd, ist es jedoch ganz und gar nicht angesichts eines postfaschistischen Regimes, das, die Vergangenheit zwar subjektiv ehrlich verleugnend, doch dieser Vergangenheit in gewissen Grundzügen verhaftet ist und die Präponderanz der alten herrschenden Schicht mit allen noch vertretbaren Mitteln, besonders durch munifizenten Einsatz von Geld und allem, was käuflich ist, weiterhin aufrechtzuerhalten oder durchzusetzen bestrebt ist. Innenpolitisch ist dies vielleicht noch weniger bedenklich als in seinen weltpolitischen Auswirkungen. Man erinnere sich hier nur an die Tätigkeit der Vertreter des ancien regime nach ihrer Emigration.

Der Widerstand in der Demokratie ist eine geistig-moralische, überparteiliche Kraft, und es ist ihm deshalb wohl kaum angemessen, sich als politische Partei zu betätigen. Der Widerstand im Dritten Reich reichte von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken und erscheint damit, ebenso wie der Widerstand heute, als ein zusammengewürfeltes Häuflein ohne politische Überzeugungskraft. Was aber von der Parteipolitik der Demokratie her gesehen als Schwäche, als Unzulänglichkeit erscheint, ist gerade die eigentliche Stärke des Widerstandes: die Repräsentation durch alle Schichten und Parteien hindurch. So kann der Widerstand sich heute nicht anders darstellen als im Dritten Reich, er ist aber auch, im Prinzip wenigstens, nicht anders zu beurteilen.

Nicht nur die Diktatur, auch die „freiheitliche" Demokratie bietet wirksame Möglichkeiten, den Widerstand zu unterdrücken: den Rufmord, die Verdächtigung der Konspiration, der Gefährdung des Staates und der demokratischen Ordnung, des Landesverrats.

L a n d e s v e r r a t

Landesverrat ist deswegen ein besonders schweres Verbrechen, weil seine Folgen unabsehbar sein und die Gesamtheit treffen können. Merkwürdigerweise sind nun gerade hier die Gesinnungsunterschiede besonders groß, denn sie reichen vom gemeinen, käuflichen Subjekt bis zum Überzeugungstäter. Warum wohl? Da Interessen des Staates verletzt werden, macht es ferner einen wesentlichen Unterschied, wie weit oder wie eng die Interessen des Staates begrenzt werden, und dies hängt weitgehend von dem Maß an Freiheit ab, das der Staat jeweils gewährt.

Das totalitäre Regime, stets um seinen Bestand bangend, zieht hier die Grenzen besonders eng und schlägt furchtbar zu, es respektiert nicht einmal den Überzeugungstäter. Ein solches Regime erhebt den Staat zum allesverschlingenden Leviathan, über dem der Henker wacht; Richter und Henker unterscheiden sich fast nicht mehr. Ein freiheitliches Regime wird zwar gegen Landesverrat, der eine wirklich ernste Gefahr im Gefolge hat, ebenso entschieden vorgehen müssen, aber es wird nicht nur den Überzeugungstäter respektieren, sondern auch nur dort strafen, wo nicht das Regime an sich, sondern tatsächlich der Staat selbst gefährdet ist.

Das Tun der Widerstandskämpfer im Dritten Reich war, auch bei all denen, die an der Beseitigung Hitlers nicht beteiligt waren, in den Augen der Nazi schmählicher Hochverrat, der nur durch den Tod gesühnt werden konnte. Widerstand g r e n z t heute nur an Hoch- oder Landesverrat, aber wer kann mit Sicherheit schon sagen, ob solcher Widerstand nicht dem Feind, der Sowjetunion, Wasser auf die Mühlen leitet? Das hat man ja auch dem Widerstand unter Hitler

nachgesagt, und das wird gelegentlich sogar heute, mehr oder weniger deutlich, der Opposition vorgeworfen. Auf diese Weise konstruiert man „Illegalität".

Jede tiefgehende politische Gegnerschaft greift, wenn sie zur Wirkung kommt, in den geschichtlichen Gang der Dinge ein und muß damit rechnen, daß auch der äußere Feind davon zu profitieren sucht. Dieser unberechenbare Eingriff in den Gang der Dinge ist auch der Ausgangspunkt für alle Dolchstoßlegenden, weil der Angegriffene — der keineswegs allein ein Recht, sozusagen von Gottesgnaden, darauf hat, die Dinge zu beeinflussen — immer aufs Geratewohl sagen kann, er hätte die Entwicklung positiv gestalten können, wäre man ihm nicht in den Arm gefallen. Wer vermag dergleichen nachzuprüfen oder auch nur wahrscheinlich zu machen? Jedenfalls muß der Widerstand, wenn auch nicht Köpfe rollen, doch hinnehmen, daß man ihn als hart an der Grenze des Hochverrats stehend diffamiert. Aber was hier Hoch- oder Landesverrat ist, entscheidet kein Gericht und kein Regime, sondern die Geschichte. Sie allein ist es, die den Widerstandskämpfer wägt und ihm vielleicht auch den Lorbeerkranz reicht.

Zwar auch die Gerichte entscheiden, doch sollte man von der Justiz nicht allzuviel erwarten. Sie richtet sich wohl gewissenhaft nach dem Gesetz, aber schon Plato sagt im „Staatsmann", daß „das Gesetz nicht imstande ist, das für alle Zuträgliche und Gerechteste genau zu umfassen". Die Justiz mag als solche untadelhaft sein, der Richter mag nach Menschenmöglichkeit unabhängig urteilen, aber er bleibt eben doch Mensch, und, psychologisch gesehen, damit abhängig von seinen persönlichen Maßstäben, deren er sich nicht einmal immer bewußt sein muß. Je dehnbarer das Gesetz ist und je größere Strenge das Staatsinteresse fordert, um so problemreicher wird hier die Rechtslage.

Waren Ossietzkys Richter von solchen Imponderabilien wirklich völlig unabhängig? Wußten sie um den Punkt, wo das Interesse von Staat und Wehrmacht aufhört und das Interesse freier Meinungsbildung und erst recht das übergeordnete menschheitliche Interesse am Frieden beginnt? Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, es dürfte gänzlich außerhalb ihres Horizontes gelegen haben, daß dieser Mann einmal vor aller Welt mit dem Nobelpreis ausgezeichnet werden würde.

Hitler wurde 1924 wegen Hochverrats verurteilt und hätte nach dem Gesetz als Ausländer ausgewiesen werden müssen. Seine Richter fanden jedoch, daß ein Mann, der so deutsch denke und fühle, nicht als Ausländer behandelt werden könne, und so entließ man den Wolf mitten in den eigenen Schafspferch. Im Horizont dieser Richter lag es nicht, daß der so deutsch denkende Ausländer Hitler Deutschland einmal völlig ruinieren und vom Gericht der Weltmeinung verdammt werden würde.

Welcher Richter kann präzis abschätzen, ob und wieweit etwas das Wohl eines Landes gefährden könnte? Oft reicht eine solche Fragestellung fast ins Irrationale hinein. Und wieviel notwendige Freiheit des Urteils bleibt dem Richter bei Gesetzen, die im wesentlichen von den Nazi formuliert, bzw. in der Formulierung verschärft, schließlich von der Bundesrepublik noch weiter „verbessert" worden sind und in deren Netzen sich fast ein Schatten von Ossietzky fangen könnte? Wie subjektiv selbst ein großer Jurist, wenn auch an kein Amt gebunden, urteilen kann, zeigte jetzt der frühere Generalbundesanwalt Güde. Das alles soll unser Vertrauen zur Justiz nicht erschüttern, sondern nur dartun, auf einem wie schwierigen, ja gefährlichen Gelände sie sich in Fragen des Landesverrats bewegt.

Bis zu welcher beinahe unfaßlichen Absurdität sich die Haltung des Staates hier steigern kann, sogar in einem so freiheitlichen Land wie den Vereinigten Staaten, zeigt ein von Margret Boveri in ihrer „Amerikafibel" berichteter Fall: Einer fünfzigjährigen Frau, Rosika Schwimmer, sind die Bürgerrechte abgespro-

chen worden, weil sie sich als Pazifistin erklärt und — im Jahr des Friedens 1929 — ausgesagt hatte, daß sie sich weigern würde, Waffen zu tragen.

Zur „Spiegel"-Sache nur dies: Einige Tugendwächter unter den politischen Kommentatoren rümpfen ihre aristokratische Nase über den „Schlüssellochjournalismus" des „Spiegel", sie stellten ihn als so unseriös und sensationshascherisch hin, daß man ihm Leichtfertigkeit und Geschwätzigkeit in bezug auf Staatsinteressen berührende Fragen zutrauen dürfe. Zugegeben, daß diese oft allzu kecke und herausfordernde Art von Journalismus gewiß nicht jedermann zusagt, daß manchmal ärgerniserregend übers Ziel geschossen wird, aber dabei muß man doch bedenken, daß eine sehr schätzenswerte Beunruhigung für allerlei zwielichtige Leute davon ausgeht. Vor allem aber sollte man nicht vergessen, daß die Beiträge des Herausgebers selbst mit die gewichtigste und konsequenteste Stimme einer überparteilichen Opposition darstellen, die man in der Bundesrepublik hören konnte. Hier wurde eine Idee mit Klarheit und Festigkeit vertreten, die auch einmal von der parlamentarischen Opposition ungeschickt herumjongliert und dann am Ende ihrer akrobatischen Künste fallen gelassen wurde. Es war der Gedanke, daß die europäische Zitadelle des Kalten Krieges geräumt werden müsse, wenn der Friede und die deutsche Einheit gesichert werden sollen. Niemand hat bisher diesen Gedanken wirklich zu entkräften vermocht, ja nicht einmal gewissenhaft auf seinen Gehalt geprüft; er ist nur niedergetrampelt worden. Auch Hitler verwarf Neutralität als Schwäche, als Charakterlosigkeit. Wer, auf solche Weise angesprochen, wollte da nicht für sein Teil den Beweis des Gegenteils, der Stärke, geben? So wird mit der systematischen Erzeugung von Anti-Emotionen, wie sich das schon in der Nazizeit bewährt hat, das alte Ziel weiterverfolgt.

Freiheitlicher Geist eines Staates und Großmut in eigener Sache gehören zusammen. Je mehr dagegen ein Staat sich dem Terror annähert, um so härter wird er in Fragen des Landesverrats, ja er rechnet dann gar nicht mehr mit der Möglichkeit, wie scheinbar der Bundeskanzler auch, daß es Überzeugungstäter geben könne.

Der klassische Fall, der dieses Problem bis in seine Tiefe beleuchtet, ist der von Sokrates, auch wenn dieser nicht wegen Landesverrats, sondern wegen angeblicher Asebie verurteilt worden ist (er habe sich gegen die Götter geäußert). Sokrates: der gefährliche Nihilist, der antike „Linksintellektuelle" und Bolschewist für die einen, der unerbittliche Wahrheitssucher und lautere Mensch für die anderen.

> „Sokrates", schreibt Jakob Burckhardt in seiner „Kulturgeschichte Griechenlands", „war ein Vorbild der Frömmigkeit, Selbstbeherrschung, Uneigennützigkeit und Charakterfestigkeit . . . der pflichttreueste Bürger und Krieger, wenn auch ohne aktive Teilnahme am Staatswesen, da er von der Erziehung der Jugend das Hauptteil des Staates erwartete . . . im übrigen übte er und die Seinigen Kritik gegenüber dem Staate . . . Sein ganzer Prozeß bietet das Bild der höchsten persönlich Souveränität . . . er hinterließ ein ungeheures Bild und wurde ein Ideal hellenischen Lebens; er wird stets ein Angelpunkt der ganzen attischen Welt bleiben, und die freie Persönlichkeit ist in ihm aufs Sublimste charakterisiert."

Und wie sah der Staat aus, der Sokrates den Schierlingsbecher reichte? Burckhardt schreibt:

> „Für den ganzen Betrieb dieses Systems war nur die große, bewegliche Schar der Sykophanten entstanden, d. h. die Angeberei war als ein förmliches Gewerbe anerkannt worden. Ganz gewiß konnte dieser Staat eine solche Hilfe nicht entbehren, so wenig als die spanische Inquisition ihre Kundschafter; die Polis war ja hier, wie das Königtum in Spanien, etwas Vergöttertes, eine Religion geworden, welche

> gegen jede Abweichung die äußersten Mittel ergreift . . . Der Pöbel aber fand natürlich keinen Anstoß an Dingen, welche ihm völlig kongenial und begreiflich waren . . . Jedes Vergehen wurde hier, abgesehen von seinem sonstigen Belang, als Bedrohung des Staates, als Minderung seiner Sicherheit betrachtet . . . Hochfeierlich fuhr der Staat gegen die wirklichen und angeblichen Verbrecher daher, wenn der Fall als klares Vergehen gegen ihn selbst geltend gemacht werden konnte, wobei je nach den Umständen Beliebiges als Verrat heimgesucht wurde."

Der Herausgeber des „Spiegel" ist kein Sokrates und die Bundesrepublik kein Athen, weder im Schlechten noch im Guten, aber diese Lehre der Geschichte richtet sich an alle jene, die sie heute verstehen können u n d w o l l e n. Es läßt sich daraus lernen, was Freiheit sein soll und was der Staat n i c h t sein soll. Auch der Widerstand kann daraus lernen: daß er Beifall nicht auf dem Forum zu erwarten hat, vor allem aber, zu welch unvergeßlicher Wirkung ein einzelner Mann aus dem Geist der Freiheit heraus befähigt ist.

Kanonikus J o h n C o l l i n s, London

Die Bewegung für einseitige nukleare Abrüstung in England

Seit der Gründung der CND (Campaign for Nuclear Disarmament — Feldzug für nukleare Abrüstung) im Februar 1958 hat sich buchstäblich noch keine Zeit zur Rückschau gefunden. Die Eröffnungsversammlung wies den Weg. Nur für einen Saal vorgesehen, sprengte sie schnell diesen Rahmen, Parallelversammlungen bildeten sich, und die Redner mußten einander wie beim Staffellauf ablösen. Seitdem hat die Bewegung eigentlich stets rascher zugenommen, als wir das in unseren kühnsten Träumen erwartet hatten. Im Interesse der Verwirklichung unserer Ziele freut uns diese Entwicklung natürlich außerordentlich. Andererseits hat sie aber auch den Anschein der Unsicherheit und der Richtungslosigkeit mit sich gebracht und gelegentlich auch Enttäuschung angesichts des Unterschiedes zwischen einer kleinen, eng miteinander verwachsenen Minderheit von Idealisten und einer gewaltigen politischen Bewegung, zu der sich zahlreiche Gewerkschaften und ein großer Teil einer bedeutenden politischen Partei bekannt haben.

Das Klima, in welchem die CND entstand, war ein günstiges. Kleine, dabei aber äußerst aktive pazifistische Organisationen, besonders das „Direct Action Committee against Nuclear War" (Komitee für direkte Aktion gegen den Atomkrieg), hatten Wege erforscht, auf welchen die CND jetzt nachfolgte, und der „National Council for the Abolition of Nuclear Weapons Tests" (Nationalrat für die Abschaffung von Kernwaffenversuchen), in gewisser Hinsicht ein direkter Vorläufer der CND, hatte viel getan, den qualitativen Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Waffen bekannt zu machen. Die besondere Anziehungskraft der CND bestand jedoch in ihrer einzigartigen Verknüpfung einer ethischen Grundkonzeption mit strenglogischem politischen und militärischen Realismus.

Luftmarschall Sir John Slessor, der kein Freund der CND selbst ist, bemerkte einmal bitter: „Die Pazifisten sollten für die Wasserstoffbombe dankbar sein — sie ist ihr erstes logisches Argument." Ein Angehöriger des CND-Nationalrats,

der selbst als Oberst am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatte, äußerte dies einmal so: „Die Zerstörungskraft der Kernwaffen ist selbstvernichtend; sie ist auch das Ende allen militärischen Denkens. Sie veranschaulicht auf das deutlichste die verzweifelte Notwendigkeit, gewaltlose Lösungen für internationale Streitigkeiten zu finden."

Untersuchungen auf der Grundlage der Daten des amerikanischen Holifield-Berichtes (der sich mit den Auswirkungen eines Atomkrieges befaßt) haben ergeben, daß bei einem Angriff auf England zwei Drittel der Wohnstätten (Häuser, Wohnungen usw.) zerstört würden und daß darüber hinaus etwa vier Fünftel der Bevölkerung entweder sofort oder innerhalb weniger Tage ums Leben kommen würden. Dies wäre das Ende Englands als eines funktionierenden Gemeinwesens. Das gleiche gilt für jedes andere dichtbesiedelte europäische Land. Denkbar wäre es, daß durch einen Atomkrieg die Menschheit ausgerottet würde; wahrscheinlich ist, daß durch einen solchen Krieg in der ganzen Welt Kultur und Zivilisation auf Jahrhunderte hinaus zum Erliegen kämen.

Angesichts solcher Überlegungen und in dem Bewußtsein, daß kein Land sich als zivilisiert bezeichnen könnte, wenn es bereit ist, Kernwaffen anzuwenden, sagten sich die Gründer der CND etwa folgendes: „Kein gesunder Mensch würde jemals einen Atomkrieg beginnen; aber jetzt, da die Waffen zum sofortigen Einsatz bereitstehen, könnten eine Wahnsinnstat, ein unglücklicher Zufall oder einfach ein Nachlassen der Geduld den Ruin der Welt bedeuten — wenn die Waffen nicht demontiert werden. Konzessionen am Konferenztisch würden nur den tausendsten Teil von dem ausmachen, was ein Atomkrieg kosten würde. Wir wollen uns deshalb für die Abschaffung der Atomwaffen, möglichst auf der ganzen Welt, einsetzen, auf jeden Fall wollen wir sie uns aber in unserem eigenen Lande vom Halse schaffen."

Die aufrichtige Unterstützung, welche dieser im Grunde einfachen Idee zuteil wurde, zeigten sich nicht nur äußerlich — wie etwa bei den weltberühmten Aldermaston-Märschen, bei denen Zehntausende von Menschen aller Altersgruppen in Regen und Kälte für ihre Überzeugungen demonstrieren. Nein, sie hat darüber hinaus auch Intellektuelle zu ernsthaftem Nachdenken angeregt und sie veranlaßt, sich mit den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Auswirkungen zu beschäftigen, die die Preisgabe der englischen „Abschreckungsmittel", der Austritt aus der NATO und anderen Atomwaffenbündnissen und der Übergang zu einer Politik des „positiven Neutralismus" für England haben würden.

Der CDN wird von ihren Gegnern oft vorgeworfen, daß der Schrei „Ächtet die Bombe!" im wesentlichen negativ ist, ein Akt einfacher Resignation, eine Art von internationalem „Ohne mich!" Wenn dies wirklich das einzige wäre, was die CND zu bieten hat, dann hätte sie ihre Anhängerschaft im ganzen Lande während der Rückschläge und Krisen der letzten viereinhalb Jahre nicht nur nicht halten, sondern erst recht nicht so gewaltig vermehren können.

Von Anfang an hat die CND die Frage beschäftigt, wie sich die Hilfsquellen an Menschen und Material, die durch unsere Nichtteilnahme am Wettrüsten freiwerden, anderweitig einsetzen lassen. Zur Zeit ist kein Angriff auf die Grundursachen des Krieges möglich — was an Menschen und Geld für diese Aufgabe eingesetzt wird, ist umsonst. Unsere Feinde sind jetzt Krankheit, Hunger und Unwissenheit; manche Menschen würden dieser Liste noch das Problem der totalitären Ideen hinzufügen, und auch hier behält unser Argument seine Gültigkeit: man kann Ideen nicht mit einer Wasserstoffbombe bekämpfen!

Bei dem geringen zur Verfügung stehenden Raum ist es kaum möglich, ein Resümee der zahllosen Ausführungen zu geben, die von der CND in Verteidigung

ihrer Prinzipien veröffentlicht wurden, in Flugschriften, die die Öffentlichkeit vor den Gefahren des Krieges warnten (Gefahren, über die sich allzu viele noch gar nicht klar sind), sie über die Nutzlosigkeit des Wettrüstens als eines Mittels zur Förderung der Sicherheit aufklärten, oder ihnen die möglichen Folgen der von uns vorgeschlagenen Alternativen aufzeigten.

Aber es darf wohl behauptet werden, daß die Zeiten vorüber sind, zu denen unsere Gegner noch Argumente vorzubringen vermochten, mit denen wir uns nicht bereits in einer unserer Schriften auseinandergesetzt hatten. Ein Zeichen dafür ist die Art, in der Leute, die sich nicht mit den Realitäten des Atomzeitalters abfinden können, neuerdings zu schmutzigen Taktiken ihre Zuflucht nehmen, über die sie sich zu Beginn unserer Bewegung erhaben glaubten.

Und doch genügt es nicht, für die Fragen des Gegners Antworten bereit zu haben. Es genügt nicht, wenn (wie das tatsächlich der Fall ist) Hunderte von kleinen Gruppen in ganz England sich ständig mit Demonstrationen, Stimmenwerbung, dem Verteilen von Flugblättern und dem Abhalten von Versammlungen befassen. Es ist notwendig, daß das, was als ein Ideal begann und heute bereits von vielen Menschen als eine Lebensnotwendigkeit angesehen wird, nunmehr zu einer politischen Aktion wird.

Wie? Das Naheliegendste wäre vielleicht, daß man versuchte, eine größere politische Partei dazu zu bringen, sich unsere Auffassungen zu eigen zu machen, und dieser Partei dann zur Macht zu verhelfen. Genau dies hat die CND (deren Anhänger, wenn sie überhaupt anderweitig politisch aktiv sind, mehr zur Labour Party neigen) zu tun versucht. Und es ist ein Beweis für die erstaunliche Anziehungskraft der CND, daß sie zweieinhalb Jahre nach ihrer Gründung nahe daran war, die Unterstützung der Labour Party zu erringen.

Dieser Erfolg sollte nicht von Dauer sein. Gegner, die die Stärke der CND unterschätzt hatten (was kaum überrascht, denn einem Teil der Anhänger der CND ging es ebenso), aber mehr politische Erfahrung und vielleicht auch Geduld besaßen, machten die günstige Entscheidung rückgängig.

Wir leugnen nicht, daß dies für uns ein Schock war. Wie ich schon sagte, haben einige unserer Gegner vielleicht mehr Geduld als die Anhänger der CND. Alle diejenigen, welche in der CND arbeiten, leben in dem schrecklichen Bewußtsein, daß unsere Tage gezählt sein könnten, daß man einfach nicht auf ein Jahr, fünf Jahre oder zehn Jahre im voraus planen kann in der Gewißheit, daß man die Verwirklichung unserer Pläne auch wirklich erleben wird. Das erstaunlich schnelle Anwachsen unserer Bewegung hat uns dazu verführt, erleichtert aufzuatmen und in unserer Wachsamkeit nachzulassen, und wir haben dabei das, was bereits gewonnen war, wieder aus den Händen verloren.

Doch nicht ganz. Es erwies sich bald, daß wir zur Ächtung der Bombe nicht nur ein oder zwei Jahre brauchen, sondern daß wir uns für eine langwierige und unglaublich schwierige Aufgabe rüsten mußten. In Zeiten internationaler Krisen wächst die Anhängerschaft der CND gewaltig an (die Berlin-Krise im Jahre 1961, obwohl sie sich während der traditionellen Urlaubszeit ereignete, brachte unseren nationalen und regionalen Büros Tausende neuer Solidaritätserklärungen). Aber wir bauen nicht auf der Furcht. Wir bauen auf der Hoffnung des Überlebens in einer Welt ohne Krieg, Armut oder Haß. Es geht uns wie den Männern eines Bombenräumkommandos, die das Ticken des Zeitzünders hören können.

Neben unseren Werbefeldzügen führen wir deshalb auch ein gewaltiges Aufklärungsprogramm durch. Während des ganzen kommenden Winters werden die CND-Ortsgruppen Stimmenwerber hinausschicken, welche die genaue Stärke unserer Anhängerschaft feststellen und wo immer möglich steigern sollen. Dies

erfordert viel Zeit, aber eine Hoffnung, man könne eine schlecht-unterrichtete Wählerschaft davon überzeugen, daß wir eine Regierung brauchen, die sich zu unserer Politik bekennt, besteht einfach nicht.

Dies ist das Hindernis, an welchem, wie ich glaube, die Arbeit der anderen großen Organisation in der Antikernwaffenbewegung durchaus scheitern könnte. Ich meine das Komitee der 100, das die Regierung durch das Mittel bürgerlicher Gehorsamsverweigerung zu einer Änderung ihrer Politik zwingen will. Ghandi wird hierbei häufig als Vorbild angeführt.

Zwischen den Anhängern des Komitees der 100 und denen der CND läßt sich keine klare Trennungslinie ziehen; es ist eine Gewissensfrage, ob man als Staatsbürger den Gehorsam verweigern will, und häufig wird die Frage durch das Maß an Verzweiflung entschieden, das man bei der Betrachtung der Weltsituation gerade empfindet. Leider hat jedoch die Idee einseitiger atomarer Abrüstung auch noch nicht den wirklich massiven Rückhalt im Volk, der notwendig ist, um eine solche Aktion politisch wirksam werden zu lassen. Darüber hinaus läßt sich in keiner Weise vorhersagen, wie diejenigen Teile der Bevölkerung, die noch kein volles Verständnis für das Gefühl der furchtbaren Dringlichkeit haben, das ordnungsliebende Bürger zu einer so extremen Maßnahme treibt, auf solche Demonstrationen bürgerlichen Ungehorsams reagieren werden.

Aber man kann und muß über die praktischen Vorteile eines bestimmten Kurses diskutieren. Es erscheint manchmal als paradox, daß, obwohl die Koexistenz verschiedener Auffassungen und politischer Systeme in einer friedlichen Welt ein Hauptanliegen der CND ist, sich oft diejenigen, die am eifrigsten an der Verwirklichung dieses Zieles arbeiten, in schärfstem Widerspruch darüber befinden, welche Methode wohl die beste sei, wobei sie manchmal sogar sagen, daß der eine oder andere Weg der allein seligmachende sei.

Trotz aller dieser Meinungsverschiedenheiten und Rückschläge jedoch findet die Denkweise der CND heute in der öffentlichen Meinung Englands ein bemerkenswertes Echo. Sie findet natürlicherweise Anklang bei jungen und intelligenten Menschen, die in dem Risiko eines Atomkrieges eine Bedrohung für ihre Zukunftspläne sehen, bei Künstlern, Schriftstellern und anderen schöpferischen Menschen, weil Atomwaffen genau das Gegenteil schöpferischer Kraft sind, und überhaupt bei all denen, die auf die Zukunft bauen.

Wie schön wäre es, wenn man sagen könnte, daß die christlichen Kirchen gemeinsam Front gegen die Atomwaffen machen. Leider ist das nicht so. Aber die Debatte dauert fort, während die alles überschattende Ruchlosigkeit eines Atomkrieges deutlicher wird.

Wenn die CND bisher überhaupt etwas erreicht hat, dann dies, daß nämlich die Menschen gezwungen werden, die Gefahren zu sehen, anstatt ihre Augen vor unangenehmen Realitäten zu verschließen in der Hoffnung, daß sie von selbst vergehen werden. Immer häufiger machen sich die Politiker heute Argumente zueigen, die von der CND vor vier Jahren vorgebracht wurden; sowohl die Politiker als auch die Öffentlichkeit sehen die Gefahren, die entstehen, wenn immer mehr Nationen in den Besitz von Atomwaffen gelangen; daß sich unsere Sicherheit durch das Vorhandensein nationaler „Abschreckungswaffen" gewährleisten läßt, wird heute auch von denen bezweifelt, die früher einmal dieser Auffassung waren.

Diese Darstellung vermittelt nur einen oberflächlichen Eindruck von dem, was heute ein wesentlicher Faktor in der englischen Politik ist. Sie ist ein Versuch, einen Trend aufzuzeigen, der sich in Zukunft durchaus als bedeutsam erweisen könnte.

Dr. Lily E. Marx, Rom

Italiens Außenpolitik nach der „Öffnung nach links"

Jede Analyse der italienischen Außenpolitik muß von der Tatsache ausgehen, daß in der verhältnismäßig jungen, noch nicht traditionsverwurzelten Demokratie dieses Landes die Außenpolitik weitgehend von innenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt wird. Dieser Tendenz leistet außerdem die realistische Erkenntnis Vorschub, daß Italien zwar ein mindestens geographisch wichtiges Mitglied der NATO und ein Vorkämpfer des europäischen Gedankens, jedoch keine Großmacht ist und im Rahmen der westlichen Allianz wohl ein strategisches, aber kein spezifisch militärisches Gewicht hat. Hinzu kommt, daß Italien nach dem Krieg keine kolonialen Interessen mehr hat, so daß seine Außenpolitik sich von der Gefahrenzone überseeischer Verwicklungen fernhalten konnte.

Trotz dieser an sich günstigen Ausgangsstellung den westlichen Mächten und den Entwicklungsländern gegenüber hat die Außenpolitik Italiens im Ausland oft den Eindruck von Unsicherheit, wenn nicht gar von Wankelmütigkeit gemacht, während im Inland die demokratischen Kräfte die Regierungen beschuldigten, überhaupt keine eigene Außenpolitik zu haben und in der Unterordnung unter die amerikanische Führung auf jede spezifische Stellungnahme verzichtet zu haben.

Diese Vorwürfe sind nicht völlig unbegründet und sind jeweils das Resultat einer Außenpolitik, die von dem Übergewicht innerpolitischer Konflikte lahmgelegt wurde. Entscheidend für die Außenpolitik Italiens war seit 1948 die Tatsache, daß seine Regierungen von der demokratisch-christlichen Mehrheitspartei (DC) entweder allein oder in Koalition mit den kleineren demokratischen Parteien gestellt wurden, während die Sozialisten (PSI) und die Kommunisten (PCI), durch einen gemeinsamen Aktionspakt gebunden, geschlossen in der Opposition standen. Damit war ein mehr oder weniger stark betonter Rechtskurs der jeweiligen Regierung unvermeidlich. Außenpolitisch wirkte sich dies dahin aus, daß Italien auf jegliche Differenzierung gegenüber den im Kalten Krieg maßgeblich und verantwortlich engagierten Großmächten des Westblocks verzichtete und andererseits die außenpolitischen Argumente dazu dienten, in der Innenpolitik nicht nur jeden Dialog mit der Opposition zu unterbinden, sondern auch, im Namen der Westorientierung, Abenteuer nach rechts zu rechtfertigen, die in der Regierung Tambroni gipfelten, die das Land an den Rand des Bürgerkrieges brachten. Diese Wechselwirkung immobilisierte die regierungstreuen Parteien außenpolitisch genau so wie die Opposition in ihrer programmatischen, ideologisch unterbauten Ablehnung jener neuen Tendenzen, die die Nachkriegszeit charakterisieren, wie z. B. die Europa-Bewegung. Die Erstarrung der beiden Fronten brachte es mit sich, daß Italien auf Jahre hinaus sich auf eine linientreue NATO-Politik beschränkte und auf europäischer Ebene, seiner nach rechts ausgerichteten Innenpolitik entsprechend, im Fahrwasser von Paris und Bonn segelte, auch als die Europa-Politik de Gaulle's und Adenauers von dem Ideal einer politischen und wirtschaftlichen europäischen Föderation abzuweichen begann.

Im Lager der Linksopposition war andererseits die außenpolitische Haltung eines der größten Hindernisse auf dem Wege der langsamen, aber entschiedenen Distanzierung der Sozialistischen Partei von der Kommunistischen Partei, die mit der Ungarn-Krise einsetzte und heute zu einer radikalen Wendung in der innenpolitischen Lage Italiens geführt hat. Mit der „Öffnung nach links", die von der demokratisch-christlichen Partei am Anfang dieses Jahres unternommen wurde,

hat sich die Sozialistische Partei nunmehr in das demokratische Lager abgesetzt und damit eine ideologische und organisatorische Trennung von den Kommunisten vollzogen. Dieses neue Kräfteverhältnis hat bereits außenpolitisch seine Früchte getragen, und zwar weniger im Sinne einer „neuen" Richtung, als durch die Tatsache, daß es der Regierung Fanfani nunmehr ermöglicht wurde, einen Kurs in die Tat umzusetzen, der seit langem als den Interessen des Landes entsprechend empfunden wurde, aber unter dem Druck der innenpolitischen Verhältnisse nicht zur Ausführung kam.

Zunächst muß einmal gesagt werden, daß es die Sozialisten waren, die in dem Moment, als sie beschlossen, die neue Regierung, gebildet von der DC, der Sozialdemokratischen (PSDI) und der Republikanischen Partei (PRI), im Parlament zu stützen, ein außenpolitisches Programm annahmen, dessen unumstößliche Eckpfeiler die Zugehörigkeit Italiens zum Westblock, zur NATO und zur EWG sind. Damit ist die These der Gegner einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten widerlegt, die in der „Öffnung nach links" einen Verrat an den westlichen Alliierten und an der NATO-Treue Italiens wittern. Und nicht nur im Inland wird die Regierung Fanfani beschuldigt, den neutralistischen Tendenzen der PSI in die Hände zu spielen. Ein Verdacht dieser Art ist jedoch in keiner Weise gerechtfertigt. Die regierungsbildenden Parteien stehen fest zu der westlich orientierten Politik, die Italien in die NATO und in die Europa-Institutionen gebracht hat. Daß unter solchen Voraussetzungen eine gemeinsame Plattform mit den Sozialisten auch auf außenpolitischem Gebiet gefunden wurde, ist im Gegenteil ein Beweis dafür, daß die PSI von einer starren Neutralitätspolitik zu einer prinzipiellen Bejahung der Verpflichtungen, die Italien aus seiner Bündnispolitik erwachsen, gelangt ist. Wie entscheidend diese Umstellung ist, geht aus der Tatsache hervor, daß, als die Frage anläßlich der programmatischen Regierungserklärung im März 1962 von den Kommunisten aufgeworfen wurde, die Sozialisten es ablehnten, von der neuen Regierung zu fordern, daß sie von den Vereinigten Staaten die Entfernung der Raketenrampen verlange. Pietro Nenni, der Führer der PSI, vertrat bei dieser Gelegenheit den Standpunkt, daß angesichts der interkontinentalen Raketen die Frage der Rampen in Italien militärisch und strategisch kaum noch von Bedeutung sei.

Wenn also die PSI darauf verzichtet hat, weiterhin eine sowjetisch ausgerichtete Außenpolitik zu treiben oder Neutralitätsforderungen zu stellen, die unvereinbar sind mit der aus historischen und ideologischen Gründen unantastbaren Zugehörigkeit des demokratischen Italiens zum westlichen Lager, so hat andererseits die Notwendigkeit, auf die sozialistischen Stimmen im Parlament zurückgreifen zu müssen, um eine Mehrheit zu haben, die neue Regierung in die Lage versetzt, der italienischen Außenpolitik neue, der innenpolitischen Lage entsprechende Impulse zu geben und sie aus der Starre einer rein konservativen Haltung zu lösen.

Diese Neuausrichtung hat sich bisher vor allem auf dem Gebiet der Abrüstungsfrage und in der Einstellung gegenüber der Europa-Politik Frankreichs abzuzeichnen begonnen. Auch dies geschieht nur langsam und nicht ohne Widersprüche und Unsicherheiten, was jedoch nicht verwunderlich ist: die Widerstände im diplomatischen Lager, nach Jahren, die unter dem Zeichen des Kalten Krieges, der fatalistischen Hinnahme der ost-westlichen Blockpolitik und dem Anwachsen des reaktionären und militaristischen Druckes in den Partner-Ländern standen, können nicht von heute auf morgen verschwinden. Aber auch an den ersten, vorsichtigen Schritten der italienischen Diplomatie auf der Abrüstungskonferenz in Genf ist klar zu erkennen, welches die neuen Richtlinien sind.

Der Auftakt erfolgte bereits im März dieses Jahres, als in einer Zeitschrift, die als offiziöses Organ des italienischen Auswärtigen Amtes gilt, ein Aufsatz er-

schien, der sozusagen als Vademecum für die neue Regierung einige der Thesen vorwegnahm, die sich im Laufe des Sommers dann in eine diplomatische Aktion umsetzen sollten. Der anonyme, aber durchsichtig von der neuen Verwaltung inspirierte Artikel wurde zwar offiziell desavouiert, aber bereits im September ergab sich, daß sein Inhalt zumindest die Grundhaltung der neuen Außenpolitik widergespiegelt hatte. Es wurde darin darauf hingewiesen, daß die Abrüstungsfrage entscheidend ist für die Ost-West-Beziehungen und damit für den Frieden. Schon deshalb, hieß es, geht sie nicht nur die Atommächte, sondern die ganze Welt an, und infolgedessen kommt den neutralen Ländern eine besondere Rolle zu. In dem Maße, in dem sie, an keines der beiden Bündnissysteme gebunden, an einem internationalen Sicherheitsabkommen interessiert sind, ist ihre Aktion entscheidend. Italien, so hieß es in dem Artikel, ist bereit, aktiv mit den neutralen Ländern zusammenzuarbeiten in der Überzeugung, daß die Abrüstung „eine gemeinsame Verantwortung im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit für alle" bedingt. Es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, über einen progressiven, stufenweisen Waffenabbau zu verhandeln, dessen Kontrolle im Rahmen einer internationalen Gesetzgebung zu erfolgen habe, die sich nicht nur auf die militärtechnischen Aspekte beschränken sollte, sondern die Freiheit und die freie wirtschaftliche Entwicklung der Völker garantieren müsse. „Mit anderen Worten", heißt es in dem Artikel, „wir sind davon überzeugt, daß Abrüstung allein nicht genügt, um Frieden unter den Völkern zu stiften und zu erhalten: Friede ist nur möglich, wenn ein internationales Sicherheitssystem entsteht."

Aus diesem Geist und auf diesen Grundsätzen fußend befürwortete die italienische Delegation in Genf einige Monate später das von den Neutralen vorgelegte Memorandum, in dem vorgeschlagen wurde, zunächst einmal über eine partielle Einstellung derjenigen Atomexperimente zu verhandeln, die auf Distanz leicht festzustellen sind. Die heftige Reaktion der „New York Times" gegen die italienische Initiative fand begeisterte Aufnahme in der Rechtspresse des Landes, die in der Unterstützung der neutralen Länder durch die italienische Delegation einen erneuten Beweis sah, daß die Fanfani-Regierung dem neutralistischen Druck der Sozialisten ständig nachgebe. Daß ein Artikel einer amerikanischen Zeitung, die nicht zum ersten Male die Interessen der Rechtskräfte in Italien vertrat, genügte, um die zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes zu veranlassen, den italienischen Minister in Genf, Francesco Cavalletti, zu desavouiren (eh bekannt wurde, daß England und Amerika bereit waren, auf den Vorschlag der Neutralen einzugehen), ist ein erneuter Beweis für die Unsicherheit, die heute noch die italienische Außenpolitik charakterisiert. Dennoch ist dieser italienische Vorstoß in Genf ein Symptom dafür, daß neue Kräfte am Werk sind.

Ebenso aufschlußreich für die Orientierung Italiens ist die Stellung der Regierung zu der „Achse Bonn—Paris" und damit zu der Frage des Beitritts Englands zur EWG. Auch in diesem Fall muß festgestellt werden, daß schon vor der „Öffnung nach links" Fanfani für eine vorsichtige Distanzierung von de Gaulle's Europapolitik und für eine Annäherung an England eingetreten war, ohne daß er sich angesichts der entgegengesetzten Haltung des ehemaligen Außenministers Antonio Segni damit jedoch hätte durchsetzen können. Die italienische Diplomatie vertrat zum großen Teil die Ansicht, daß sowohl Paris wie Bonn Italien als vollgültigen Partner ihrer „Großmachtpolitik" im europäischen Rahmen betrachteten und daß es daher im Interesse Italiens liege, an der deutsch-französischen Europa-Konstruktion vorbehaltlos mitzuarbeiten. In den zuständigen Kreisen glaubte man fest an das Dreieck Paris—Bonn—Rom, während man das Gespenst der Achse Bonn—Paris nicht ernst nahm.

Auch auf diesem Gebiet also war die italienische Politik in den letzten Jahren doppelschichtig. In der Tat hatte die vor 1962 amtierende Regierung sich gegen eine Atombewaffnung der einzelnen NATO-Länder und für eine Dotierung der NATO mit Atomwaffen ausgesprochen und damit die englisch-amerikanische These gegen de Gaulle's „force de frappe" angenommen. Die prinzipielle Ablehnung des „Karolingischen Europas" französischer Prägung war eines der entscheidenden Elemente, das dann ein programmatisches Abkommen zwischen Fanfani und den Sozialisten ermöglichte. Damit gewann die Haltung Italiens England gegenüber ein neues und stabiles Gewicht. Die mehr oder weniger getarnten Widerstände gegen Fanfani's Außenpolitik wurden jedoch erst neutralisiert, als es klar wurde, daß de Gaulle und Adenauer nicht gewillt waren, auf die Stimmung des römischen Partners Rücksicht zu nehmen. Die „Waffenbrüderschaft", die de Gaulle während seiner Deutschlandfahrt dem deutschen Militär anbot, seine Betonung des Machtwillens und der Potenz eines deutsch-französischen Blockes und nicht zuletzt der Enthusiasmus, mit dem diese Fanfarenklänge in Westdeutschland aufgenommen wurden, haben einige der Gegner Fanfani's zum Schweigen gebracht. Es war nun mindestens nicht mehr möglich, die Weigerung der Regierung, als demokratisches Feigenblatt der Achse Bonn—Paris zu dienen, als ein Nachgeben gegenüber den Sozialisten zu interpretieren.

In der Botschafterkonferenz, die Fanfani am 6. und 7. September d. J. unter dem Eindruck der Vorgänge in Bonn und Paris einberief, sind die Richtlinien für die italienische Europa-Politik eindeutig klargelegt worden. Italien lehnt das Europa de Gaulle's und Adenauers ab und ist nicht gewillt, der Achse Bonn—Paris weiterhin Vorschub zu leisten. Italien wird nicht nur seinen ganzen Einfluß geltend machen, um den Eintritt Englands in die EWG zu beschleunigen, sondern lehnt es auch ab, den Ausbau der politischen Integration Europas zu fördern, falls die Verhandlungen mit England nicht zum Ziel führen sollten. Kennzeichnend für die Stimmung ist es, daß Indiskretionen über die Botschafterkonferenz zirkulieren, denen zufolge Fanfani erklärt habe, das italienische Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung werde niemals einen politischen Europa-Vertrag ratifizieren, an dem England nicht beteiligt ist.

Das Panorama der außenpolitischen Initiativen Italiens ist damit in großen Zügen abgezeichnet. Zwei Elemente treten dabei in den Vordergrund. Einmal die Abwendung Roms von der theokratisch-autoritären Europa-Konzeption von de Gaulle und die Hinwendung zu England als einem nunmehr unerläßlichen Gleichgewichtsfaktor. Zum zweiten, auf allgemein internationaler Ebene, das Interesse Italiens an einer engen Zusammenarbeit mit den nicht engagierten Ländern, in dem Bestreben, die Ost-West-Spannung auf dem Wege über eine internationale Sicherheitsordnung als Garantie für den Frieden zu überwinden.

Dabei ist es selbstverständlich, daß Italien der Institution der Vereinten Nationen besondere Bedeutung zumißt. Es ist dies die Plattform, auf der die internationale Konzeption der italienischen Politik aufbaut. Dies hat sich auch jetzt wieder anläßlich des Kuba-Konfliktes gezeigt. Die Stellungnahme von Fanfanis Betonung der Solidarität war subtil genug, und die Sozialisten brauchten insofern nicht in Verlegenheit zu geraten, als die Regierung Kennedy sofort den Sicherheitsausschuß der UN angegangen hatte. Bei dem Ausbau der internationalen Beziehungen wird also die italienische Außenpolitik in Zukunft besonders aktiv sein. So wird im Augenblick an den rechtlichen Formulierungen gearbeitet, die dem Abrüstungsprojekt, das von Italien und den neutralen Ländern unterstützt wird, für die zukünftigen Verhandlungen in Genf eine juristische Grundlage geben sollen. Es ist jedoch nicht zutreffend, daß Italiens Außenpolitik nun auch auf anderen Gebieten eine Mittlerrolle sucht. Es liegt keinerlei Vorschlag zu einer Lösung der Berlin-

Frage vor, wie die französische Presse zu wissen glaubte. Für Initiativen dieser Art fehlen die Voraussetzungen, schon deshalb, weil in Anbetracht der delikaten innenpolitischen Lage die Fanfani-Regierung ein Interesse daran hat, sich nur dort einzusetzen, wo es um allgemeine Fragen der internationalen Beziehungen und um Friedensaktionen im Interesse aller geht. Rom hat nicht das Gewicht und die Position, um in einer Frage die Initiative zu ergreifen, an der Italien selbst nur indirekt beteiligt ist.

Es ist diese realistische Beschränkung auf jene Probleme, die über den Rahmen der Spannung zwischen den Großmächten hinausgehen, die heute die italienische Außenpolitik charakterisiert. Italien gedenkt, unter den Ländern, die, wie es selbst, weder Großmächte noch Atommächte sind, eine besondere Rolle zu spielen eben auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Atlantikpakt. In dieser Richtung kann eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten auch auf außenpolitischem Gebiet weiterhin möglich sein und ihrerseits die lineare Haltung Italiens auf internationalem Gebiet garantieren. Voraussetzung ist, daß die augenblickliche Formel der „Öffnung nach links" sich konsolidiert und bei den im Frühjahr 1963 fälligen Parlamentswahlen bestätigt wird. Bis dahin ist keine sensationelle Initiative aus Rom zu erwarten, aber es kann vorausgesagt werden, daß Italien in den nächsten Monaten zielstrebig in der eingeschlagenen Richtung weitergehen wird. Darüber hat Fanfani besonders der französischen Regierung gegenüber ein klares Wort gesprochen. In Paris und in Bonn dürfte man wissen, woran man ist, so gut wie man in London fest auf die italienische Unterstützung bei den Verhandlungen über Englands Beitritt zur EWG baut. Und was die allgemeine internationale Lage anbetrifft, so steht außer Frage, daß die italienische Regierung zu ihren Verpflichtungen steht, aber mehr als je sich nur dort engagieren wird, wo eine Aktion zur Erhaltung des Friedens möglich ist.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Notstands-Verfassung ante portas

Die Aufregung um die politischen Ingredienzien der „Spiegel"-Affäre ist zwar ein Zeichen, daß das demokratische Bewußtsein in der Bundesrepublik nicht eingeschlafen ist. Aber die publizistische, parteipolitische und stammtischpolitische Ausschlachtung der Affäre leidet an einer vordergründigen Sensationellität, von der ein Hintergrund überblendet wird, dem die eigentliche Aufregung gelten sollte. Er hat ein unsensationelles Gewand, erscheint trocken und lustlos und erregt im Durchschnittsleser zunächst einmal nur den Paragraphen-Ekel. Es besteht die Gefahr, daß es bei dieser Erregung, die zum Desinteressement führt, sein Bewenden hat und daß der Bundesbürger seine demokratischen Emotionen, wenn überhaupt, vor dem „Spiegel" — sieh, wie bin ich demokratisch! — abreagiert und für die Hauptsache keine mehr übrig hat. Diese Hauptsache ist die Notstands-Verfassung, die demnächst dem Bundestag vorgelegt werden soll.

Wenn es in der „Spiegel"-Affäre, außer um den Verdacht des publizistischen Landesverrats, um schlecht definierte juristische Begriffe wie den Begriff Staatsgeheimnis, um interpretierende Gutachten und um Schritte von Regierungsinstanzen geht, die „etwas außerhalb der Loyalität" liegen, so ist das nur das kleine

Muster eines Falles, in dem Willkürdefinitionen und Willküraktionen eine Rolle spielen. Die Notstands-Verfassung aber könnte zum großen Muster eines solchen Falles führen. Das wird aus ihren entscheidenden Formulierungen klar:

Artikel 115 a besagt: „Der Bundestag kann auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats den Eintritt des Zustandes der äußeren Gefahr feststellen, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht." Auf Grund dieser Feststellung treten die Rechtsfolgen der Artikel 115 b bis 115 f ein. Artikel 115 b ermöglicht unter anderem:

1. eine Einschränkung der Grundrechte aus Artikel 5, 8, 9 und 11 des Grundgesetzes „über das sonst zulässige Maß hinaus". Das bedeutet: Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung und Meinungsorientierung, der Pressefreiheit und der Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film (Art. 5), ferner Einschränkung der Versammlungsfreiheit (Art. 8), der Freiheit der Vereins- und Gesellschaftsgründung (Art. 9) und der Freizügigkeit im Bundesgebiet (Art. 11).

2. die Möglichkeit zur Dienst- und Werkverpflichtung über das im Grundgesetz, Artikel 12, „zulässige Maß hinaus".

3. die Möglichkeit der Verlängerung der Fristen für politische Freiheitsentziehungen, die vor einer richterlichen Anordnung geschehen.

Es ist also offensichtlich, daß die Feststellung des äußeren Notstands unabsehbare Konsequenzen für die Grundrechte, die wir im Begriff Freiheit zusammenfassen, haben kann, zumal die Formel „über das sonst zulässige Maß hinaus" prinzipiell eine beliebte Abdrosselung dieser Grundrechte einräumt. Die Notstands-Verfassung wird damit zur Blanko-Vollmacht für Freiheitsentzug mannigfacher Art.

Wie groß die Gefahr dafür ist, wird uns deutlich, wenn wir uns auf den Passus besinnen, daß die Feststellung des äußeren Notstands getroffen werden kann allein schon „wenn ... ein solcher Angriff (auf die Bundesrepublik) d r o h t". Was heißt: ein Angriff droht? Wir erinnern uns, daß die bundesdeutsche Wiederaufrüstung, die die deutsche Entmilitarisierung und Umerziehung zu Zivildemokraten ins Gegenteil verkehrte, ausschließlich mit dem Argument gerechtfertigt wurde, daß der Bundesrepublik ein Angriff seitens der DDR bzw. der Sowjetunion drohe. Nur mit diesem eindringlichst betonten Argument konnte die bundesdeutsche Kehrtwendung vor dem eigenen Volk und vor fremden Völkern plausibel gemacht werden.

So ist also sicher: Weil ein Angriff droht — nach Voraussetzung der bundesdeutschen Aufrüstungspolitik — müssen wir aufrüsten, bis zur Atombereitschaft. Andererseits: der Notstand kann verkündet werden, weil ein Angriff droht. Das heißt: Wir befinden uns permanent im Bedrohungszustand, der äußere Notstand kann jederzeit erklärt, die Grundrechte können jederzeit „über das sonst zulässige Maß hinaus" eingeschränkt werden. Der Notstand ist schon immer da, man braucht nur noch die Notstands-Verfassung, um ihn, mit all seinen Folgen, zu deklarieren.

Wer sich bei der Annahme beruhigen würde, Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat würden schon zurückhaltend sein mit der Feststellung des Notstands bzw. mit dem „Maß" der Freiheitseinschränkungen, wäre sträflich vertrauensselig. Wenn einmal die Kette gesetzlich geschmiedet ist: Angriff droht — also Notstand — also Freiheitseinschränkungen, dann ist die Versuchung, sie zur Anschmiedung unliebsamer Bürger zu benutzen, stets akut. Es braucht nur die Kette vom Haken genommen werden. Eine Einigkeit von Regierungsparteien und Opposition wird sich, soferne die letztere überhaupt entscheidend mitzureden hat, schon finden lassen, wie die Geschichte lehrt.

Diese Überlegungen sind weder Schwarzmalerei noch Verkennung des Be-

mühens der Autoren der Notstands-Verfassung, sie nach bestem Wissen und Können gut zu verfassen. Es soll ihnen auch keineswegs die Absicht unterschoben werden, etwaige Willkürabsichten gesetzlich zu untermauern. Aber für jeden, der erfahren hat, welche Konsequenzen dehnbare Begriffe und Paragraphen haben können, ist es Pflicht, eine Warnung auszusprechen: die Warnung vor der gesetzlichen Freiheit zur Unterdrückung der Freiheit.

Solange nicht hinreichend und mit allen Sicherungen gegen Bedarfsdefinitionen definiert ist, was es im Sinne der Notstands-Verfassung heißt, daß „ein Angriff droht", ist diese Verfassung ein formaler Freibrief für diktatorische Zwangsmaßnahmen. Ein Verlaß auf „Sachverständige", die Regierung und Parlament beraten sollen, wann der Zustand des drohenden Angriffes eingetreten ist, ist keine Garantie gegen Willkürauslegung und Mißbrauch.

Mit Inkrafttreten der Notstands-Verfassung hangt das Damoklesschwert über der Freiheit des Bundesbürgers, die er bisher im Grundgesetz geborgen glaubte. Darum droht mit der Notstands-Verfassung, so wie sie vorliegt, selbst ein unerhörter Angriff: ein Angriff auf das Grundgesetz und in ihm verbürgte Grundrechte. Werden es die Gesetzgeber, soweit sie nicht nur Jasager zu Regierungsvorschlägen sind, merken und bremsen? Die Bundesbürger scheinen es, zu sehr mit dem Vorspiel der „Spiegel"-Sensation beschäftigt, noch zu wenig gemerkt haben. Es ist zuviel Ruhe um die Notstands-Verfassung. Man überläßt Gesetze, Klauseln und Klauseln zu Klauseln gern den juristisch Kompetenten. Sie werden es schon recht machen. Aber wenn sie es „recht" gemacht haben, wird es zu spät sein.

Zur Notstands-Gesetzgebung

Die CDU/CSU, besonders die Kreise um Adenauer, Höcherl, Brentano, Strauß, Jäger und von Guttenberg, scheint entschlossen, die Notstandsgesetze zum baldmöglichen Termin zu verabschieden. Mit Recht ist in der Öffentlichkeit die Frage nach dem Sinn der Notstandsgesetze laut geworden. Viele sehen in der beabsichtigten Einschränkung und Aufhebung entscheidender Artikel des Grundgesetzes den Versuch eines „legalen Staatsstreiches", die „Neuauflage des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933".

Das Drum und Dran bei der „Spiegel"-Affäre scheint hinreichend deutlich gemacht zu haben, was die Öffentlichkeit, was unsere Demokratie und Freiheit erwartet, wenn die Notstandsgesetze verabschiedet werden sollten. Die „Zurückhaltung der SPD" in dieser Frage scheint vielen keine Beruhigung zu sein. Auch die begrüßenswerte Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung durch den DGB auf seinem Kongreß am 24. Oktober in Hannover sollte nicht als ausreichende Garantie zur Verhinderung der Notstandsgesetze gewertet werden.

Sollte sich im Bundestag eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die diversen Höcherlschen Vorlagen finden (Höcherl beabsichtigt, eine Reihe von verfassungsändernden Notstandsgesetzen mit nur einfacher Mehrheit zu verabschieden!), wäre Strauß im Nachhinein rehabiliert und legitimiert. Für manchen wäre dann sicherlich die Zeit gekommen, „dieses Land zu verlassen". — Aber ist nicht der Zweifel, ist nicht die Frage, ob es sich noch lohnt, in diesem Land eine Demokratie

aufzubauen, gerade in diesen Tagen erschüttert und hinreichend positiv beantwortet worden? Uns jedenfalls stimmen die Breite und die Macht der Bewegung für Recht und Demokratie, deren Zeugen und tätige Mitglieder wir in diesen Wochen waren, zuversichtlicher denn je. Neue Kreise sind wach geworden. Selbst aus den Reihen der CDU/CSU und der Bundeswehr waren Stimmen der Vernunft zu hören. Es wächst die Erkenntnis, daß die tiefe Krise des Regimes und der Mangel an Staatsautorität nur durch eine neue Politik beendet werden kann, eine Politik, die durch ihre moralische und politische Integrität auch jede Notstandsgesetzgebung überflüssig macht.

Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen, Verfasser der viel diskutierten Broschüre „Politische Diffamierungen der Opposition", hat in Heft 11/62 zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall" Stellung genommen. Da es wichtig erscheint, die Öffentlichkeit über den wahren Charakter und das wahre Gesicht der Notstandsgesetze aufzuklären, veröffentlichen wir heute im Wortlaut den von der Bundesregierung am 22. X. verabschiedeten „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes".

Dieses verfassungsändernde Gesetz sieht im „Zustand der äußeren Gefahr" (Verteidigungsfall), im „Zustand der inneren Gefahr" (Bedrohung der demokratischen Grundordnung) sowie im „Katastrophenzustand" die Einschränkung bzw. Beseitigung folgender im Grundgesetz verankerter Grundrechte vor:

- Freiheit der Person (Grundgesetzartikel 2,2),
- Recht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5),
- Versammlungsfreiheit (Artikel 8),
- Vereinsfreiheit (Artikel 9,1 und 2),
- Freizügigkeit der Reise und des Aufenthaltes (Artikel 11),
- Freiheit der Berufswahl (Artikel 12,2 und 3),

Am gleichen 22. Oktober hat das Kabinett weitere sechs Notstandsgesetz-Entwürfe verabschiedet, die der Bundesrat bereits Ende November beraten hat. Dabei handelt es sich um folgende Gesetzentwürfe:

- Entwurf eines Gesetzes über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz),
- Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Aufenthaltes der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall (Aufenthaltsregelungsgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz).

In den nächsten Ausgaben werden wir Auszüge aus diesen Gesetzesvorlagen veröffentlichen. D. Red.

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

§ 1

In das Grundgesetz werden hinter Artikel 115 folgende neue Abschnitte X a, X b und X c eingefügt:

„Abschnitt X a
Zustand der äußeren Gefahr
Artikel 115 a

(1) Der Bundestag kann auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates den Eintritt des Zustandes der äußeren Gefahr feststellen, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht.

(2) Stehen dem Zusammentritt oder der rechtzeitigen Beschlußfassung des Bundestages und des Bundesrates oder eines von ihnen unüberwindliche Hindernisse entgegen, so kann ein aus 20 Mitgliedern des Bundestages und 10 Mitgliedern des Bundesrates gebildeter Ausschuß die Feststellung treffen. Die Bildung dieses Ausschusses und sein Verfahren regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestag beschlossen wird und der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die in den Ausschuß entsandten Mitglieder des Bundesrates sind nicht an Weisungen gebunden.

(3) Bei Gefahr im Verzuge steht die Befugnis zur Feststellung gemäß Absatz 1 auch dem Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers zu; er soll zuvor die Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates hören.

(4) Die Feststellung wird vom Bundespräsidenten verkündet. Er kann dabei von Artikel 82 abweichen; eine Artikel 82 entsprechende Verkündung ist nachzuholen, sobald die Umstände es gestatten.

(5) Mit der Verkündung der Feststellung treten die Rechtsfolgen ein, die sich aus den Artikeln 115 b bis 115 f ergeben. Von diesen Befugnissen darf nur zu dem Zweck Gebrauch gemacht werden, die Gefahr abzuwehren.

Artikel 115 b

(1) Der Bundesrat hat das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung auch auf solchen Sachbereichen, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören.

(2) Durch Bundesgesetz können

a) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Grundrechte aus Artikel 5, Artikel 8, Artikel 9 Abs. 1 und Artikel 11 über das sonst zulässige Maß hinaus eingeschränkt werden.

b) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland über das nach Artikel 12 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 zulässige Maß hinaus zu Dienst- und Werkleistungen verpflichtet werden,

c) bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorbehalten werden,

d) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr für Freiheitsentziehungen abweichend von Artikel 104 Abs. 2 und 3 Fristen gesetzt werden, die jedoch die Dauer einer Woche nicht überschreiten sollen,

e) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Verwaltung und das Finanzwesen des Bundes und der Länder geregelt und dabei von den Abschnitten VIII und X abgewichen werden,

f) längstens bis zur Beendigung des zweiten Rechnungsjahres, das auf die Aufhebung des Zustandes der äußeren Gefahr folgt, von Artikel 106 und 107 abweichende Regelungen getroffen werden, wobei die finanzielle Lebensfähigkeit der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zu wahren ist.

(3) Die Bundesregierung kann

a) außer den Polizeikräften des Bundes und der Länder, soweit diese nicht ausreichen, auch die Streitkräfte im Innern für polizeiliche Aufgaben einsetzen und zur einheitlichen Führung der eingesetzten Kräfte einen Beauftragten bestellen,

b) außer der Bundesverwaltung auch den Landesbehörden Weisungen in allen die Abwehr der Gefahr betreffenden Angelegenheiten erteilen und diese Befugnis auf von ihr zu bestimmende Behörden oder auf Beauftragte übertragen.

Artikel 115 c

(1) Der Bundestag kann den Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 ermächtigen, Gesetze einschließlich solcher gemäß Artikel 115 b Abs. 1 und 2 zu erlassen (Notgesetze). Soweit dem Zusammentritt oder der rechtzeitigen Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, kann der Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 auch ohne eine solche Ermächtigung Notgesetze erlassen.

(2) Erfordert die Lage ein sofortiges Handeln, so kann die Bundesregierung Verordnungen mit Gesetzeskraft, auch gemäß Artikel 115 b Abs. 1 und 2 erlassen (Notverordnungen) und diese Befugnis für einzelne Aufgaben auf von ihr zu bestimmende Behörden übertragen.

(3) Notgesetze werden vom Bundespräsidenten, Notverordnungen von der Stelle, die sie erläßt, verkündet. Artikel 115 a Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Notgesetze und Notverordnungen treten unbeschadet des Artikels 115 b Abs. 2 Buchstaben c und f spätestens nach Ablauf von sechs Monaten außer Kraft, wenn sie nicht verlängert werden.

Artikel 115 d

Der Bundeskanzler kann die Befugnisse der Bundesregierung auf einzelnen Sachbereichen einem Kabinettsausschuß übertragen, dessen Zusammensetzung er bestimmt.

Artikel 115 e

(1) Das Bundesgesetz gemäß Artikel 93 Abs. 2 und Artikel 94 Abs. 2 über das Bundesverfassungsgericht darf durch Notgesetz oder Notverordnung nur insoweit geändert werden, als dies zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Gerichts erforderlich ist, nachdem das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, daß seine Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben oder ernsthaft gefährdet ist. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl der Bundesverfassungsrichter, über die Zuständigkeit des Gerichts und über seine Befugnisse zum Erlaß von einstweiligen Anordnungen sowie zur Regelung der Vollstreckung seiner Entscheidungen dürfen durch Notgesetz oder Notverordnung nicht geändert werden.

(2) Die verfassungsmäßige Stellung und die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts und seiner Richter dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 115 f

Sind die zuständigen Bundesorgane nicht nur vorübergehend außerstande, die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr eines Angriffs mit Waffengewalt zu treffen, und erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges selbständiges Handeln in einzelnen Teilen des Bundesgebietes, so sind die Ministerpräsidenten und, falls diese Voraussetzungen auch im Verhältnis eines Landes zu seinen Teilgebieten gegeben sind, die Regierungspräsidenten, äußerstenfalls die Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte zu einstweiligen Maßnahmen im Sinne der Artikel 115 b und 115 c für ihren Bereich befugt.

Die Ausübung dieser Befugnisse darf nicht zu einer Beeinträchtigung der militärischen Verteidigung führen. Einstweilige Maßnahmen nach Satz 1 können durch die Bundesregierung, im Verhältnis zu nachgeordneten Behörden auch durch die Ministerpräsidenten der Länder jederzeit aufgehoben werden.

Artikel 115 g

(1) Der Bundestag kann mit Zustimmung des Bundesrates jederzeit durch einen vom Bundespräsidenten zu verkündenden Beschluß den Zustand der äußeren Gefahr für beendet erklären und die auf seiner Grundlage getroffenen Maßnahmen aufheben. Notgesetze und Notverordnungen können jederzeit auch durch den Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 aufgehoben werden.

(2) Bundesgesetze, die auf Grund von Artikel 115 b Abs. 1 auf Sachbereichen erlassen worden sind, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören, sowie alle Notgesetze und Notverordnungen treten spätestens sechs Monate nach Beendigung des Zustandes der äußeren Gefahr außer Kraft. Artikel 115 b Buchstaben c und f bleiben unberührt.

(3) Eine während des Zustandes der äußeren Gefahr endende Wahlperiode des Bundestages verlängert sich bis zum Ablauf von drei Monaten, eine während dieser Zeit endende Amtsperiode des Bundespräsidenten bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Zustandes der äußeren Gefahr. Der Bundestag kann diese Fristen abkürzen.

Artikel 115 h

Wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen, und sind die zuständigen Bundesorgane außerstande, sofort die Feststellung gemäß Artikel 59 a oder gemäß Artikel 115 a zu treffen, so gelten der Verteidigungsfall sowie der Zustand der äußeren Gefahr als eingetreten.

Abschnitt X b

Zustand der inneren Gefahr

Artikel 115 i

Ein Zustand der inneren Gefahr liegt vor, wenn der Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes

1. durch Einwirkung von außen,
2. durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt,
3. durch Nötigung eines Verfassungsorgans oder
4. durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen

ernstlich und unmittelbar bedroht ist.

Artikel 115 k

(1) Besteht in einem Land ein Zustand gemäß Artikel 115 i, so kann, wenn die Mittel des Artikels 91 Abs. 1 nicht ausreichen, der Landtag für die Dauer dieses Zustandes, soweit dies zur Bekämpfung der Gefahr erforderlich ist,

a) Notgesetze für das Landesgebiet auch auf Sachbereichen erlassen, die nicht zur Gesetzgebungszuständigkeit des Landes gehören,

b) in Gesetzen

1. unter Einschränkung der Grundrechte aus Artikel 5 Beschränkungen und Auflagen für den Nachrichtenverkehr einführen,
2. die Grundrechte aus Artikel 8 und Artikel 11 über das sonst vorgesehene Maß hinaus einschränken.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung Notverordnungen für das Landesgebiet gemäß Absatz 1 erlassen.

(3) Über den Inhalt aller nach Absatz 1 und Absatz 2 erlassenen Notgesetze und Notverordnungen sowie über die auf ihrer Grundlage getroffenen Maßnahmen sind unverzüglich der Bundestag und die Bundesregierung zu unterrichten.

(4) Notgesetze und Notverordnungen nach Absatz 1 und Absatz 2 treten spätestens nach Ablauf eines Monats außer Kraft. Der Bundestag oder die Bundesregierung kann sie und die auf ihrer Grundlage getroffenen Maßnahmen jederzeit aufheben.

Artikel 115 l

(1) Besteht in einem Land ein Zustand gemäß Artikel 115 i, ist das Land zur Bekämpfung der Gefahr nicht bereit oder in der Lage und reichen die Mittel des Artikels 91 Abs. 2 nicht aus, so treten für die Dauer dieses Zustandes nachstehende Rechtsfolgen ein:

a) Der Bund hat das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung auch auf solchen Sachbereichen, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören.

b) Durch Bundesgesetz können die Grundrechte aus Artikel 5, Artikel 8 und Artikel 11 in dem durch Artikel 115 k Abs. 1 Buchstabe b zugelassenen Umfang eingeschränkt werden. Handelt es sich um einen Gefahrenzustand gemäß Artikel 115 i Nr. 1, so findet Artikel 115 b Abs. 2 Buchstaben a, b, c und d entsprechende Anwendung.

c) Die Bundesregierung hat die Befugnisse gemäß Artikel 115 b Abs. 3.

(2) Stehen dem Zusammentritt oder der rechtzeitigen Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen, so kann der Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 Notgesetze, auch gemäß Absatz 1 Buchstaben a und b erlassen. Erfordert die Lage ein sofortiges Handeln, so kann die Bundesregierung Notverordnungen, auch gemäß Absatz 1 Buchstaben a und b erlassen. Artikel 115 c Abs. 3 findet Anwendung.

(3) Sollen die Streitkräfte gemäß Absatz 1 Buchstabe c im Innern mit der Waffe eingesetzt werden, so bedarf es hierzu der vorherigen Zustimmung des Bundestages, in den Fällen des Absatz 2 Satz 1 des Ausschusses nach Artikel 115 a Abs. 2. Einer Zustimmung bedarf es nicht, wenn die Lage unabweisbar einen sofortigen Einsatz dieser Art erfordert. Der Einsatz ist jedoch einzustellen, wenn der Bundestag es verlangt.

(4) Artikel 115 e findet entsprechende Anwendung.

(5) Bundesgesetze, die auf Grund von Absatz 1 Buchstabe a auf Sachbereichen erlassen worden sind, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören, sowie alle Notgesetze und Notverordnungen treten spätestens nach Ablauf von drei Monaten außer Kraft. Der Bundestag kann jederzeit Notgesetze, Notverordnungen und die auf ihrer Grundlage getroffenen Maßnahmen aufheben. Notgesetze und Notverordnungen können jederzeit auch durch den Ausschuß nach Artikel 115 a Abs. 2 aufgehoben werden.

Abschnitt X c

Katastrophenzustand

Artikel 115 m

Sind Leib oder Leben der Bevölkerung, insbesondere durch eine Naturkatastrophe, ernstlich und unmittelbar gefährdet (Katastrophenzustand), so finden Artikel 115 k und 115 l entsprechende Anwendung."

§ 2

In das Grundgesetz wird hinter Artikel 74 Nr. 23 folgende neue Nr. 24 eingefügt:

„24. die Vorsorge für den Fall einer Gefahr gemäß Artikel 115 i und Artikel 115 m."

§ 3

Artikel 143 des Grundgesetzes wird aufgehoben.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bundesrats-Drucksache Nr. 345/62

Wolfgang Baranowsky

Demokratie — ein Lügenmärchen? (II)*)

Stets herrscht eine Minderheit

Wenn die Politiker durch ihre Stethoskope vom Volkskörper keinerlei Geräusch empfangen, kann man dann etwas anderes erwarten, als daß die Regierung tut, was sie für richtig hält? Wer sich aus Bequemlichkeit nicht rührt, votiert damit — wenn auch ungewollt und unbewußt — für das Bestehende, Max Frischs Tagebuch-Notiz bestätigend: „Wer sich nicht mit Politik befaßt, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei."

So betrachtet, ist der „unpolitische" Mensch ein Fabelwesen. Als Mitglied einer Gesellschaft hat er — ob er will oder nicht — eine politische Funktion. „Unpolitisch" hieße eigentlich „ohne Beziehung zur Gemeinschaft". Das aber ist so unmöglich wie ein Baum ohne Schatten; noch der auf eine einsame Insel Verbannte befindet sich zur Gesellschaft in einem ganz bestimmten Verhältnis, wenn auch in dem negativsten des Ausgeschlossenseins.

Ein passiver Mensch ist also zwar untätig, aber dennoch nicht wirkungslos. Diese Wirkung ist aber eine zwangsläufige; während „Herrschaft" nicht nur ein Verhalten bezeichnet, das irgendetwas bewirkt, sondern aktive Einflußnahme. Mitregent im Sinne der Demokratie kann ein simpler Leserbriefschreiber sein, nie aber ein politischer Drückeberger, dem an nichts gelegen ist.

Da aber auch bei weitherzigster Auslegung dessen, was noch als Aktivität gelten mag, die Untätigen an Zahl stets überlegen sein werden, die das Bedürfnis zum Mitreden haben, bezeichnet „Herrschaft" grundsätzlich die Machtausübung einer Minderheit. Demokratie heißt darum nicht schlechthin „Herrschaft des Volkes", sondern bedeutet, daß jedermann aus dem Volke den Kurs des Staatsschiffes mitbestimmen kann.

Daher wäre die pleonastische Bezeichnung „Volksdemokratie", die sich die Ostblockstaaten beigelegt haben, gar nicht so unsinnig, wenn es über die Herrschaft der Wenigen hinaus eine mögliche Staatsform wäre, wenn „Die Herrschaft aller" nicht schon an und für sich (erst recht aber tautologisch) Faselei wäre, da Herrschaft letztlich jemanden voraussetzt, der sie erleidet.

Unter diesem Aspekt schmilzt der Unterschied zwischen den Regierungssystemen in Ost und West auf die Frage zusammen, welche Minderheit sich hüben und welche sich drüben für legitim hält oder für legitim gehalten wird. Zwar verkünden die Lobredner dieser wie jener Seite, hier (bzw. dort) herrsche wirklich „das Volk". Doch es wird in einer Massengesellschaft schon technisch unmöglich sein, den in der Bezeichnung „Demokratie" erhobenen Anspruch praktisch zu rechtfertigen. Nur in einem kleinen Staat wie der Schweiz lassen sich Abstimmungen der Wähler über Einzelfragen der Staatsführung veranstalten.

Längst ist „Demokratie" zu einer leeren Worthülse geworden, die jedes Regime an seinen Spieß stecken kann. Wie lächerlich ist es, wenn man selbst als Westdeutscher eine bundesrepublikanische Zeitung bei der Volkspolizei abgeben muß, bevor man den „Demokratischen Sektor von Berlin" betritt, wo geistige Konterbande nicht einmal spazieren getragen werden darf. Sogar ein Goebbels sagte einst von Nazi-Deutschland: „Wir sind demokratischer als manches andere Volk!"

*) Vgl. Heft 11/62, S. 849 ff.

Wahl ohne Auswahl

An der Spitze jedes Staates, in welchem Lager er sich auch befindet, steht eine Funktionärsgruppe, die sich auf Grund einer vorwiegenden Volksmeinung etablieren konnte. Insofern ist sowohl die Regierung der USA wie die der UdSSR Repräsentantin des Volkswillens, während sie der Wahlakt, auf den sich beide berufen, längst nicht hinreichend legitimiert: In der Sowjetunion kann gar keine andere als die Kommunistische Partei gewählt werden; in Amerika ähneln sich die beiden staatstragenden Parteien — Republikaner und Demokraten — wie eineiige Zwillinge, und das Redegeplänkel der beiden Präsidentschaftsduellanten gleicht einem Schattenboxkampf.

In der UdSSR fördert man die politische Aktivität des Individuums in Betrieb und Heim, jedoch mit der Auflage, in das bereitgehaltene Horn der Gesinnungstüchtigkeit zu stoßen. In den USA läßt man dem Bürger seine Ruhe; aber alle vier Jahre soll er an die Urne treten, worauf man ihn — zum Zwecke seiner Urteilsbildung — mit einem karnevalartigen Wahlrummel präpariert. Sämtliche modernen Staaten zwischen und neben den beiden Machtriesen zeigen Abstufungen und Modifikationen dieser Praktiken. Wie demokratisch sie immer sein mögen, überall wird die Einflußnahme des angeblich herrschenden Volkes kanalisiert.

Der Unterschied der Systeme von Ost und West besteht daher weniger im Wahlmodus, als in den Zielen und Funktionen der Regierungen. Die „Freien Wahlen" sind ein sehr relativer Begriff und im Grunde überall eine Farce, natürlich in erster Linie dort, wo 99,9%ige Ergebnisse verkündet werden; alle Hundertprozentigkeit ist im wahrsten Sinne des Wortes „unmenschlich", weil die Leute eben zu verschieden, meist ja nicht einmal mit sich selbst einig sind. Dem „kleinen Mann" aber leuchtet nicht recht ein, warum es soviel besser ist, in Freiheit zu wählen und die Parteien hernach undurchsichtige Koalitionen oder Allparteienregierungen bilden zu sehen, statt in der DDR die Liste der „Nationalen Front" unverändert abzugeben.

In der Sowjetunion und der DDR wird kein Hehl daraus gemacht, daß die „eigentliche Wahl" schon v o r der Volksabstimmung stattfindet. Als gewählt kann demnach — da die Einheitsliste keine Auswahl zuläßt — gelten, wer als Kandidat aufgestellt wird. Die Vorschläge kommen angeblich aus den Betrieben und den „Massenorganisationen". Wenn es sich so verhielte, könnte das Verfahren tatsächlich als „demokratischer" angesehen werden als das des Westens (z. B. im Kabinett der USA sind meistens Millionäre unter sich). Aber natürlich wird in den sozialistischen Ländern die „eigentliche Wahl" auch nicht vom Volke, sondern von der gottähnlichen Parteihierarchie getroffen.

Der offizielle Wahlakt folgt der Kandidaten-Auslese dann als reines Theater; er ist ja gänzlich überflüssig. Da rückt etwa die Abteilung eines Großbetriebes geschlossen ins Wahllokal ein, erklärt, auf die geheime Abstimmung in den aufgebauten Kojen zu verzichten, und gibt ihre Wahllisten unverändert ab. Unverändert — das bedeutet „Ja"; aber zu verändern ist ja sowieso nichts, die Einheitsliste bietet keine Alternative. Wozu der Zirkus? Die Arbeiter demonstrieren, freiwillig gezwungen, daß sie ja mitgeholfen hätten, die Kandidaten aufzustellen; sie wollten sie jetzt darum auch wählen.

Dieser Urnengang ist freilich eine Komödie, keine Wahl. Es fragt sich nur, was der Staat für ein Interesse hat, sie immer wieder über die Bühne gehen zu lassen. Wenn schon freimütig zugegeben wird, die „eigentliche Wahl" habe bereits stattgefunden, so könnte man es doch mit ihr bewenden lassen. Ich habe für dieses seltsame Phänomen im Geltungsbereich des „wissenschaftlichen" Sozialismus nur eine irrationale Deutung: Die Monarchen der Kaiser- und Königreiche

brauchten nicht gewählt zu werden; sie erbten ihr Amt „von Gottes Gnaden", und ihre Macht ward durch den „Allmächtigen" legitimiert. Die republikanischen Majestäten bedürfen einer anderen Quelle ihres Herrscherrechts; sie handeln „im Namen des Volkes". Darum scheinen sie es für unerläßlich zu halten, das Volk durch einen öffentlichen Wahlakt in dem Glauben zu bestärken, es hätte etwas zu bestellen. Selbst Hitler verzichtete nicht auf eine Bestätigung seiner Taten durch Volksentscheid. Zu dieser Abstimmung erschien damals in England eine witzige Karikatur, die eine NS-Wahlzelle zeigte, in der ein Bürger stand, während SA-Uniformierte von allen Seiten über die Spanische Wand lugten, unterm Tisch und in der Lampe saßen, um aufzupassen, daß der Wähler sein Ja-Kreuz macht. Nun gehören Bespitzelungen und Wahlfälschungen zur Diktatur wie die Flöhe zum Pudel. Aber die Tyrannei wäre weniger schrecklich, wenn sie allein auf diese Methoden angewiesen wäre. Viel wirksamer ist jedoch die Propaganda, da Autoritätsgläubige und Desinteressierte ihr keinen Widerstand entgegenzusetzen haben und dann wie in Trance, vermeintlich aber „freiwillig", im Sinne des Regimes handeln.

Daher ist es auch nur eine westlichem Wunschdenken entspringende Phrase, wenn immer wieder beteuert wird, die „Zone" existiere nur unter dem Schutz sowjetischer Bajonette. Etwas Wahres ist daran; nur existiert bis heute überhaupt kein Staat ohne Bajonette, gleich welcher Herkunft, auf dieser Welt. Die DDR existiert nicht d u r c h Zwang, sondern staunenswerterweise t r o t z des Zwanges, nämlich — hier wie immer und überall — mit Hilfe des Konformismus und konventionellen Gehorsams des überwiegenden Teils der Bevölkerung. In bezug auf Franco-Spanien redet heute übrigens niemand mehr davon, daß die Falange ihre Macht aufgepflanzten Seitengewehren verdanke. Kommt Zeit, kommt Gewöhnung; auch „Unrechtsstaaten", die sich weder in „freier und geheimer Wahl" noch nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" etabliert haben, werden allmählich einmal salonfähig.

Die Kulissen des großen Welttheaters werden von den Diplomaten und Regierungen geschoben; der „kleine Mann" ist überall nur der Z u s c h a u e r des politischen Funktionärs. Und wo immer man hinguckt, sieht man dasselbe: Wer die Macht hat, hält sie fest. Ob Parteibürokraten, Staatsmänner oder Taubenzüchterverbandsvorsitzende — solange Verfassung oder Vereinssatzung es zuläßt, werden sie wiedergewählt. „Keine Experimente!" ist darum ein so guter Wahlslogan der CDU, weil es gewöhnlichem menschlichen Beharrungsvermögen entspricht, alles am liebsten so zu lassen, wie es sich (vermeintlich) „bewährt" hat („Es kommt nie Beßres nach!") und jenen die Arbeit anzuvertrauen, die sich am meisten danach drängen.

In den funktionierenden Demokratien mit Zwei-Parteien-Regime lösen immer ähnliche Regierungen einander ab wie die beiden Figuren eines Wetterhäuschens. Ja, fast tendiert die Despotie e h e r zum Wechsel; Staatsstreiche bewirken meist radikalen Umschwung, der Parlamentarismus ist dagegen eher die Variation des ewig Gleichen.

Just diese Stetigkeit einer (wie man so sagt) „gesunden" Demokratie bestärkt den unpolitischen Menschen in seiner bequemen Ansicht, daß es für ihn im Staate nichts zu tun gäbe. Und damit hat er eigentlich recht; was nicht bedeutet, daß es gleichgültig sei, ob er in der Diktatur oder in einer wirklichen Demokratie lebe: Zu bestimmen hat er hier wie dort nichts; der gravierende und einzig entscheidende Unterschied ist jedoch das Volumen der persönlichen Freiheit, das ihm in diesem oder jenem Staatswesen zugemessen wird.

Der Zwang zur Freiheit

Auch Freiheit ist natürlich ein relativer Begriff. Wir verstehen unter Freiheit in der Regel — und mit Recht —, von den Mächtigen nicht behelligt zu werden. Immer, wenn sich eine „Demokratie" selbstgefällig an die Brust schlägt, stellt sie die Freiheit heraus, in ihrem Geltungsbereich zu den höchsten Staatsämtern emporzuklimmen. Dabei kann man das auch innerhalb von Diktaturen, vorausgesetzt, daß es dort nicht gerade privilegierte Kasten gibt, in denen sich die Macht vererbt (Ariernachweise und ähnliches deuten übrigens auf die Existenz diskreditierter Kasten hin, die von vornherein keine Aufstiegschancen haben). Was von Emporstrebenden aber überall gefordert wird, ist die Übereinstimmung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung.

Man muß Kommunist sein, wenn man es in Rußland zu etwas bringen will. In den Vereinigten Staaten kann man nur dann eine Führungsposition erobern, wenn man den American way of life bejaht. Die „positive Freiheit" ist da wie dort ziemlich gleich; Differenzen zeigen sich hauptsächlich bei dem Versuch, von der „negativen Freiheit" der Kritik Gebrauch zu machen, vor allem, wenn sie sich gegen die Tribunen richtet.

Der unter der roten Fahne regierende Bonze ist sakrosankt; im Westen ist das Nörgeln an der eigenen Gallionsfigur zwar nicht tödlich, aber auch nicht vorteilhaft. Eine Vulgärdefinition von „Volksherrschaft" könnte im Westen lauten: „Mitredendürfen, aber besser, du hältst dich raus"; und im Osten: „Mitredenmüssen, aber wehe, wenn nicht positiv."

Die westliche Freiheit bietet weitgehenden Schutz vor dem „Mitredenmüssen", sie bietet jedoch keine Gewähr für das „Mitredenkönnen". Die Wortverwandtschaft von Kennen und Können ist offensichtlich.: Ohne Kenntnisse kein Können. Daß die Schule künftig bessere Grundlagen politischer Bildung schaffen muß, wird bei uns mittlerweile wohl durchweg eingesehen. Aber was kann getan werden, um das Wissen der Erwachsenen zu mehren und ihr Interesse an den Gemeinschaftsaufgaben wachzuhalten?

Den Gordischen Knoten einander widersprechender Prinzipien, die in dieser Frage verschlungen sind, ohne Schwertstreich zu lösen — damit sind die besten Demokraten überfordert.

Die politische Bildung des Volkes gehört zu den Aufgaben des demokratischen Staates, denn um „mitregieren" zu können, muß der Volkssouverän ein klares Urteil besitzen.

Jedes staatliche Bildungsprogramm birgt die Gefahr einseitiger propagandistischer Beeinflussung. Ein Volk verzückter Heilschreier aber wäre nicht wohlinformiert, sondern „ausgerichtet", also desorientiert.

Wählt das Volk eine Regierung, die ihm eine große Nachtmütze versprochen hat, so müßte der frei bekundete Wille zu undemokratischer Verantwortungslosigkeit aus Ehrfurcht vor der demokratischen Wahlentscheidung respektiert werden.

Daraus ergibt sich der Extremfall: Ist die nach demokratischen Regeln erfolgte Wahl einer Partei gültig, die offen für Diktatur eintritt? (Aber das ist eine rhetorische Frage; denn eine so mächtige, durch Volksvotum legitimierte Partei — sie braucht nicht eo ipso verfassungsfeindlich zu sein, es könnte sich sogar um eine Regierungspartei handeln, die sich ein neues Programm gegeben hat — würde sich den Sieg sowieso nicht mehr nehmen lassen.)

Wirkliche Demokratie bedeutet „Interessenausgleich", und dieses Prinzip, zwischen Gegensätzen zu vermitteln, ist ihre einzige Chance, in der Bildungsfrage nicht auf die gefährlichen Klippen „politische Verblödung" oder „geistige Bevormundung" aufzulaufen. Der Weg führt mitten hindurch in die Freiheit von Zwang

und Dummheit. Weder der politisch versierte Apparatschik, noch der vermeintlich individualistische Spießer, der bloß seine Ruh und sein Bier haben will, sondern der aufgeschlossene, gut unterrichtete Bürger sind das demokratische Ideal.

Durch kommandierte Instruktionsabende ist dieser Typ jedoch ebensowenig zu züchten wie durch wirtschaftswunderliche Gartenlaubengemütlichkeit; und leider pflegt die Staatskarosse vom schmalen Grat der Weisheit leicht in den Matsch des Schlendrians oder den Schotter der Unduldsamkeit abzugleiten. Daher ist der demokratische Musterbürger nur der Sonderfall einer historischen Sternstunde.

Tyrannei ist die Regel

Die „wahre Demokratie" überhaupt hat Seltenheitswert. Ein Blick zurück im Zorn auf die Geschichte der Menschheit enthüllt die Diktatur als den Regelfall des Staates, die freiheitliche Ordnung hingegen als wohltätige Ausnahme. Obwohl jede halbe Freiheit einer ganzen Unterdrückung vorzuziehen ist, darf man auch die „schlechten" Demokraten zu den Spielarten der Despotie rechnen. Was guten Gewissens nicht mehr freiheitlich genannt werden kann, ist meist schon eine Vor-Form der Tyrannei.

Ist eine absolutistische Obrigkeit im Orkus der Historie versunken, so ziehen sich die geknechteten Untertanen erschöpft ins Privatleben zurück. Von Politik haben sie verständlicherweise die Nase voll; ihre Hirne müssen die albernen Dogmen ausdünsten. In der Rekonvaleszenz ist der Mensch noch nicht wieder aufnahmefähig. Dieser Nachteil wird dadurch ausgeglichen, daß der Patient gegen eine erneute Infektion mit der eben überwundenen Krankheit zunächst immun ist.

Doch keiner Regierung der Welt wird ein freiheitliches, ungebundenes Verhältnis der Bürger zum Staate recht geheuer sein. Hätten nicht Wühlmäuse leichtes Spiel, das labile Gemeinwesen zu unterwandern und wiederum für den Anschluß an ein stets lauerndes Imperium reif zu machen? Die besorgte Regierung wird also „die Lage stabilisieren". Die tausend Pfähle offener Möglichkeiten, auf denen der lasche Staat ruhte, werden eingeschmolzen zu einem Dutzend starker Betonpfeiler staatstragender Ideen. Einige davon werden der Opposition zugewiesen; auch der Widerspruch also wird konzessioniert und begrenzt. Zu diesem Zeitpunkt ist das Pendel über die ideale Mitte schon wieder hinaus und nähert sich einer neuen Pflicht zum Konformismus. Auf jeder Seite bedeutet die Extremstellung des Pendelausschlags Zwang; die Freiheit ist nur ein Übergangsstadium.

Ist freilich der Zusammenbruch einer Diktatur nicht das Ergebnis ihrer humanitären Auszehrung, sondern das Werk eines „starken Mannes", der auf seine eigene Stunde wartet, dann kann der Wechsel von einer Despotie zur anderen innerhalb kurzer Wochen der Anarchie vonstatten gehen, während derer schon „aufgeräumt" und das Firmenschild der Nation mit Blut gesäubert wird.

Natürlich gibt es auch ein paar Ausnahmen, die die Regel bestätigen: das englische Inselreich, die bergige, zwergige Schweiz — Abgeschiedenheiten, in denen das Pendel stillzustehen scheint oder doch nur im Zeitlupentempo schwingt. Auch die USA gehören zu den Sonderfällen; die verhältnismäßig kurze Geschichte dieses jungen Staates kennt keine gravierenden Umbrüche (der Sezessionskrieg hat einen Umbruch verhindert). Doch kommen zuweilen Krisen vor, die den Geist der Verfassung umzustülpen drohen. Das wäre eine kalte Revolution: Kein Buchstabe der gesellschaftlichen Satzung wird geändert, aber nicht mehr Freiheit, sondern Konformismus bläht den Ballon, der nach wie vor unter dem Namen „Demokratie" segelt.

Das von McCarthy erfundene Verbrechen des „unamerikanischen Verhaltens" ist ein Paradebeispiel für die Machtergreifung eines ideologischen Terrors unter dem Deckmantel des Kampfes für die Freiheit. Gesinnungszwang aber bahnt der nackten Gewalt den Weg. Konformismus huldigt jeder gültigen Konvention und unterdrückt jede Dynamik. Der ungebundene Geist wird verfolgt. Das konservative Element aber, das aus Opportunismus nichts Bestehendes ändern will, liegt immer richtig; der unpolitische Mensch eckt am wenigsten an. Droht der Demokratie aber eine Gefahr, dann kann ihr ein zahlenmäßiges Übergewicht überzeugungsloser Dulder zum Verhängnis werden.

Der Typ des politischen Spießers, der Kriege für Naturereignisse hält und keine Anstrengung macht, das normale Auf und Ab des Daseins willentlich auszugleichen, zu verzögern, zu mildern oder doch wenigstens nach vorhandener Erfahrung zu berechnen, muß nicht etwa stets ein ausgemachter Dummkopf sein. Oft gehört er zur Intelligenz; als Künstler zählt er vielleicht zu den „Elfenbeintürmern", die sich zu schade für die Sorgen der Gemeinschaft sind. Vor dem eigenen Selbstbewußtsein verbrämt er seine Trägheit natürlich als erhabenes „Über-der-Sache-Stehen".

In seltenen Fällen ist der Nichtpolitiker jedoch einer der ehrlichen Menschen, die sich eingestehen, für Soziologie, Wirtschaft und Diplomatie absolut kein Verständnis zu besitzen, also weder Kenntnisse noch Lernfähigkeit. Diese Spezies hebt sich wohltuend ab von der umgekehrten Sorte des Stammtischpolitikers, der das komplizierte Rankenwerk der Staatswissenschaften völlig zu durchschauen meint. Darin ist die Politik ja der Psychologie ähnlich: Jeder kann darüber reden, sowenig er davon auch begriffen haben mag. Dazu trägt die politische Propaganda das ihrige bei: Wenn sich zwei Kontrahenten beschimpfen, weiß man, daß von allen Behauptungen die Hälfte abgezogen werden muß; so bringt man es auch ohne Kenntnis der Zusammenhänge bei einigem Schätzvermögen zu treffenden Urteilen.

Stimmrecht und Intelligenzquotient

So falsch wie die Deutung des Begriffs „Demokratie" im Sinne seiner wörtlichen Übersetzung ist die Ansicht, was jeden angehe, das müsse sich jeder zur eigenen Sache machen. Freilich ist jedermann Objekt der Politik, wie der Bürger der zivilisierten Welt nolens volens Nutznießer der Technik ist. Aber nicht jeder ist ein Mechanikus; jedes Fach hat heute eben seine spezialisierten Diener.

Wer — wo immer — „mitmacht", will sehen, daß etwas dabei herauskommt. Die Politik müßte daher volkstümlicher und reizvoller werden, wenn sie an Anziehungskraft gewinnen soll. Am Getriebe der Demokratie ließe sich allerlei verbessern, vor allem hinsichtlich der Wahlmodalitäten. Das ist ein zwar naheliegendes, aber doch separates und last not least so umfangreiches Gebiet, daß es eine gesonderte Abhandlung erfordern würde.

Hier sei nur die Anregung des britischen Astrophysikers Fred Hoyle (aus seinem Buch „Mensch und Materialismus") erwähnt, nicht nur die positive Wahl aufgestellter Kandidaten zuzulassen, sondern auch die negative Stimmabgabe gegen den Politiker, den man am wenigsten mag. Würden dann die Pro- und die Kontra-Stimmen gegeneinander aufgerechnet, so erhöhten sich die Chancen unabhängiger Kandidaten oder solcher kleiner Parteien, die zwar verhältnismäßig wenig positive, aber sicher kaum negative Stimmen erhielten. Die Führer großer Parteien, die sich in der Regierungsbildung nach verstaubter Tradition ständig abwechseln, würden hingegen durch eine ziemlich gleichstarke Anhängerschaft ebensoviele Ja-Stimmen wie von den Wählern der Gegenpartei Nein-Stimmen bekommen, also womöglich mit ± 0 abschneiden. Dadurch

könnte die undemokratische Hierarchie zweier Parteiclane bald abgeschafft werden.

Ich glaube allerdings, daß das von den Bossen so sehr geschätzte Regierungskarussell nicht nur auf einem Nachteil der Wahltechnik beruht, sondern auf Mängeln, mit denen ich mich in dieser Untersuchung schon dauernd beschäftigt habe: auf Konformismus, auf dem Fehlen von Wissen, auf konventionellem Zwang zur Stimmabgabe („Wahlrecht ist Wahlpflicht"!) und auf Schwäche der Phantasie. Die unnatürliche Alternative zwischen zwei Parteien, deren Programme sich noch dazu ähnlicher sind als zwei Bachkiesel, wäre schon dann nicht mehr aufrechtzuerhalten, wenn man die entwürdigenden, albernen und vernebelnden Wahlkämpfe abschaffte und statt dessen die Wahlberechtigung vom Nachweis politischer Grundkenntnisse abhängig machte.

Der Schriftsteller Dr. Kurt Hiller, Vorsitzender des Neusozialistischen Bundes, propagiert zum Ausgleich der rein statistischen Erfassung des Wählerwillens, derzufolge sieben Ignoranten soviel Stimmrecht haben wie sieben Gelehrte, eine zweite Kammer „der charakteriell, wissensmäßig und denkerisch Besten, der Geistigen, womit nicht dasselbe gemeint ist wie mit Zugehörigen der ‚intellektuellen' Berufszweige, (sondern der überlegene) Typus Mensch unter den politisch Bemühten". Dem Hause der vom Volke gewählten Abgeordneten stünde damit ein sich selbst ergänzender Rat der Weisen gegenüber, der die Beschlüsse der parlamentarischen Interessenvertreter nach höheren Einsichten überprüfen könnte.

Hoyles und Hillers Vorschläge wären Mittel, den Abbau der Demokratie aufzuhalten, der auf der schrecklichen Umwandlung von politischer Ahnungslosigkeit in Autoritätsgläubigkeit beruht. So bizarr diese Forderungen — da ungewohnt — zunächst anmuten mögen, so sehr wäre wenigstens eine öffentliche Diskussion darüber geeignet, die Stagnation heutiger Gesellschaftsformen zu überwinden und die fortschrittliche Entwicklung in Fluß zu bringen.

Das Grundübel der Demokratie, der unpolitische Mensch, wäre damit jedoch nicht aus der Welt geschafft. Und da auch nicht einzusehen ist, wie das erreicht werden könnte, muß man anfangen, mit ihm zu rechnen.

Der tröstliche Bodensatz

Ich finde, der westlichen Demokratie bräche kein Stein aus der Krone, wenn sie die Jacke anzöge, die ihr vom Kommunismus immer hingehalten wird, wenn sie zugäbe, Herrschaft einer politisch aktiven Minderheit des Volkes zu sein. Der Unterschied zur Diktatur besteht ja gerade darin, daß es in freiheitlichen Systemen den „unpolitischen" Menschen gibt. Natürlich existiert er auch im totalitären Staat, nur tritt er dort nicht offen auf, da er gezwungen ist, ständig Interesse und Begeisterung zu heucheln.

Ein Ideal, eine Zierde des Gemeinwesens ist der unpolitische Mitbürger freilich nicht. Der demokratische Staat muß unablässig an der Bekehrung seiner passiven Mitglieder arbeiten. Aber es wäre ein Alarmzeichen, wenn die politische Indolenz plötzlich ausstürbe. Es wäre auch nichts gewonnen — jedenfalls nichts für die freiere Staatsform —, wenn der Schrebergärtner, statt bei dem Worte „Politik" abzuwinken, auswendig gelernte Phrasen lallte. Dann wäre wohl höchstwahrscheinlich ein Minister für Volksaufklärung und Propaganda am Werke.

Der Staat aber, der keinen Zwang anwendet, ist auf die innere Bereitschaft seiner Bürger zur politischen Mitarbeit angewiesen. Es ist nur natürlich, wenn viele Menschen — sagen wir ruhig: große Teile des Volkes — einen solchen freiwilligen Antrieb nicht haben. Diese Bevölkerungsschicht läßt sich durch stetige

Werbung und vernünftige Überzeugung gewiß mehr und mehr verringern. Ohne Gewalt wird sie aber nie ganz verschwinden; ein Bodensatz wird bleiben.

So ergibt sich schließlich die kuriose Folgerung: Solange es „unpolitischen" Menschen gestattet ist, sich zu ihrer eingebildeten Unabhängigkeit vom großen Haufen zu bekennen, solange ist das, was man in der westlichen Welt unter Demokratie versteht, noch kein Lügenmärchen.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Nach der Kuba-Krise

Es ist auch heute, Mitte November, noch zu früh, um die Motive dieser jüngsten Krise ganz zu durchschauen. Einiges steht immerhin fest. Unzweifelhaft liegt die Urschuld auf der amerikanischen Seite. Die amerikanische Regierung hat kein Hehl daraus gemacht und hat wiederholt verlauten lassen, daß es ihre Absicht ist, Castro zu stürzen (to bring him down) und ihm das Leben so schwer als möglich zu machen. Man hat 1961 mit Hilfe einer staatlichen Organisation, der Central Intelligence Agency, die verunglückte Expedition der kubanischen Emigranten veranstaltet und ausgerüstet. Man hat seither Beschießungen der kubanischen Küste durch Konterrevolutionäre, die ihre Basis in Florida haben, begünstigt oder mindestens freundlich gewähren lassen. Man hat kubanische Emigranten als geschlossene Einheiten in die amerikanische Armee eingereiht, was nur darauf deuten konnte, daß die Exilkubaner für eine neue Invasion trainiert werden sollen. Amerikanische Kriegsschiffe und Unterseeboote patroullierten dauernd in den kubanischen Gewässern, Militärflugzeuge überflogen das Land. Gleichzeitig wurden die alliierten und neutralen Mächte mit allen möglichen Pressionen oder Schikanen bearbeitet, um sie vom Handel mit Kuba und Zufuhrtransporten nach Kuba abzubringen und das Land auf solche Weise ökonomisch abzudrosseln. Was kann man mehr tun, um ein Volk zu beunruhigen und zu bedrohen. Die kubanische Regierung hatte allen Grund, wirksamen Schutz zu suchen, und wo hätte sie Waffen hernehmen sollen, wenn nicht aus Rußland.

Das mehrfach rechtsbrechende Vorgehen Kennedys gerade in diesem Zeitpunkt ist leicht zu erklären. Von vornherein war die Beseitigung Castros Kennedys ganz persönliches Anliegen, das er schon in seiner Antrittsrede angedeutet hat. Und nun stand er, knapp vor den Wahlen, unter dem wachsenden Druck der rechtsradikalen Invasionshetze. Durch die russischen Raketenanlagen war ihm die Gelegenheit geboten, mit einem Schlag das Fiasko der Emigrantenexpedition, das sein Prestige empfindlich verletzt hat, auszutilgen, seine Wahlgegner loszuwerden und sich dem Volk als Mann der Tat und Retter der Nation zu präsentieren. Dies hat sich inzwischen in den Wahlen den Erwartungen entsprechend ausgewirkt. Gleichzeitig war Kennedys Coup eine Antwort auf Chrustschows unbedachte Äußerung, die Amerikaner würden ja doch nicht kämpfen. Wenn man alle diese Vorteile zusammennimmt, so erscheint die limitierte Blockade und der Plan, nur die Basen zu zertrümmern, immerhin noch als ein letzter, schwacher Kompromiß mit der Vernunft. Er wäre trotzdem verhängnisvoll geworden, wenn nicht auf russischer Seite Vernunft und Versöhnlichkeit überwogen hätten. Chrustschow geht aus der Krise als der an Einsicht Überlegene hervor.

Undurchsichtig ist freilich bisher, was er im Sinn hatte, als er den kubanischen Hilferuf benutzte, um auf der Insel Raketengeschoßbasen errichten zu lassen, die einen nuklearen Aktionsradius bis Washington erlauben. Hat er eine russische Schwäche der Bewaffnung ausgleichen wollen? Hat er Amerika zeigen wollen, wie weh es tut, wenn man aus nächster Nähe bedroht ist, so wie

es Rußland seit Jahren durch die amerikanischen Basen in der Türkei und in Iran gewesen ist? Hat er die Vereinigten Staaten wieder einmal durch einen Schreckstoß aus ihrer Status-quo-Starre aufscheuchen wollen? Dies ist wohl das Wahrscheinlichste. Auf jeden Fall hat er oder hätte er wissen müssen, daß ein solcher Vorstoß bei der hysterischen Kommunistenangst der Amerikaner ein weltgefährliches Spiel war. (Die Unterscheidung zwischen Offensiv- und Defensivwaffen ist in der ganzen Angelegenheit sachlich belanglos. Diese Begriffe werden nach Belieben manipuliert. Die ganze ungeheure Rüstung Amerikas, einschließlich der Bereitschaft für einen „first strike", gilt als Defensive — das Kriegsministerium heißt Department of Defense.)

Was zurückbleibt, ist die große Gefahr, daß aus dem vorläufig günstigen Ausgang der Krise ein Sieg des Westens gemacht und eine falsche Konklusion gezogen wird. Die Scharfmacher und Starrköpfe in Amerika und in Deutschland werden sagen: Seht ihr, wir haben recht gehabt. So muß man die Russen behandeln, man muß nur bis zum Äußersten gehen, dann ziehen sie schon zurück. Statt ein Entgegenkommen mit einer Gegenkonzession zu beantworten und so die Verhandlungen in Fluß zu bringen, will man nur umso härter nachdrücken, um weitere Rückzüge zu erreichen. Und was soll man dazu sagen, daß unmittelbar nach dem rettenden Abkommen Staatssekretär Rusk und seine Sprecher verlauten ließen, man solle die amerikanische Verpflichtung, Kuba in Ruhe zu lassen, nicht allzu ernst nehmen; man dürfe nicht glauben, „daß das Abkommen mit der Sowjetunion zu einer friedlichen Koexistenz mit Castros Kuba führen werde"!

Diese Geistesverfassung führt unsere Generation nun schon Jahre lang an den Rand des Abgrunds und immer näher an den Abgrund hin. Es ist ein empörender, unerträglicher Zustand, daß die beiden Machtblöcke, besessen von ihrem Macht- und Prestigespiel, die gesamte Menschheit in dauernder Lebensgefahr und in fortgesetzten Ängsten halten, statt ihr zu einem besseren, menschenwürdigeren Leben zu verhelfen. Die Völker haben es satt, sogar die Völker dieser Mächte selbst: am 24. Oktober, am Tag der höchsten Kriegsgefahr, haben die New Yorker dem Leningrader Philharmonischen Orchester unerhörte, demonstrative Ovationen dargebracht.

Die Völker der Welt sollten endlich laut, immer lauter und mächtiger ihre Stimmen erheben. Aber wie können sie das? Außerhalb der politischen Organisationen verhallen die Stimmen von Tausenden ohne Gehör, und die Wählerstimmen werden allenthalben von den macht- und rüstungsloyalen Parteiorganen abgefangen.

Der Frieden hat nirgends eine Partei.

Prof. Dr. Erich Kahler, Princeton, N. J.

Bayerische Landtagswahlen — erlebt in Bayern

Ein strahlendes Lächeln erfüllte unsere Augen, als sie lasen, was vor und nach den bayerischen Landtagswahlen über diese Wahlen und anläßlich dieser Wahlen geschrieben wurde. Die „Bild"-Zeitung nimmt sogar „den Hut ab" vor der „Besonnenheit der Wähler". Durch „das Urteil von München" hätten jene, die „das böse Wort von der Staatskrise prägten", „eine Abfuhr" erlitten; das Urteil von München sei „eine Mahnung", bildet die „Bild"-Zeitung sich ein. Denn das Volk erkenne „die größeren Weltprobleme": „Das Volk sieht die Mauer und den Stacheldraht." Jessas na! So stur die bayerischen Bauern sein mögen, so stur sind sie nicht, daß sie sehen, was die „Bild"-Zeitung sieht. Mit einem einzigen Satz freilich traf die „Bild"-Zeitung fast ins Schwarze: „Jene, die mit einer Regierungskrise in Bonn Wahlgeschäfte in Bayern machen wollten, haben Schiffbruch erlitten." In der Tat! Und das war die CSU. Obwohl die weiß, daß sie in Bayern niemals Wahlgeschäfte machen kann und mit keinem je bessere als mit der Kirche. Natürlich hätte die „Bild"-Zeitung den Satz nur wenig verändern brauchen, um mitten ins Schwarze zu treffen: „Jene, die mit Wahlgeschäften in Bayern eine Regierungskrise in Bonn machen wollten ..." Und warum wollten sie die machen? Weil sie wußten, daß ihre kreuzbraven Bayernbauern nichts wußten von hanseatischer Spiegelaffäre, Staatskrise in Preußisch-Bonn, Erschütterung des Vertrauens in den bundesdeutschen Rechtsstaat, vom Fingerhakeln des Franz Josef Strauß um die Wahrung der außerbayerischen Macht. Nix wußten die, gar nix, natürlich nicht — ebenso wenig wie sie wußten, welche „Sensation" ihre Kreuzeln im fernen Bonn machen würden. Daß es von ihnen abhängen solle, welchen harten Strauß die in Bonn ausfechten müßten, um

den Strauß dort hinauszuprügeln? Daß der Franz Josef „mit ihrem Einverständnis" dann gar „das Gesetz des Handelns einwandfrei wiedererlangte und eindeutig ausübte"? Das hätten sie wissen sollen? Ja mei, woher denn sollten die's wissen?

Weil denen ihre Bonzen, Großkopfeten und gwappelten Wahlmänätscher droben in München listig ein Papplik Riläschen-Inserat in der gscherten „Süddeutschen" aufgaben, die die Bayernbäuerlein daheim gar niemals nicht lesen? Pfü'adigott! „Psüchtächnische Werbung", „Imasch" mit dem Duft der weiten Welt, „Sümbollfigur", „Feld aus Emozionen, Wünschen und Unterbewußtem": — dieser neuzeitliche Schmarrn!, — die bayerischen Kreuzlmacher wären auch ohne ihn kreuzbrave Kreuzlschreiber gewesen. Das Wahllokal des Dorfes liegt der Kirche und der Kanzel ja gegenüber. Der Zenzi und dem Loisel scheint's recht, daß sie ihre Kreuzel — allein Gott nur und keinem Franzel-Seppel oder Spiegel zu gefallen — hüben wie drüben machen.

Und die Erzg'scheiten, die sakrischen, die immer alles wissen, was keiner nicht wissen kann, diese Hallodris? Deren Unterbewußtes hätte man von der teuren Werbeindustrie schon gar nicht lassen bearbeiten müssen. Die hätten eh alle gesagt, die Lackln, was der eine sagte, der dem Dehler seinen Kollegen gesagt hat: „Natürli ist der Strauß a Bazi, aba zweng dem wählen wir ihn grad!" Die kennt man fei, die Brieder, die liberalischen, und kennt, was die sich wünschen. Die wünschen die Demokratie nicht so weit getrieben zu sehen, daß sie der „starken Hand" ermangeln müssen. Was die unter Rechtsstaat verstehen, den sie wahren müssen, ist grad nur so viel, daß der weit gnua rechts sein müsse, damit er denen ihre Rechtsgüter wahrt und die ihnen nicht womöglich doch eines Tages noch davonschwimmen. Zweng denen kalten Kriegern, wie gesagt, hätte den politisch Professchionellen, die da die Propaganda machen in München, auch nicht bange sein müssen. Zweng denen hätten sie sich nicht in Unkosten stürzen brauchen. Sie haben's aber sich selber wohl zum Trotz getan. Weil „Hände" sich nun einmal gar zu fein reimt auf „Mende", und weil ihnen zu dem sonst wohl schon rein gar nichts eingefallen wäre. „Chruschtschow, Ulbricht, Ollenhauer, Mende — reichen sich zum Bund die Hände", haben's dann geschrieben. Na ja! Und auch gedruckt. Ja, ja!

Schwamm drüber! Das wäre verhältnismäßig harmlos. Freude am freien Spiel der Propaganda muß ja sein. Wozu hätten wir sonst eine Demokratie? Die Hohlform der Demokratie wird auch anderswo mit machiavellistischem Zement ausgegossen. Und die ultramoderne christlich-soziale Wahlpropaganda, Gemisch aus Sand, Splitt, Bims unter Wasserzusatz, sollte ja wohl nur die Theorie erhärten, daß auch die bayerische Demokratie auf festem Grund (Preßbeton mit Druckluft flüssig in Spalten und Hohlräume gepreßt) errichtet sei. Deshalb kochte man außer den windelweichen Verslein jenes ganzseitige Zeitungsinserat gar, das inzwischen berüchtigt und leider gar nicht so windelweich ist. Welche Spalten und Hohlräume in der demokratischen Gesinnung Bayerns man aber mit diesem propagandistischen Preßmörtel ausbetonieren wollte, das weiß nur der Himmel und seine CSU, die doch wissen mußten, daß die bäurische Mehrheitsbevölkerung Bayerns auch ohne Freundschaft und trotz Verschwörung des Auslands als geschlossene Mauer für Gott und die CSU steht. Vielleicht die Spalten und Hohlräume, die die an Zahl belanglose Intelligenz im Mauerwerk bildet? Die hätte auch trotz dieses Inserats nicht die CSU gewählt, sofern sie ihren Namen verdient. Diese Minorität konnte es also auch nicht sein, der man eine solche Art von Wahlpropaganda hätte anbieten wollen. Nein, wenn es überhaupt einen Grund gab, der diese Propaganda rechtfertigte, dann wohl nur den, daß die CSU sich mit der Mehrheit nachdrücklich identifizieren wollte. Ihr Ansehen verlangte es, daß sie sich so dumm wie die Mehrheit stellt, damit die Mehrheit glaubt, sie sei so gescheit wie sie. Die gesellschaftlichen Brutalitäten und die Brutalitäten der Propagandamethoden sind seit den Nationalsozialisten auf eine Weise verfeinert worden, daß die Demokratie zugrunde gehen müßte, wollten wir, weil da ein bißchen „Sprachregelung" versucht wird, gleich von nazistischen Methoden sprechen. Zitate aus dem Inserat, die es verdienen, zitiert zu werden, belegen das. Kommentare erübrigen sich größtenteils und wären Eulen, nach Athen getragen:

Zur „Spiegel-Affäre":
für jeden,
der es ganz genau
wissen will!

„Beunruhigt blickt das Ausland auf das große Durcheinander, das *parteiischer Übermut und dunkle persönliche Interessen in Deutschland* ausgelöst haben. ... Bebend vor Erwartung (sind) *die alten Gegner und Feinde Deutschlands.* ... Diese *sachliche Analyse* über die *wirkliche Stimmung im Ausland* ist nur für den erstellt worden, der sich wirklich Mühe geben will, die Lage zu verstehen. ... *Der Deutsche,* der mehr wissen will, *muß nachdenken.* ... Jetzt wird *wieder* bedenkenlos *Attacke geritten gegen die positivsten Aufbauleistungen im neuen deutschen Staat,* gegen Personen, die sich darum die größten Verdienste erworben haben, die *diese Leistungen garantieren:* Der Kanzler etwa oder *der Verteidigungsminister.* Sie sind dem rücksichtslosen Vernichtungswillen der Gegner ausgesetzt. Ob dagegen Verschwörung, Verrat und Verantwortungslosigkeit die *ohnedies stets bedrohte innere und äußere Sicherheit der Deutschen* in Frage stellen, scheint Politikern und Publizisten der alten Weimarer Schule gleichgültig zu sein. ... Die *zersetzende* Kritik in der deutschen Presse und im Bundestag hat es jetzt *der alten Verschwörung gegen Deutschland* wieder ermöglicht, einen Verleumdungsfeldzug gegen die Bundesrepublik, gegen die Deutschen, zu entfachen. ... Den ausländischen Kritikern der Bundesrepublik geht es ebenso wenig um die Sache — Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit — wie den inneren Gegnern auch. ... Nach der Kuba-Spannung steuert Moskau *eine Entspannungswelle, die durchaus geeignet wäre, die Dämme der deutschen Sicherheit zu beschädigen.* Im Westen ist *die Versuchung* wieder im Wachsen, den Sowjets *die Entspannung* durch einen Preis zu honorieren, den Deutschland *auf Kosten seiner nationalen Zukunft,* der Berliner Freiheit und der eigenen Sicherheit zu leisten hätte. In den USA versuchen die alten Koexistenz-Idealisten und -Fanatiker, die Regierung *unter Druck zu setzen,* von ihr zu erreichen, daß sie die Interessen des „ewigen deutschen Störenfrieds" über Bord wirft, *um einen Ausgleich mit Moskau zu finden.* ... Daß uns der überwiegende Teil der englischen Öffentlichkeit aus Ressentiment, *verletzter nationaler Eitelkeit und Konkurrenzneid* nie wohl gesonnen war, *ist für Fachleute* eine feststehende Tatsache. Deshalb ist es ein Skandal, daß sich die deutsche Opposition auf solche britische Kritiker beruft, denen sie neue Munition für alte Ausbrüche der Mißgunst geliefert hat. ... Auch in Frankreich stehen alle Parteien und fast die ganze Presse im Angriff gegen die eine Regierungspartei und gegen de Gaulle. Sie können der Versuchung nicht widerstehen, den Staats-Chef ohne Rücksicht auf höhere Interessen des Staates und Europas gerade in seiner Deutschland-Politik zu treffen und damit seine und Adenauers größte und kühnste Initiative abzuwerten. ... Genauso wie die deutsche Opposition, genauso bedenkenlos, *aus Partei-Egoismus.* ... *Der linke Flügel* der Regierungskoalition (in Italien) betreibt die *„Öffnung nach links"*, sucht das Bündnis mit Linkssozialisten. Diese fordern dafür einen außenpolitischen Preis: Roms Eintreten für westliche Konzessionen in Berlin, für Abstriche von der militärischen Sicherheit der Bundesrepublik. Bisher hat sich die Regierung Fanfani widersetzt. Die Linkspresse nützt nun die Attacken und die Kritik der deutschen Opposition am Kanzler und an Strauß, um das Prestige Deutschlands in Italien abzuwerten, um die Regierung auf den Kurs gegen die Bundesrepublik hinüberzuziehen. Argumente werden aus Deutschland geliefert. *Ihre deutschen Urheber* berufen sich aber dann ihrerseits auf „italienische Stimmen". So ist es überall in der Welt, denn überall gibt es Kräfte, die Deutschland nicht wohlgesinnt sind, deren Spiel *von Deutschland gestört wird.* Das Einschreiten der deutschen Justiz und *die unvermeidliche Amtshilfe der deutschen* Regierung haben der Bundesrepublik *keinen einzigen neuen Gegner im Ausland* geschaffen. ... Für die meisten ausländischen Freunde der jetzt entfesselten deutschen Opposition gibt es in ihren Plänen keinen Platz für die Politik dieses Mannes (des Verteidigungsministers): *Politik der Sicherheit, der Gleichberechtigung* der Deutschen im Bündnis, *der Abschreckung des Krieges* durch die *einzig geeigneten Waffen* und durch die *innere Stärke des Staates.* ... *Die spontane Verschwörung zwischen den inneren Gegnern und ausländischen Widersachern.* ... *Verschwörung des Schweigens* im Großteil der deutschen Presse, des Funks und Fernsehens soll den Bundesbürger daran hindern, diesen *Tatbestand* zu erfahren. Er darf nicht wissen, daß die größten und angesehensten liberalen Zeitungen Europas nicht die deutsche Regierung, sondern die Opposition wegen ihres Verhaltens in der „Spiegel"-Affäre verdammen."

Es folgen Zitate aus der Auslandspresse, einige aus den vereinsamt dastehenden,

aber ideologisch eindeutigen Blättern: „Neue Zürcher Zeitung", „Time" etc.; einige perfide exzerpiert oder dummdreist wider den vernünftigen Aussagesinn interpretiert ("Corriere della Sera"!):

„Das größte Nachrichtenmagazin der Welt, die „Time", hat mit größter Autorität und klassischer Treffsicherheit charakterisiert: *‚In seiner redaktionellen Richtung stand er (der „Spiegel") gegen nahezu alles auf und für nahezu nichts ein, mit Ausnahme vielleicht der Anerkennung Ostdeutschlands, für die er oft eintrat . . .'.*"

(Dagegen ein *von uns* exzerpiertes Zitat aus *demselben* Artikel der „Time": *„Es hätte sich so auch im Hitler-Deutschland abspielen können. Gewappnet mit Arroganz, Pistolen und Haftbefehlen drang die Bundeskriminalpolizei nachts in das Bonner Büro des „Spiegel" ein, . . . und führte die leitenden Redakteure ins Gefängnis ab. . . . In der letzten Woche hat diese Serie von Polizeistaat-Aktionen die westdeutsche Republik bis ins Mark erschüttert. Von Karlsruhe bis Westberlin hörte man wieder das schreckliche Wort „Gestapo" auf den Straßen. . . . Die Reaktion in Deutschland war, in einem gewissen Sinne, ein beruhigendes Zeugnis dafür, daß die Deutschen heute in einem Rechtsstaat leben wollen.")*

„Italiens führendes Meinungsorgan „Correre della Sera" hatte den Kern der Dinge in der „Spiegel"-Angelegenheit erfaßt: *‚Was hier in Wirklichkeit auf dem Spiel steht, ist einerseits die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Politik der deutschen Bundesregierung und auf der anderen Seite der Kampf verschiedener Menschen und Organisationen um ein Stück Macht mehr.'*"

(Ein *von uns* exzerpiertes Zitat aus „Corriere della Sera": *„Der ‚Spiegel' ist ein Stück Deutschland, das auch künftig respektiert werden wird.")*

„Hier die Kernsätze aus der Wiener ‚Presse': *‚Armes Deutschland, dem es so schwerfällt, Maß in der Demokratie zu finden. . . . Ein Land, dessen einfache Bürger bessere Wortführer verdienten, schon weil ihnen der gesunde Hausverstand noch nicht abhanden gekommen ist'.*"

(Derselbe Artikel fährt aber fort: *„‚Das Land der Dichter und Denker' ist eher dabei, ein Narrenhaus zu werden, einfach weil die moralische Gesundung mit dem materiellen Wiederaufbau nicht Schritt gehalten hat, weil man den Schuldkomplex durch einen Vaterkomplex ersetzte. So groß die Leistungen Adenauers für die Bundesrepublik sind, am Fall des „Spiegel" wird sichtbar, was fehlt.")*

„Dem gesunden Hausverstand des deutschen Bürgers, der Unterstützung durch die Mehrheit der Wähler haben es Adenauer, Erhard, Strauß und andere zu verdanken, daß sie den deutschen Staat, die Wirtschaft und die Verteidigung wieder aufbauen konnten. Die Oppositionskräfte haben jetzt eine legitime Aktion der Justiz zum Vorwand genommen, eine neue Attacke ohne Rücksicht auf deutsche Verluste zu entfesseln. . . . Vielleicht gerade jetzt, weil das Datum der bayerischen Landtagswahlen bevorstand, weil sie hofften, die *deutschen Bundesbürger Bayerns zu überrumpeln,* ihnen keine Zeit mehr zu lassen, den gesunden Hausverstand und *ihre politische Bildung* zu gebrauchen. *Es verhält sich alles so, als ob der Wähler seiner bisherigen Denkfähigkeit beraubt werden soll.* Unsere Analyse soll ihm aber die sachliche Überlegung erleichtern *(wenn es überhaupt nötig gewesen sein sollte). Denn in der Ruhe, Abgeschiedenheit und dem Ernst der Wahlzelle verhallt das Marktgeschrei der Demagogen, sprechen nur noch die Intelligenz und der gesunde Hausverstand."*

Gewiß, es wäre nicht nötig gewesen! Denn in der Ruhe, Abgeschiedenheit und dem Ernst der Wahlzelle verhallt das Marktgeschrei der Demagogen.

Aber sofern — nur noch — die Intelligenz und der gesunde Hausverstand zu sprechen hätten, so bliebe es der also apostrophierten Intelligenz dessen, der dieses Pamphlet las, wohl kaum erspart, noch dieses hinzuzusetzen:

Wegen der irrationalen Ausbrüche, die hier zum Rasen kamen, brauchte man sich wenig Sorge zu machen, wäre die Irrationalität — in Bayern sowohl wie im übrigen Lande — nicht die deutsche Realität. Realität, die wir realer wohl kaum erleben konnten, als wir bei Gott in realitate sie erleben mußten: Anno 1914 bis 1918, 1933 bis 1945. Man brauchte sich ums Heute auch keine Sorge zu machen, träte die Realität heute nur in der irrationalen Verpuppung, in Rede und Schreibe wie hier, in Erscheinung. Man könnte sie dann als Beitrag zur deutschen Sozialpathologie wohl abtun. Aber gerade das kann man nicht. Denn die Deutsch-Irrationalen sind eigensinnig. Sie wollen partout ernstgenommen werden. Eben: doch wieder als Realität! In Bayern zumindest. Die Dienststrafkammer in Würzburg entblödete sich da nicht, es als „einen

Verstoß gegen die Treuepflicht eines bayerischen Beamten" anzusehen, daß dieser „einen dominierenden Einfluß" auf die Herausgabe von Publikationen ausgeübt habe, in denen die Koexistenz bejaht und die Forderung ausgesprochen worden sei, die Bundesrepublik solle in ihrer Außenpolitik *den Kommunismus als Realität* anerkennen. Parbleu, gegen welchen irrationalen Gegner hatten die Millionen dann eigentlich gekämpft, die ihr Leben bei Stalingrad, Smolensk, Breslau und Berlin eingebüßt haben? Und gegen wen möchte die Dienststrafkammer, daß wir morgen wieder kämpfen sollen? Das könnte ihr so passen, daß sie uns weismacht, der Kommunismus sei keine Realität. Das wäre ein frisch-fröhlicher Krieg. Um den brauchten wir uns allerdings keine Sorge zu machen! Erinnerten wir uns nur der deutschen Metamorphosen nicht allzu genau: 1913/14 ... 1932/33 ... 1939/40 bis 1945! 1962 ...? Würde die deutsche Irrealität nur nicht immer und imtät! Erinnern wir uns ... !

Hans v. Uslar

Buchbesprechungen

Neuerscheinungen historisch-politischer Literatur (III)

Soziologie und Geschichte

Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Reihe Politica im Hermann Luchterhand Verlag, Berlin-Neuwied, 292 S., brosch. 18,— DM, Ln. 28,— DM.

Joan Robinson, Uber Keynes hinaus. Ausgewählte ökonomische Essays. Europa Verlag, Zürich-Stuttgart-Wien, 144 S., Paperback 8,— DM.

Karl Marx, Neue Studienausgabe in acht Bänden. Werke, Schriften, Briefe. Herausgegeben von H. J. Lieber u. a., Cotta Verlag, Stuttgart. Band I: Frühe Schriften, XXXIII u. 957 S., Ln. 50,— DM; Band IV: Das Kapital I, X u. 998 S., Ln. 42,— DM; Band V: Das Kapital II, ca. 975 S., Ln. ca. 42,— DM. (Bei Abnahme des Gesamtwerkes gilt ein Subskriptionspreis.) — Eine Auswahl der Marx'schen Frühschriften liegt als Kröner Taschenausgabe Bd. 209 vor. Die bisher vollständigste Werkausgabe von Marx und Engels bringt der Dietz-Verlag, Berlin (Ost), heraus. Bisher erschienen 16 Bände.

Werner Blumenberg, Karl Marx in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Rowohlts Monographien Bd. 76, Reinbek, 176 S. und 70 Abb., 2,80 DM.

Karl A. Wittfogel, Die Orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Aus dem Amerikanischen von Frits Kool. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, ca. 592 S., Ln. ca. 56,— DM.

Alexander Mitscherlich, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie. Piper Verlag, München, ca. 320 S., kart., ca. 8,80 DM, Ln. ca. 11,80 DM.

Vance Packard, Die geheimen Verführer, Ullstein Taschenbücher Bd. 402, Darmstadt, 2,20 DM.

Johann Gottfried Herder, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit (Vollständige Ausgabe). Eingeleitet von Achim v. Borries. Joseph Melzer Verlag, Köln, ca. 580 S., Ln. ca. 45,— DM.

Kurt Blumenfeld, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus. Herausgegeben und eingegeleitet von Hans Tramer. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, ca. 230 S., Ln. 16,80 DM.

Michael Seidlmayer, Geschichte Italiens. Mit einem Beitrag „Italien vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg" von Th. Schieder. Kröners Taschenausgabe Bd. 341, Stuttgart, 589 S. mit 3 Karten, Ln. 17,50 DM.

Martin Broszat, 200 Jahre deutscher Polenpolitik. Ehrenwirth-Verlag, München, ca. 230 S., Paperback ca. 7,80 DM. — Vom gleichen Autor erschien früher: Nationalsozialistische Polenpolitik. Stuttgart 1961 (Vergl.

tet: Wenn man an einer Bestandsaufnahme arbeitet, kann die Kenntnis von Fakten zumindest nicht schaden.) Das eigentliche Problem wird so unter den Tisch gebracht, das Problem nämlich, warum die Widerstandsbereitschaft und der Widerstand einer nicht geringen Zahl von Arbeitern gegen den Nationalsozialismus von der Führung der damaligen Arbeiterbewegung nicht besser eingesetzt wurde, und warum nach 1945 viele Willensäußerungen der Gewerkschaftsbewegung — nicht nur in der Sache der NS-Richter — nicht eigentlich zur Wirkung kamen ...

Die SPIEGEL-Affäre hat gezeigt, daß Unbehagen, wenn es nur breit und laut genug sich äußert, heilsame Anstöße geben kann. Mehr freilich nicht. Der Mann, dessen Blatt den Stein ins Rollen brachte, Rudolf Augstein, hat in einem in der Haft geschriebenen, von der bisherigen Tonart des SPIEGEL durchaus angenehm abstechenden Artikel zur „Gründung einer rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie" aufgefordert. Augstein meint, bei künftigen gemeinsamen Bemühungen darum könne „auch ein neuer SPIEGEL mit abfallen". Darin steckt hintergründig, überdenkt man dieses Wort, tatsächlich ein gutes Stück Bestandsaufnahme bisheriger Opposition, nicht nur des SPIEGEL. Bestandsaufnahme, die auf ein Konzept hindeutet. Schön wäre es, wenn es so käme. Und wiederum nicht nur beim SPIEGEL.

Peter Söhren

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zur politischen Strafjustiz in der Bundesrepublik

Der erweiterte Initiativ-Ausschuß der Verteidiger in politischen Strafsachen und für die Amnestie

Im November 1962

Sonderrundbrief

Die nun schon zum Begriff gewordene „Spiegel-Affäre", ihre Begleitumstände, die Folgen und Konsequenzen daraus berechtigen und ermutigen uns Strafverteidiger in politischen Strafsachen, die wir von Anfang an und laufend verstärkt vor dieser Entwicklung in der Bundesrepublik unsere mahnende und warnende Stimme erhoben haben, auch unsere Meinung dazu in der Öffentlichkeit zu sagen.

Schon in der (1.) Denkschrift über „Probleme der Justiz in politischen Strafsachen" [1]) wurden, damals im Zusammenhang mit der sog. Vulkan-Affäre, „Bedenken und neue Besorgnisse" zu der Behandlung der Tatbestände des Landesverrats erhoben.

In der 2. Denkschrift sprachen wir anhand der bekanntgewordenen Strafverfahren aus dem Jahre 1956 (!) von der „Befürchtung", daß die Tatbestände der §§ 99 ff. StGB, „immer extensiver interpretiert werden", und wandten uns entschieden gegen die Auslegungsmöglichkeiten des Merkmals: „in einer das Wohl der Bundesrepublik . . . gefährdenden Weise".

Auf unserer 4. Arbeitstagung und Gesamtaussprache wurde dann ein mit vielen Beispielen belegtes Hauptreferat über die Rechtsprechung zu landesverräterischen Vorschriften, vor allem zu den §§ 100 d ff. StGB [2]) mit anschließender Diskussion gehalten, als dessen Inhalt und Fazit die Problematik der Bestimmungen und ihre Nichtzugehörigkeit zu dem Gebiete des Landesverrats bezeichnet werden mußte.

Auch auf den weiteren Arbeitstagungen kamen diese Gefahren immer wieder zur Sprache; am 27 .Mai d. J. wurde zu den vorgesehenen Vorschriften des Landesverrats im

[1]) Herausgegeben von RAe. Dr. Ammann und Dr. Posser.

[2]) Auszug der Referate und Diskussionsbeiträge der 4. Arbeitstagung vom 17. 1. 1959, S. 19 ff.

Entwurf eines Strafgesetzbuchs 1960 und zu den verschiedenen Änderungen darin in einem grundsätzlichen Vortrag Kritik geübt[3]).

Wir fanden mit unseren Bemühungen und Hinweisen zunächst in Presse und Rundfunk nur relativ wenig Gehör. Man hielt uns oft entgegen, daß wir mit unseren Tatsachen- und Erfahrungsberichten aus der Praxis der politischen Strafjustiz übertrieben oder daß es sich nur um Verfahren und Maßnahmen gegen Kommunisten bzw. frühere Mitglieder der KPD, später dann gegen mit ihnen sympathisierende Personen oder gegen solche Sozialisten, Christen, Pazifisten und Bürgerliche handele, die mit ihnen in Organisationen zusammenarbeiteten; und schließlich, als der Kreis der Verurteilten immer größer wurde, gegen Persönlichkeiten, die mindestens für Koexistenz oder Anerkennung der DDR eingetreten seien. Alles in allem also um Bürger der Bundesrepublik, die irgendwie diesen „Feinden der Bundesregierung" nahestanden.

Noch auf unserer 8. Arbeitstagung in Frankfurt beispielsweise stellte der Vertreter des „Spiegel" etwa sinngemäß die Frage, ob nicht nur diejenigen Oppositionellen in der Bundesrepublik zu leiden hätten, welche in dem Verdacht stünden, der Sache des Kommunismus zu dienen oder ihm irgendwie zu nützen, oder irgendwelche Kontakte pflegten. Redaktion und Verlag dieser Wochenzeitschrift mußte sich nur bald eines anderen belehren lassen!

Nur langsam griff man in der Bundesrepublik unsere Aufrufe, Argumente und bekanntgegebenen Verfahren auf. Eine breite öffentliche Erörterung über die Tatbestände und ihre Auslegung insbesondere durch den dafür allein und ausschließlich zuständigen 3. Strafsenat des BGH setzte ein, man erkannte mehr und mehr die Gefahren, insbesondere für die Grundrechte und die darin enthaltenen Freiheiten[4]). Es war nach unserer Auffassung reichlich spät, wenn es auch niemals zu spät ist, daß die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen auf eine Entwicklungstendenz aufmerksam wurde und die Leser oder Hörer darauf aufmerksam machte. Dem ist es unseres Erachtens auch zu verdanken, daß nunmehr, als jetzt ein handgreiflicher Anschauungsunterricht über Demokratie und Legalität gegeben wurde, so viele Bürger, Vereinigungen, Parteien, Institutionen sowie Publikationsorgane und vor allem die akademische Jugend das richtige Gefühl für Recht und Unrecht besaßen und entsprechend reagierten.

Rückblickend sind es nämlich zwei große Ansatzpunkte und Linien, welche der Regierung über die politische Justiz im Laufe der Zeit die Möglichkeit gaben, mißliebige Oppositionelle einfach als „Landesverräter" zu brandmarken, sie hinter Gefängnismauern zu werfen oder zumindest ihren Ruf oder ihre Existenz zu vernichten. Beiden Tendenzen gemeinsam ist der diffamierende Charakter des Vorwurfs, da große Teile der Öffentlichkeit und die aufgeschreckten Bürger in Anlehnung an den früheren, klassischen „militärischen" oder „diplomatischen Landesverrat" oder unter Spionage im Dienst und Sold eines fremden Nachrichtendienstes ein besonders verwerfliches Tun verstehen; das kriminierende Unwerturteil somit nicht nur auf Verständnis bei der Bevölkerung stößt, sondern deren atavistische Instinkte auch noch aufpeitscht!

Die eine, zeitlich gesehen spätere, Grundlage ist der im Jahre 1951 neu eingefügte § 100 d Abs. 2 StGB, gegen den wir Verteidiger in den letzten Jahren auf fast allen Tagungen und in vielen Veröffentlichungen geradezu Sturm gelaufen sind. Hiernach kann bekanntlich wegen „landesverräterischen Beziehungen" u. a. jeder verstoßen, der, um bestimmte Verfassungsgrundsätze zu untergraben, „zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder Einrichtung außerhalb" der Bundesrepublik „oder zu einer Person, die für eine solche Regierung" etc. „tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält!", mit anderen Worten, aus politischen Gründen irgendwelche Ostkontakte herstellt. Und so wurden in den vergangenen Jahren viele Hunderte von Bürgern der Bundesrepublik, die beispielsweise zu Veranstaltungen des FDGB oder anderer Organisationen, zu Ausstellungen, Messen oder Betriebsbesichtigungen, ja selbst zum Besuch des KZs Sachsenhausen oder mit Austauschdelegationen nach drüben fuhren, als „Landesverräter" nach dieser Vorschrift mit Gefängnis bestraft, ohne daß sich die öffentliche Meinung energisch dagegen gewehrt hätte. Nach diesem § 100 d Abs. 2 StGB ist damals auch

[3]) Referate und Entschließung der 8. Arbeitstagung und Gesamtaussprache vom 26./27. 5. 1962, S. 4.

[4]) Vergl. für viele: die Auseinandersetzung OLG-Präsident Schmid / Senatspräsident Jagusch / Bundestagsabgeordneter Güde in „Die Zeit" Ende 1961, „Spiegel" Nr. 28 vom 5. 7. 1961 usw.

Viktor Agartz inhaftiert und angeklagt gewesen, anhand dieser Vorschrift sitzen neuerdings nun schon seit 22. bzw. 24. Juni der kaufmännische Angestellte Egert und der Buchhalter Möllinger von der „Deutschen Woche" in Untersuchungshaft, wobei erst jetzt[5]) die gerichtliche Voruntersuchung angeordnet wurde.

Es ist gegen diese Bestimmung und gegen die ausdehnende Auslegung dieser Vorschrift durch die Rechtsprechung und gegen ihren weiteren Verbleib im Landesverratskomplex schon so viel von uns Verteidigern geschrieben worden, daß ich hier darauf verweisen darf. Der Entwurf eines StGB 1960 sieht unter dem Druck dieser Argumentationen wenigstens vor, daß § 100 d Abs. 2 StGB in Zukunft aus den Vorschriften des Landesverrats herausgenommen und zu den reinen Staatsgefährdungsvorschriften gerechnet werden soll[6]). Zur Zeit aber laufen alle diese Verfahren noch unter „landesverräterischen Beziehungen"!

Der zweite Ansatzpunkt sind die Eingangsvorschriften §§ 99 und 100 StGB, die, wenn auch nicht in wörtlich gleicher Formulierung, so doch nach Wesen und Inhalt übereinstimmend, bereits im Jahre 1934 (!) eingeführt und 1951 wieder übernommen wurden, und die Umschreibung des „Geheimnisbegriffes" selbst. Diese Entwicklung reicht, wie bereits Generalstaatsanwalt Dr. Bauer im „Spiegel"[7]) anhand von Beispielen ausführte, bis in die Zeit der Weimarer Republik zurück, wo man pazifistische „Literaten" wie z. B. Fechenbach, Wandt und den Friedens-Nobel-Preisträger von Ossietzky als „Landesverräter" unschädlich machte.

Hiernach sind Staatsgeheimnisse im Sinne dieses Landesverratsabschnitts (§ 99 StGB)

> „Tatsachen, Gegenstände und Erkenntnisse . . . deren Geheimhaltung vor einer fremden Regierung für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland . . . erforderlich ist."

Und Verrat begeht,

> „Wer vorsätzlich ein Staatsgeheimnis . . . öffentlich bekannt macht und dadurch das Wohl der Bundesrepublik . . . gefährdet."

Wenn man weiß, daß darunter nach Rechtsprechung und Rechtslehre nicht nur wirkliche Gegebenheiten und Zustände in Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch Ansichten, Absichten, Vorhaben oder eine fest umrissene Haltung zu einer bestimmten Frage, aber auch Naturschöpfungen, wissenschaftliche Abhandlungen und Artikel (= „Schriften") fallen, ahnt man die ganze Fülle von denkbaren Möglichkeiten. Wenn man weiter als Jurist weiß, daß das Merkmal des Geheimnisses einmal ein relativer und zum anderen ein materieller Begriff mit vagen Konturen ist, welcher gegebenenfalls erst umständlich durch einen oder mehrere Gutachter ermittelt werden muß, dann wundert man sich nicht, daß beispielsweise der maßgebliche Kommentar zum Strafgesetzbuch, bearbeitet von dem Präsidenten des 3. (politischen) Strafsenats in den Anmerkungen zu § 99 StGB schreiben kann:

> „Ob ein Staatsgeheimnis vorliegt, richtet sich nicht nach der Bezeichnung als geheim (formelle Sekretur) oder nach deren Fehlen, sondern nach dem sachlichen Inhalt gemäß gerichtlicher Beurteilung, es ist Tatfrage[8])."

und

> „Die Geheimeigenschaft läßt sich demnach nur negativ bestimmen. Hiernach ist alles geheim, was nicht allgemein bekannt oder jedem in seinem Zusammenhange ohne weiteres mühelos zugänglich ist[9])."

Wenn man schließlich die nur selten und oft erst spät veröffentlichten Urteile des BGH über die meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit ziemlich unbemerkt abgewickelten Landesverratsverfahren durchsieht, so laufen deren Ergebnisse in gleicher Richtung:

So hatte der damalige 6. (politische) Senat des BGH in seinem Urteil vom 27. 1. 1955 (!), Az: StE 22/54, anläßlich der Frage, ob — entgegen der Auffassung der Verteidigung —

---

[5]) Am 15. 11. 1962, Az: 1 BJs 23/62.
[6]) Amtliche Begründung S. 509; siehe auch Referate der 8. Arbeitstagung, S. 43.
[7]) „Der Spiegel" vom 7. 11. 1962 Nr. 45 S. 93 ff.
[8]) Leipziger Kommentar zum StGB, 8. Aufl., Anm. 2 f. zu § 99 StGB mit Reichsgerichtsnachweisen.
[9]) Anm. 2 e a.a.O. zu § 99 StGB.

Einzelheiten eines größeren Straßenabschnitts als Staatsgeheimnis gelten, schon festgestellt,

> „daß eine Sache von einer dem öffentlichen Verkehr freigegebenen Stelle aus sichtbar ist, schließt ihre Eigenschaft als Geheimnis nicht schlechthin und ohne weiteres aus. Es kommt darauf an, ob die Sache auch in ihrer Bedeutung dem gewöhnlichen Beschauer erkennbar ist oder ob zur Erkundung dieser Bedeutung eine besonders genaue, sorgfältige und über das gewöhnliche Maß hinausgehende Beobachtung gehört [10]).

Die Frage wird unbedenklich im Urteil bejaht, da die Zusammenstellung sowohl eine tagelange Arbeit voraussetze als auch eine Beobachtungsgabe und den Blick fürs Wesentliche. Daß diese Entscheidung über den vorliegenden „Straßenfall" hinaus grundsätzliche Bedeutung besitzt, zeigt die Besprechung des Urteils durch Senatspräsident Dr. Jagusch in Lindemaier-Möhring Nr. 4 zu § 99 StGB, der die Entscheidung als ein aufschlußreiches Beispiel dafür bezeichnet, daß erst „die sachgemäße Beobachtung und Beschreibung an sich allgemein zugänglicher umfassender Objekte das zu verratende Staatsgeheimnis gleichsam selbst schafft".

Noch weiter ging der 3. Strafsenat des BGH in seiner Entscheidung vom 22. 7. 1960, Az: 1 StE 3/60, dessen veröffentlichter Leitsatz zu § 99 wie folgt lautet (und für sich selbst spricht):

> „Erarbeitet der Täter durch systematische Erfassung und zuverlässige Zusammenstellung von an sich offenen Tatsachen ein genaues Bild des Rüstungspotentials der Bundesrepublik auf einem wesentlichen Gebiet, so stellt er damit eine ‚Erkenntnis' her, deren Geheimhaltung vor einer fremden Regierung für das Wohl der Bundesrepublik erforderlich ist, also ein Staatsgeheimnis." [11]).

Daß diese Entscheidung ebenfalls über den Einzelfall hinaus von prinzipieller Bedeutung ist, zeigt auch hier die Besprechung von Senatspräsident Dr. Jagusch in Lindemaier-Möhring Nr. 7 zu § 99 StGB, wenn er dort davon ausgeht, daß der Angeklagte „ein wissenschaftlich umfassend gebildeter, als ‚Dokumentar' arbeitender Techniker" ist, der seine Einzelheiten „etwa 200 ausländischen und 100 inländischen Fachblättern" entnahm und wissenschaftliche Tagungen und Institute besuchte sowie Fachgespräche führte. (Man meint geradezu, die Tätigkeit eines Spiegel-Redakteurs sei somit vorweggenommen!)

Wenn man schließlich noch die Aufstellung von Bundesanwalt Dr. Wagner: „Aus der Rechtsprechung in Staatsschutzverfahren — Landesverrat —" in Goltdammer Archiv für Strafrecht Jahrgang 1961 Heft 5 S. 129 ff. durchblättert und darin 70 Urteile des BGH, des Kammergerichts (West) und einzelner Oberlandesgerichte durcharbeitet, kann einem angst und bange werden, was alles schon in den letzten Jahren als Staatsgeheimnis bezeichnet wurde: So z. B. das Fernsprechverzeichnis einer Dienststelle, die Anlage „toter Briefkästen" bis zu Dienstvorschriften und den Entwürfen von Wehrgesetzen und der Wehrdisziplinarordnung (!). Als Nr. 27 ist darin ein Urteil des OLG Karlsruhe vom 5. 2. 1957 abgedruckt, wonach selbst die „Absichten einer politischen Partei der Bundesrepublik, ihre Einstellung zu außenpolitischen Fragen und die allgemeine Stimmung in einer Partei" „unter Berücksichtigung der politischen Lage geheimhaltungsbedürftig" sind.

Kann man so überhaupt noch von einer Abgrenzung oder Definition dieser uferlosen Generalklausel des „Wohls der Bundesrepublik" sprechen, und was kann hiernach nicht alles tatbestandsmäßig erfaßt werden, selbst wenn es sich, u. E. entgegen dem Wortlaut der Vorschrift, nur um die Interessen einer Regierung oder der Politik einer Regierungspartei handelt?!

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt hat als erster gegen das unhaltbare Urteil des BGH vom 22. 7. 1960 kritisch Stellung genommen [12]) und nachgewiesen, daß die geistige Verarbeitung von „Zugänglichkeiten" durch eigene Urteilskraft zwar etwas Neues, aber doch nie etwas Unbekanntes schaffen kann. Damit sei eine unabsehbare Gefahr für die Presse heraufbeschworen worden; denn Veröffentlichungen, selbst bei kleineren Auflagen der Zeitung oder Zeitschrift, können jeder fremden Regierung „vor die Augen kommen".

Das ist in der Tat die unerträgliche Ungewißheit und das nichtein-

[10]) Vgl. BGHStr. Bd. 7 S. 235.
[11]) BGHStr. Bd 15 S. 17 ff.
[12]) NJW 1960 S. 2040 ff.

kalkulierbare Risiko jedes Publizisten, denen er sich durch die Rechtsprechung zu den Landesverratsvorschriften nunmehr gegenübergestellt sieht. Zwar heißt es allgemein, „wo kein Kläger, da kein Richter", man müßte aber im Verhältnis zur „Spiegel"-Affäre und beim sog. literarischen Landesverrat leider umgekehrt sagen: „Wo ein Kläger, da auch ein Richter" (und was für ein Richter überdies!):

Denn, auch insoweit blieben unsere Erklärungen[13]) meist ungehört, über Landesverrat entscheidet nach den neueren Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes[14]) einzig und allein, erst- und letztinstanzlich der 3., sog. politische Strafsenat des BGH, dessen jetziger Präsident auch noch einzelne Urteile aus diesem Bereich, wie oben ausgeführt, selbst als allgemeingültig bespricht und kommentiert. Es gibt kein Rechtsmittel dagegen, wenn der Senat die Aufrechterhaltung des Haftbefehls, wie es auch jetzt wieder bei einzelnen verhafteten Redakteuren geschieht, beschließt oder gar eine Verurteilung ausspricht. Durch diese Sonderzuständigkeit in der politischen Justiz ist es auch unmöglich, etwa die Entscheidung des Großen Strafsenats anzurufen, wenn es um die Abweichung oder Abänderung der Auslegung von Tatbestandsmerkmalen geht.

Wir Verteidiger in politischen Strafsachen wissen aus unserer eigenen Erfahrung von dieser unserer „Ohnmacht" und den geringen rechtlichen Einflußmöglichkeiten in Verfahren und Hauptverhandlungen politischer Strafsachen, wo die Justiz zur Dirne der Politik wird. Wir kennen insbesondere die Rechtsprechungstendenz des 3. Strafsenats, von der der ehemalige Generalbundesanwalt Dr. Güde selbst einmal ausführen mußte:

> „Die heutige politische Justiz judiziert aus dem gleichen gebrochenen Rückgrat heraus, aus dem das Sondergerichtswesen (Hitlers) zu erklären ist" [15]).

Wir haben daher kein Vertrauen dazu, daß man in der „Spiegel"-Affäre es der Justiz überlassen will oder soll, wie sie die strafrechtliche Seite der Angelegenheit erledigen wird! Der justizielle Bereich ist hier und heute keine Garantie und keine Sicherheit mehr. Dies ist auch im Endergebnis die Meinung des OLG-Präsidenten Dr. Richard Schmid in „Die Zeit" vom 9. 11. 1962. Wir befürchten, daß es den Verhafteten und ihren Verteidigern genauso ergehen wird, wie es uns und den von uns bisher vertretenen, von der politischen Justiz wegen Staatsgefährdung und Verstoß gegen §§ 100 d Abs. 2 StGB verhafteten Betroffenen geschehen ist. Hoffentlich gelingt es der Öffentlichkeit, anhand dieses neuen Verfahrens nunmehr allen die Augen über die Vorschriften, ihre Auslegbarkeit und die Tendenzen des 3. Strafsenats zu öffnen und wenigstens die Vorschriften auf parlamentarischem Weg zu ändern. Man sollte auch allerseits die im Entwurf zum Strafgesetzbuch 1962 vorgesehenen Vorschriften unter diesen Gesichtspunkten ganz neu „unter die Lupe nehmen". Unsere Publikationen bieten stichhaltiges Material und genügend überzeugende Rechtsargumente[16]).

Dr. Güde, der bei seinen jetzigen Bemühungen, die Aktionen gegen den „Spiegel" juristisch abzuschirmen, diese politische Justiz abzuschwächen versucht, war noch vor einem Jahr anderer Meinung über seinen „Antipoden"-Senat:

> „Die politische Straftat als gewöhnliches kriminelles Verbrechen zu sehen, sie also ihres politischen Wesens zu entkleiden, ist allenfalls juristische Glasperlenspielerei" [17]).

Wenn jemand die Rechtsprechung dieses Senats kennen muß, dann ist es Dr. Güde, der langjährige oberste Ankläger in der Bundesrepublik. Wenn er in seinem für die Presse geschriebenen Artikel: *„Pressefreiheit und Staatsgeheimnisse"* wie beschwichtigend ruft, daß man bei dieser „delikaten Grenzzone" und bei allem ungeklärten „Risiko der Presse", was auch er einräumen muß, nicht die subjektive Seite vergessen dürfe, ohne die niemand verurteilt werden würde, so ist diese Situation mehr als bedenklich: Er muß, ebenso wie wir Verteidiger, wissen, wie schnell und einfach gerade der 3. Strafsenat des

---

13) Schon Referate der 1. Arbeitstagung v. 4./5. Mai 1957 S. 15 ff.

14) §§ 134 ff. GVG.

15) Zitiert nach „Spiegel" Nr. 28 v. 5. 7. 1961 S. 25.

16) Referate, Auszüge aus Referaten und Diskussionsbeiträgen, Veröffentlichungen aus der 1.—8. Arbeitstagung und Gesamtaussprache zu Frankfurt 1957—1962; 1.—6. Rundbrief an die Verteidiger in politischen Strafsachen 1961/62, teilweise vergriffen.

17) „Spiegel" vom 5. 7. 1961, S. 22.

BGH die (subjektive) Schuld bejaht oder unterstellt. Die §§ 99 ff. StGB sind keine Absichtsdelikte, es genügt jeder dolus eventualis, d. h. jede mögliche Inkaufnahme des Umstandes, daß die Veröffentlichung vielleicht „das Wohl der Bundesrepublik" irgendwie gefährden — wohl gemerkt: nicht schädigen, nur gefährden! — könnte. Es wird — entgegen Güde 1962 — eben nicht verlangt, daß der Täter weiß, der Gegenstand der Veröffentlichung sei ein „Staatsgeheimnis". Der Rechtswissenschaftler meint dazu: Wenn der Täter nicht wußte, daß ein Gericht später einmal seine „Presse-Äußerung" als Staatsgeheimnis bezeichne, so ist dies ein sog. unbeachtlicher Subsumtionsirrtum.

Sollte ein Täter jedoch ausnahmsweise die Geheimhaltungsbedürftigkeit seines Artikels verkannt haben, dann kann er immer noch nach § 100 c StGB zur Gefängnisstrafe verurteilt werden, wenn diese Nichtkenntnis auf Fahrlässigkeit beruht (während bei vorsätzlichem Landesverrat ausschließlich Zuchthausstrafe von 1 bis 15 Jahren angedroht ist!).

Glaubt jemand im Ernst, der am 22. Juli 1960 vom BGH verurteilte Techniker hätte auch nur geahnt oder annehmen müssen, seine wissenschaftliche Bearbeitung bekannter Vorgänge sei ein Staatsgeheimnis? Güdes Untergebener, Bundesanwalt Dr. Wagner, hat dann auch mit besonderem Nachdruck zu diesem Urteil im Publikationsorgan des Bundesjustizministers wörtlich ausgeführt:

> „Zur inneren Tatseite des Landesverrats gehört, daß der Täter sich bewußt gewesen ist, das von ihm erarbeitete Gesamtbild sei so umfassend, so wertvoll und so aufschlußreich, daß es zum Wohle der Bundesrepublik vor einer fremden Regierung geheim zu halten war.
>
> Die Ansicht, Staatsgeheimnisse seien nur Dinge, die unter ausdrücklichem Geheimnisschutz gestellt und nur durch irgendein strafbares Vergehen zu erlangen seien, ist unerheblich" [18]).

Vielleicht versteht man unter diesen Aspekten nunmehr, warum die Haftbefehle bislang wegen „weiter vorliegenden dringenden Tatverdachts" nicht aufgehoben wurden und die Verhafteten vermutlich auch nicht so schnell freigelassen werden. Wir Juristen, die wir im Amnestie-Ausschuß mitarbeiten, bieten allen, die guten Willens sind, zu gemeinsamen Anstrengungen die Hand.

Ursprünglich glaubten wir, durch eine umfassende Amnestie aller politischen Verfahren die gesetzlichen wie ungesetzlichen Ungerechtigkeiten korrigieren zu können. Unsere Aufgaben, welche nunmehr vor allen Bürgern stehen, denen die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechte und die Demokratie wirklich am Herzen liegen, sind weit darüber hinausgewachsen. Die Spiegel-Affäre ist wie ein Menetekel, endlich Halt zu machen, von Grund auf umzudenken und gegen den Kern des Übels alles einzusetzen, um eine unheilvolle Entwicklung in letzter Minute abzuwenden. Wir haben es immer betont: Es geht nicht, wie schon einmal, „nur um Kommunisten", die angeblichen „Feinde der Demokratie". Es geht heute schon gegen die „Feinde dieser Feinde", nur weil sie an einer, unseres Erachtens dazu noch völlig verfehlten, Regierungspolitik Kritik üben oder dazu in Opposition stehen.

Dieser zentralen Erkenntnis und den allumfassenden Gefahren gegenüber verblassen die sonstigen Begleitumstände und bedauerlichen Mißgriffe der Aktion, mit der sich die in- und ausländische Presse ausgiebig und kritisch beschäftigte, so daß wir beispielsweise zu der Art der Verhaftung des Redakteurs Ahlers, der Festnahme des „falschen" Redakteurs Augstein, der Beschlagnahme und Versiegelung der Räume und der Durchsicht der druckfrischen Fahnen hier keine besondere Stellung nehmen wollen.

Nur zu einem Punkt dürfen wir Verteidiger aus einer ähnlichen bitteren Erfahrung in jenem Prozeß gegen Pastor Oberhof, Pfarrer Eckert und fünf andere vor dem Landgericht Düsseldorf nicht schweigen: Wenn der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen vor dem Bundestag am 7. 11. u. a. davon gesprochen hat,

> Augstein verdiene am Landesverrat, es sei ein Abgrund von Landesverrat, das finde er gemein und es handele sich um ein sehr schweres Verbrechen,

[18]) Goltd. Arch. a.a.O. S. 131.

so müssen auch wir dies als unzulässige Vorwegnahme und unzulässige Einmischung des Regierungsschefs in ein schwebendes Gerichtsverfahren bezeichnen. Auch wenn der Herr Bundeskanzler noch so sehr davon überzeugt und sicher sein sollte (oder sogar sein kann), daß die politische Justiz nach den ihr gesetzlich eingeräumten Sonderbefugnissen und Sonderzuständigkeiten, der derzeitigen Besetzung des 3. Strafsenats und der bisherigen Judikatur die Verhafteten als „Landesverräter" verurteilen wird, steht ihm dies nicht zu.

Daß der Bundeskanzler diesen Vorwurf laut Zeitungs- und Rundfunkmeldungen nachher in USA anläßlich einer Rede vor der Presse auch noch wiederholte, müssen wir ebenfalls zurückweisen. Es ist dieselbe Methode wie damals im Jahre 1959/60, als während der nahezu fünf Monate andauernden Hauptverhandlung gegen die oben erwähnten Repräsentanten des Friedenskomitees der Bundesrepublik, also des nationalen Sektors des Weltfriedensrats, dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow und auch in einem nahöstlichen Staat von Vertretern der Bundesregierung erwidert wurde, die Angeklagten hätten sich nur getarnt, „in Wirklichkeit aber seien sie Mitglieder der KPD" (was schon objektiv bei mehreren nicht der Fall war). Die Folge war, daß sie alle nach § 90a StGB verurteilt wurden und darüber hinaus auch eine beantragte einstweilige Verfügung gegen die Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler, auf Unterlassung derartiger Äußerungen vor Rechtskraft einer Verurteilung in der ersten Instanz verloren [19]).

Damals schwiegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die bundesrepublikanische Presse und das Parlament diese Vorgänge noch tot; heute ist man aus dem Schlafe erwacht; ein verheißungsvolles Zeichen, daß man sich auf die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihre Erhaltung besinnt und den Kampf für sie aufgenommen hat.

I. A. gez. Dr. jur. W. Ammann.

Die Tübinger Erklärung

54 Professoren der Universität Tübingen unterzeichneten die folgende Erklärung zur „Spiegel"-Affäre:

Wir, die unterzeichneten Professoren der Universität Tübingen, erklären in Sorge um den Fortbestand der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik und in dem Wunsche, zur Wahrung der Integrität unseres politischen Gemeinwesens und seiner Verfassung einen Beitrag zu leisten:

1. Die im Anschluß an die Aktion gegen den SPIEGEL in den letzten Wochen zutage getretenen Verhältnisse haben in unserem Volk eine Vertrauenskrise verursacht, die, wenn sie nicht wirksam behoben wird, zur inneren und äußeren Schwäche der Bundesrepublik führen kann.

2. Uns bewegt nicht die Absicht, zu rechtlichen Problemen Stellung zu nehmen oder gar in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

3. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die legitimer Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und im Bundestag sind.

4. Die eigentliche beunruhigende Konsequenz der Angelegenheit und der Anlaß für den ungewöhnlichen Schritt dieser Erklärung liegen vielmehr darin, daß mit der Bundesregierung in den letzten Wochen auch das politische Gemeinwesen, dessen Bürger wir sind, an Glaubwürdigkeit verloren hat. Daß im Ausland, und zwar gerade auch bei unseren Verbündeten im freien Westen, weithin eine Rückkehr zu Methoden der deutschen Vergangenheit festgestellt und bedauert wird, mag an sich noch kein Grund sein, innenpolitische Folgerungen zu ziehen. Daß aber viele Bürger unseres Landes, unter ihnen gerade auch unsere Studenten, sich in anhaltender Beunruhigung fragen, ob die Prinzipien des Rechtsstaates und die Spielregeln der Demokratie gewahrt bleiben, ist ein Tatbestand, den die Bundesregierung nicht dadurch ausräumen kann, daß sie den Anschein erweckt, es handle sich um bürokratische Ungeschicklichkeiten in reinen Verwaltungsfragen.

5. Die Frage der Schuld oder Unschuld einzelner zu klären, sind wir weder imstande noch befugt. Bewirkt wird die gegenwärtige Vertrauenskrise jedoch durch den verbreiteten Eindruck, daß die Bundesregierung mit dem Bundestag und der Öffentlichkeit ein unwürdiges und unwahrhaftiges Versteckspiel getrieben habe, daß Mitglieder der Bundes-

[19]) Az des LG Köln: 1 Q 1/60.

regierung die Prinzipien des Rechtsstaates subjektiv nicht ernst nehmen und daß der Versuch unternommen worden ist, durch die nicht einmal ernst gemeinte Ablösung von Staatssekretären von der Verantwortung der Regierung abzulenken.

6. Ein freier Rechtsstaat beruht auf dem Vertrauen der Bürger in die Wahrhaftigkeit und Offenheit der staatlichen Organe. Nach den Ereignissen der letzten Wochen hat jedoch der Zweifel, ob unsere staatlichen Institutionen noch in diesem Sinne als unantastbar gelten können, ein bedenkliches Ausmaß angenommen. Wir halten es daher für unsere Pflicht, in aller Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß das Ansehen der Bundesrepublik als eines demokratischen Rechtsstaates auf dem Spiel steht und es von uns allen, besonders aber von den Politikern aller Parteien abhängt, ob dieses Ansehen gerettet werden kann.

7. Angesichts der Verletzlichkeit der Demokratie in unserem Lande und der Schwäche ihrer Tradition kann die Vertrauenskrise nur noch durch einen unmißverständlichen Akt des politischen Anstandes behoben werden. In den älteren Demokratien hätte eine Krise dieses Ausmaßes den Rücktritt der Regierung zur Folge. Wir meinen daher, daß eine durchgreifende innere Erneuerung der Regierung die Voraussetzung dafür ist, daß die Glaubwürdigkeit unseres politischen Gemeinwesens wiederhergestellt wird.

Prof. D. Otto Bauernfeind, Prof. Dr. Hermann Bausinger, Prof. Dr. Thomas S. Barthel, Prof. Dr. Gustav Bebermeyer, Prof. Dr. Friedrich Beißner, Prof. Dr. Otto Friedrich Bollnow, Prof. Dr. Hellmut Brunner, Prof. Dr. Erwin Bünning, Prof. Dr. Ralf Dahrendorf, Prof. Dr. Hansmartin Decker-Hauff, Prof. D. Hermann Diem, Prof. Dr. Georg Eißer, Prof. D. Karl Elliger, Prof. D. Walther Eltester, Prof. Dr. Wolf Freiherr von Engelhardt, Prof. Dr. Walter Erbe, Prof. Dr. Josef Esser, Prof. Dr. Dr. Erich Fechner, Prof. Dr. Hans Erich Feine, Prof. Dr. Andreas Flitner, Prof. D. Dr. Kurt Galling, Prof. Dr. Walter Gerstenberg, Prof. Dr. Hartmut Gese, Prof. Dr. Karl Gottlieb Grell, Prof. Dr. Kurt Herbert Halbach, Prof. Dr. Heinrich Harms, Prof. Dr. Ulrich Hausmann, Prof. Dr. Felix Heni, Prof. Dr. Werner Jetter, Prof. D. Ernst Käsemann, Prof. Dr. Eduard Kern, Prof. Dr. Hans Krahe, Prof. Dr. Friedrich Lang, Prof. Dr. Hans-Joachim Lang, Prof. Dr. Hans Marchand, Prof. Dr. Werner Markert, Prof. Dr. Helmut Metzner, Prof. D. Otto Michel, Prof. Dr. Berthold Ostertag, Prof. Dr. Gerhard Pfahler, Prof. Dr. Paul Pulewka, Prof. Dr. Ludwig Raiser, Prof. D. Gerhard Rosenkranz, Prof. Dr. Hans Roemer, Prof. Dr. Dr. Hans Rothfels, Prof. D. Dr. h. c. Hanns Rückert, Prof. Dr. Adolf Schüle, Prof. Dr. Walter Schulte, Prof. Dr. Gerhard Schulz, Prof. Dr. Walter Schulz, Prof. Dr. Max Schwarz, Prof. Dr. Paul Thieme, Prof. Dr. Helmut Wielandt, Prof. Dr. Herbert Wilhelmy.

Der Spiegel v. 28. XI. 62

Stuttgarter Professoren stimmen der Tübinger Erklärung zu

Die am Anfang dieser Woche veröffentlichte Erklärung der Tübinger Professoren zu der im Zusammenhang mit der „Spiegel"-Affäre entstandenen Vertrauenskrise, in der eine durchgreifende innere Erneuerung der Regierung als Vorausaussetzung für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit unseres politischen Gemeinwesens gefordert wird, hat in Stuttgart eine bemerkenswerte Resonanz gefunden. 27 Professoren der Stuttgarter Technischen Hochschule haben sich jetzt durch Unterschrift dieser Tübinger Erklärung angeschlossen. Unter den Unterzeichnern befinden sich eine Reihe bekannter Namen, darunter Städtebauer und Architekten wie Professor Linde, Professor Gutbrod, Professor Tiedje, Professor Gutbier, Professor Schmitthenner, Professer Debus, der Physiker Professor Dehlinger sowie der Literaturhistoriker Professor Martini und der Philosoph Professor Bense.

Stuttgarter Zeitung v. 24. XI. 62

63 Bonner Professoren zur „Spiegel"-Affäre

63 Professoren der Universität Bonn haben sich mit der nachstehenden Resolution an alle Abgeordneten des Bundestages gewandt:

Gleich unzähligen anderen Staatsbürgern sind wir, die unterzeichneten Professoren der Universität Bonn, tief betroffen über das, was im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen den „Spiegel" über unsere innenpolitischen Zustände offenbar geworden ist.

Wir äußern uns hier nicht zu den juristischen Problemen des Falles. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß Straftaten unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften mit allem Nachdruck verfolgt werden und vertrauen darauf, daß die Abgrenzung zwischen

Pressefreiheit und Staatsschutz in dem bevorstehenden Verfahren gefunden werden wird. Auch zu den Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden können wir nicht Stellung nehmen; wir sind davon überzeugt, daß etwaige Übergriffe der Polizei gerichtlich geahndet werden. Unsere Sorgen gelten jenen Fehlern und Mißständen, die nicht in gerichtlichen Verfahren geheilt und gesühnt werden können. Mit diesen Sorgen wenden wir uns an Sie in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des die Gesamtheit der Staatsbürger repräsentierenden Verfassungsorgans.

Die Behandlung der Spiegelsache durch die Bundesregierung war schlimmer als eine Summe von Mißgriffen, sie war unwürdig. Durch eine Kette von Irreführungen, kurzlebigen Dementis und unwahren Beteuerungen hat man die Vorgänge vor der Öffentlichkeit zu verschleiern gesucht. Vor dem Parlament nannte der Regierungschef einen noch nicht einmal angeklagten Staatsbürger einen Landesverräter, der mit seinem Verbrechen Geld verdiene; diese Vorwegnahme des Gerichtsurteils ist eine Mißachtung der Rechtspflege und untergräbt im Volk die Glaubwürdigkeit der künftigen richterlichen Entscheidungen in dieser Sache. Die gleiche Mißachtung des Rechts verriert die wegwerfende Bemerkung, mit der rechtliche Bedenken im Hinblick auf eine im Ausland vorgenommene Verhaftung beiseite geschoben wurden. Das alles sind nicht bloße ‚Randerscheinungen'. Es sind Zeichen einer Entartung unseres politischen Lebens. Man hat der Staatsautorität Abbruch getan und das Vertrauen in unsere demokratische Ordnung aufs Spiel gesetzt.

In Deutschland denken viele in erster Linie an den Schaden, der dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland erwächst. Uns erscheinen noch ernster die politischen Verheerungen im Inland. Schlechter innenpolitischer Stil ist wie eine schleichende Krankheit. Er legt die guten Kräfte lahm, an denen es unseren Parlamenten, unseren Parteien, unserer Beamtenschaft sicherlich nicht fehlt. Er verhindert die Ausbildung eines sicheren Staatsbewußtseins.

Zu unseren Pflichten als Hochschullehrer gehört es, die akademische Jugend an den Staat heranzuführen. Vorgänge wie die der letzten Wochen wirken diesen Bemühungen entgegen. Dazu können wir nicht schweigen.

Wir hoffen darauf, daß der Bundestag in gemeinsamer Anstrengung aller Fraktionen die Kraft haben wird, der Wahrhaftigkeit und Rechtlichkeit bei der politischen Willensbildung wieder Geltung zu verschaffen. Bitte verstehen Sie unseren Appell an Sie als einen Ausdruck des Gemeinsinns, mit dem das Parlament sich in Einklang wissen soll.

Wir begrüßen Sie in der Verbundenheit gemeinsamer staatsbürgerlicher Verantwortung.

Prof. Dr. rer. pol. Albach, Prof. Dr. phil. Alewyn, Prof. Dr. jur. Ballerstedt, Prof. Dr. phil. J. Barion, Prof. Dr. phil. F. Becker, Prof. Dr. jur. Beitzke, Prof. Dr. phil. Beumann, Prof. D. Bizer, Prof. Dr. phil. Bracher, Prof. Dr. agr. H. Braun, Prof. Dr. phil. nat. R. Brinkmann, Prof. D. Dehn, Prof. Dr.-Ing. Dencker, Prof. D. Dinkler, Prof. Dr. phil. von Einem, Prof. Dr. rer. pol. Eisermann, Prof. Dr. med. Elbel, Prof. Dr. phil. A. Esch, Prof. Dr. jur. Flume, Prof. Dr. phil., Dr.-rer nat. h. c. Gerth, Prof. Dr. jur P. Gieseke, Prof. Dr. rer. nat. W. Groth, Prof. Dr. phil. H. Hahn, Prof. Dr. phil. Hasenjaeger, Prof. Dr. rer. nat. Hirzebruch, Prof. Dr.-Ing. W. Hofmann, Prof. Dr. phil. Hubatsch, Prof. Dr. phil. Hübinger, Prof. Dr. med. Hungerland, Prof. Dr. phil. Käsmann, Prof. D., Dr. phil. Karpp, Prof. Dr. jur. A. Kaufmann, Prof. D., Dr. phil. J. Konrad, Prof. Dr. theol. Krause, Prof. D. Kreck, Prof. Dr. phil. nat. Krull, Prof. Dr. phil. Martin, Prof. Dr. phil. K. Maurer, Prof. Dr. phil H. Meier, Prof. Dr. phil., Dr. sc. rel. h. c. Mensching, Prof. D. Dr. Noth, Prof. Dr. phil. Papajewski, Prof. Dr.-Ing. W. Paul, Prof. D. Plöger, Prof. Dr. jur. Ridder, Prof. Dr. med. Rössler, Prof. Dr. phil. Rüdiger, Prof. Dr. phil. Sander, Prof. Dr. phil. W. F. Schirmer, Prof. Dr. phil. Schmid, Prof D. Schneemelcher, Prof. Dr. phil. Stackmann, Prof. Dr. med., Dr. phil. Steudel, Prof. Dr. med. Stöhr, Prof. Dr. theol. Surkau, Prof. Dr. phil. Tschesche, Prof. Dr. phil. Ullrich, Prof. Dr. phil. H. Wagner, Prof. D. Vielhauer, Prof. Dr. jur. Weidner, Prof. Dr. med. Weitbrecht, Prof. Dr. phil. Marg. Woltner, Prof. Dr. phil. Zorn.

General-Anzeiger für Bonn und Umgegend v. 21. XI. 62

Politische Wissenschaftler zur „Spiegel"-Affäre

29 Professoren der politischen Wissenschaft und des Staatsrechts verschiedener Universitäten und Hochschulen richteten das folgende Schreiben an den Präsidenten des Bundesrates, Ministerpräsident K. G. Kiesinger, der z. Z. den Bundespräsidenten vertritt:

Hochverehrter Herr Bundestagspräsident! Als Staatsbürger der Bundesrepublik und als Inhaber eines Lehramts, dem die Pflege des Verfassungsbewußtseins und die Erziehung zur politischen Verantwortlichkeit anvertraut ist, wenden wir uns an Sie als den Vertreter des Herrn Bundespräsidenten, weil uns tiefe Sorge um die Glaubwürdigkeit und damit um die Zukunft unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Verfassung erfüllt.

Wir versagen uns, vor dem Abschluß der in Gang befindlichen gerichtlichen Verfahren zu der gegen Verleger, Herausgeber und Mitarbeiter der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL erhobenen Anklage des Landesverrats, zu dem Problem des Verhältnisses von Pressefreiheit und Geheimnisinteresse des Staates und zu der Frage der Rechtmäßigkeit und politischen Klugheit von Einzelheiten der polizeilichen Ermittlungsaktion Stellung zu nehmen. Wir sind aber überzeugt, daß Lebensnerv und innere Autorität eines freiheitlichen Staatswesens dadurch schmerzlich verwundet worden sind, daß nicht einmal das vom Volk gewählte Parlament von Mitgliedern der aus demselben Parlament hervorgegangenen und ihm verantwortliche Regierung rechtzeitig und wahrheitsgemäß über Vorgänge unterrichtet worden ist, die für die Rechtsstaatlichkeit unseres Gemeinwesens zentrale Bedeutung haben.

Der aus diesem Verstoß gegen den Geist der Verfassung entstandene und noch zu erwartende Schaden ist schwer und muß das Vertrauen des Bürgers zu Parlament und Regierung erschüttern. Dessen Wiederherstellung scheint uns nur möglich, wenn dafür verantwortliche Minister die Konsequenz aus ihrem wie immer erklärbaren Versagen ziehen.

Prof. Dr. Otto Bachof (Tübingen), Prof. Dr. Arnold Bergstraesser (Freiburg), Prof. Dr. Waldemar Besson (Erlangen), Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher (Bonn), Prof. Dr. Hartwig Bülck (Speyer), Prof. Dr. Horst Ehmke (Freiburg), Prof. Dr. Theodor Eschenburg (Tübingen), Prof. Dr. Gert v. Eynern (Berlin), Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim (Berlin), Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg (Berlin), Prof. Dr. Otto Heinrich v. d. Gablentz (Berlin), Prof. D. Dr. Hans Gerber (Freiburg), Prof. Dr. Wilhelm Hennis (Hamburg), Prof. Dr. Konrad Hesse (Freiburg), Prof. Dr. Dietrich Jesch (Marburg), Prof. Dr. Eugen Kogon (Darmstadt), Prof. Dr. Siegfried Landshut (Hamburg), Prof. Dr. Richard Löwenthal (Berlin), Prof. Dr. Walter Mallmann (Frankfurt am Main), Prof. Dr. Erich Matthias (Marburg), Prof. Dr. Eberhard Menzel (Kiel), Prof. Dr. Karl Josef Partsch (Mainz), Prof. Dr. Adolf Schüle (Tübingen), Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Rudolf Smend (Göttingen), Prof. Dr. Kurt Sontheimer (Berlin), Prof. Dr. Otto Stammer (Berlin), Prof. Dr. Herbert Wehrhahn (Saarbrücken), Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler (Berlin).

Der Spiegel v. 28. XI. 62

Stellungnahme von Pfarrern und Gemeindegliedern zur „Spiegel"-Affäre

„Im Reich dieses Königs hat man das Recht lieb" (Psalm 99,4). — Als evangelische Christen stehen wir zu diesem biblischen Wort, das die erneuerte evangelische Kirche — besonders in der Zeit des Kirchenkampfes 1933 bis 1945 — wieder zu bezeugen gelernt hat.

Wir müssen darum als Christen die Art und Weise des Vorgehens gegen Journalisten des „Spiegel" mißbilligen. Nach den Bundestagsdebatten vom 7.—9. November 1962 schließen wir uns den Stimmen der deutschen Öffentlichkeit an, die den Rücktritt von Verteidigungsminister Strauß und aller dem Parlament verantwortlichen Politiker fordern, die sich Amtsanmaßung, Verfassungsbruch oder Eingriff in ein schwebendes Verfahren zuschulden kommen ließen.

Um der Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik willen würden wir einen „Strafantrag gegen Unbekannt wegen Verdachtes des Verbrechens des Verfassungsverrates begrüßen (§§ 88 und 89 Strafgesetzbuch)."

§ 89 StGB: „Wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen 1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder 2. einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, wird wegen Verfassungsverrates mit Zuchthaus bestraft; in besonders schweren Fällen kann auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden." — Verfassungsgrundsätze sind laut § 88: „... die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung (die von Minister Strauß in einer Entgegnung an den „Stern", Erscheinungsdatum 3. 12. 1962, glatt bestritten

wird), die Unabhängigkeit der Gerichte, der Ausschluß jeder Gewalt und Willkürherrschaft."

Hinzu kämen etwa § 341 StGB: „Ein Beamter, welcher vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt zu sein, eine Verhaftung ... vornimmt oder vornehmen läßt ..., wird nach Vorschrift des § 239, jedoch mindestens mit Gefängnis von 3 Monaten bestraft." Der Strafrahmen beträgt nach §§ 239, 341 3 Monate bis 5 Jahre Gefängnis.

Homburg/Saar, 12. November 1962

Obige Erklärung wurde bisher unterzeichnet u. a. von:

Pfarrer Bach, Neuhofen/Pf. Pfarrer Bechberger, Eisenberg/Pf. Rudi Brill, Kantor, Bexbach-Saar. Willi Caster, Presbyter, Erbach-S. Pfarrer Creutz, Kindenheim/Pf. Pfarrer Fehn, Tiefenthal/Pf. Pfarrer und Studienrat Fischer, Homburg/Saar. Ruth Focht, Presbyterin, Wallerfangen/S. D. Fuhrmann, kaufmännischer Angestellter, Dudweiler-Saar. Pfarrer Kl. Groß, Harxheim-Pf. Vikar Heipp, Homburg-Saar. Pfarrer Held, St. Julian-Pf. Pfarrer A. Herzer, Sippersfeld-Pf. Pfarrer Hunsicker, Hassel-Saar. Pfarrer Jacob, Landstuhl. Vikar Koch, Parmasens. Dr. W. Koch, Büchereidirektor a. D., Zweibrücken. Pfarrer und Studienrat Dr. jur. Kögel, Frankenthal. Pfarrer Kohlstruck, Trippstadt/Pf. Stud. päd. H. Lehmann, Hassel-Saar. Lehrer Lorenz, Hochspeyer/Pf. Dietrich Michaelsen, Hassel-Saar. Pfarrer H. J. Oeffler, Siegelbach/Pf. Pfarrer Ohler, Ramsen/Pf. Pfarrer H. P. Müller, Oberlustadt/Pf. Pfarrer Paul, Miesenbach/Pf. H. Pordzik, Pfarrfrau, Breitfurt/S. Wilfried von Rekowski, Geschäftsführer von EIRENE, Kaiserslautern. Pfarrer E. H. Roos, Ludwigshafen-Mund. Pfarrer und Studienrat Dr. phil. Schnebel, Kaiserslautern. Pfarrer Schwab, Heiligenmoschel/Pf. Diakon Sefrin, Frankenthal. Hauptlehrer R. Simon, Homburg-Saar. Vikar Sopp, Pirmasens. Pfarrer und Studienrat Dr. jur. Kögel, Frankenthal. Pfarrer Stoll, Walsheim bei Landau/Pf. H. Trummer, Hambach/Pf. Pfarrer und Studienrat Venter, Zweibrücken. Pfarrer Wagner, Niederbexbach-Saar. Pfarrer Wilfr. Wetzler, Ludwigshafen-Mu. Pfarrer König, Saarlouis. Herbert Reich, Hamburg. Pfarrer Eduard Hesse, Hoerstgen, Kreis Moers. Pfarrer Krüsmann, Pfarrer Menz, Rheinhausen-Hochemmerich. Pfarrer Semmelrock, Frankfurt.

Die Stuttgarter Erklärung

Am 25. November 1962 fand im vollbesetzten Mozartsaal der Liederhalle in Stuttgart auf Einladung des Pahl-Rugenstein-Verlages ein Öffentliches Forum „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Lehren und Konsequenzen aus der ‚Spiegel-Affäre'" statt. Teilnehmer des Podiumgesprächs waren: Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Erich Kuby, München; Dr. Erich Ebermayer; Rechtsanwalt Dr. W. Ammann, Heidelberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Lothar Pleithner, Vorstand der Landesgruppe Baden-Württemberg der IG Druck und Papier; Manfred Pahl-Rugenstein und Dr. Achim v. Borries. Im Anschluß an die Diskussion wurde die folgende Entschließung mit großer Mehrheit angenommen:

D. Red.

Die überwiegende Mehrheit der am Sonntag, dem 25. November, in der Liederhalle in Stuttgart zu einem öffentlichen Forum „Demokratie und Rechtstaatlichkeit" versammelten 750 Bürger der Bundesrepublik bekunden hiermit einmütig:

Das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesrepublik in die rechtstaatliche und demokratische Gesinnung von Mitgliedern der Bundesregierung und leitenden Persönlichkeiten der Ministerialbürokratie ist durch das Verhalten dieser Personen in der „Spiegel"-Affäre tief erschüttert worden. Es hat sich gezeigt, daß die zweite deutsche Republik von oben her gefährdet wird, d. h. von denen, die für den Schutz der Demokratie und des Rechts nach innen und nach außen verantwortlich sind.

Es geht dabei längst nicht mehr allein um die Pressefreiheit, sondern um die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik überhaupt. Das Ansehen der Bundesrepublik in der freien Welt ist durch das Verhalten der Regierung in der „Spiegel"-Affäre aufs schwerste gefährtet worden.

Die Anwesenden fordern deshalb:

1. Eine rückhaltlose und vollständige Aufklärung der „Aktion Spiegel".

2. Aus den Erfahrungen und Ereignissen der letzten Wochen müssen unverzüglich alle politischen und alle rechtlichen Konsequenzen gezogen werden.

   Vorwürfen gegen Minister und hohe Persönlichkeiten muß mit demselben Nachdruck nachgegangen werden, der bei den gleichen Vorwürfen gegenüber jedem einfachen Staatsbürger angewandt wird.
3. So selbstverständlich das Ausscheiden des bisherigen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß aus seinem Ministerium ist, nach dem zuletzt Geschehenen ist das Ausscheiden aus a l l e n öffentlichen Ämtern unerläßlich.
4. Nicht geringer aber sind Verantwortung und Verschulden des Regierungschefs Dr. Konrad Adenauer. Wir erwarten, daß der Bundeskanzler wie auch der bisherige Bundesinnenminister Dr. Höcherl, demokratischem Brauch entsprechend, unverzüglich Konsequenzen aus ihrem Versagen ziehen.
5. Wir warnen vor der Illusion, ein bloßes Auswechseln von Personen an der Spitze des Staates genüge, die notwendige tiefgreifende Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik herbeizuführen. Die bisherige Politik und die für die Verantwortlichen haben einander bedingt. Nicht allein personelle Konsequenzen, sondern Gesinnungswandel und eine neue konstruktive Innen- und Außenpolitik sind unerläßlich.
6. Unerläßlich erscheint uns eine gründliche Überprüfung der Landesverrats-Vorschriften durch Bundestag und Bundesrat und der baldige Erlaß von Abänderungsbestimmungen, die es gesetzlich unmöglich machen, daß die Rechtssprechung die Anwendung der Landesverratsbestimmungen mehr und mehr ausweitet.
7. Die von der Bundesregierung forcierte Notstandsgesetzgebung kann in der Hand von Verächtern demokratisch-rechtsstaatlicher Grundsätze zu einem Instrument werden, mit dem eine freie Diskussion unserer Politik und Militärpolitik mit dem Anschein der Legalität verhindert werden kann.

   Die Bedeutung und das Gewicht einer wachsamen öffentlichen Meinung für das Funktionieren der Demokratie hat sich gerade in den vergangenen Wochen eindrucksvoll gezeigt. Professoren, Studenten, Presse, Gewerkschaften, sowie Stimmen aus Parteien, Organisationen und von verschiedenen Seiten der Öffentlichkeit haben dabei zusammengewirkt.

   Wir fordern diese und alle anderen demokratisch gesinnten deutschen Staatsbürger auf, mit allem Nachdruck für eine Abwendung der durch die Notstandsgesetzgebung für die innere Freiheit unseres Volkes drohenden Gefahren einzutreten.

   Wir Staatsbürger haben nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht zur Wachsamkeit.

Italienische Intellektuelle protestieren gegen „Spiegel"-Aktion

Namhafte italienische Intellektuelle richteten am 29. X. 62 den folgenden Brief an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom.

Mailand, den 29. Oktober 1962

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Wir bitten Sie, Ihrer Regierung den indignierten Protest der Unterzeichner in bezug auf das schwerwiegende Attentat gegen die Pressefreiheit von seiten des Richters Antonius Berard der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit der Anklage gegen den „Spiegel" und der Verhaftung des Herrn Augstein und mehrerer Redakteure zu unterbreiten.

Der immer engere wirtschaftliche und politische Zusammenschluß zwischen den europäischen Ländern bestimmt uns, diesen Zwischenfall nicht als eine interne deutsche Angelegenheit zu betrachten, sondern als einen schweren Angriff gegen die Freiheit und die Demokratie ganz Europas. Diese Maßnahmen beunruhigen uns ganz besonders im Hinblick darauf, daß die Erinnerung an das Leid und die Zerstörungen, die die Hitlertruppen über Europa gebracht haben, nachdem in Deutschland das Recht vergewaltigt, die Freiheit und die Demokratie zugleich mit der Stimme der Opposition unterdrückt, sowie Intellektuelle und Vertreter der Kultur verhaftet worden waren, noch nicht erloschen ist.

Die Maßnahmen gegen den „Spiegel" lassen klar erkennen, daß es sich um einen Racheakt von seiten einer Persönlichkeit handelt, die von dieser Zeitschrift stark ange-

griffen worden war; und uns beunruhigt der wiederholte Einsatz der deutschen Rechtsprechung für den persönlichen politischen Kampf im Versuch, einen politischen Gegner zu vernichten. Diese Methoden sind eine ernste Bedrohung der demokratischen Struktur des Staates und können daher nicht verfehlen, für die Zukunft der noch jungen deutschen Demokratie Besorgnis zu erregen.

Wir italienischen Demokraten protestieren daher alarmiert gegen die Rückentwicklung, die sich in dem Angriff gegen den „Spiegel" offenbart. Die Pressefreiheit gestattet keine Einschränkungen: es gibt sie oder es gibt sie nicht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Elio Vittorini, Alberto Mondadori, Vittorio Sereni, Paolo Rossi, Carlo Muscetta.

(Dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik")

Professoren-Petition zum VVN-Prozeß

Dem Bundesinnenministerium am 6. IX. 62 zugeleitet

Die Unterzeichneten bitten den Herrn Bundesminister des Innern, den Antrag auf Verbot der Vereinigung für die Verfolgten des Naziregimes (VVN) zurückzuziehen.

Sie sind der Meinung, daß es in einer Periode, in der viele in der Justiz tätige Richter und Staatsanwälte auf ihr Amt verzichten müssen, weil sich herausgestellt hat, daß sie mit der unmenschlichen Terrorjustiz des Dritten Reiches verbunden waren, und in der ein Generalbundesanwalt aus den gleichen Gründen zurückgezogen werden muß, dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik abträglich sein müßte, wenn eine Organisation verboten würde, die eine große Zahl derjenigen umfaßt, gegen die dieser Terror gerichtet gewesen ist, und die seit Jahren die Mitwirkung dieser Kräfte im Gerichtswesen der Bundesrepublik zunächst vergeblich kritisiert hat.

Die Unterzeichneten waren ausnahmslos entschiedene Gegner der KPD. Sie sind auch unbedingte Gegner der politischen Verhältnisse in dem der rechtsstaatsfeindlichen Diktatur der SED unterworfenen Teil Deutschlands. Aber sie wissen, daß der Widerstandskampf gegen das Dritte Reich während langer Jahre vor allem von Mitgliedern und Funktionären der Arbeiterbewegung getragen wurde und daß ein großer Teil dieser Widerstandskämpfer teils von vornherein Kommunisten waren, teils im Laufe des Widerstandskampfes Kommunisten wurden oder mit den Kommunisten eng zusammengearbeitet haben. Daraus erklärt sich, daß in den VVN sehr viele Männer und Frauen an führender Stelle stehen, die ehemals der KPD angehört oder nahegestanden haben. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Verbot der KPD hat ihnen weder ihre persönlichen Freiheitsrechte entzogen, noch haben sie dadurch ihr Recht auf weitere Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik verwirkt. Ihre Häufung in den Führungsstellen und Mitarbeiterkreisen der VVN wäre nur dann bedenklich, wenn sich unter ihnen Frauen und Männer befänden, denen gemäß Art. 18 GG ihre politisch wichtigen Grundsätze in einem rechtsstaatlichen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht aberkannt worden sind. Das ist jedoch offensichtlich nicht der Fall. Nach Meinung der Unterzeichneten wäre es außerordentlich bedenklich, das moralische Gewicht der Kritik von Bürgern ausschalten zu wollen, die in der schlimmsten Periode des Unrechtsstaates ihre persönliche Tapferkeit im Ringen gegen seine Methoden so eindeutig bewiesen haben.

Prof. D. H. Gollwitzer, Berlin; Prof. Dr. W. Mallmann, Frankfurt a. M.;
Prof. Dr. H. Maus, Marburg a. d. L.; Prof. D. E. Wolf, Göttingen;
Prof. Dr. Hans Schäfer, Heidelberg; Prof. Dr. H. Ridder, Bonn.

Bemerkungen:

John L. Collins, 1905 geboren, Kanonikus an der St.-Pauls-Kathedrale in London, ist einer der Führer der britischen Anti-Atom-Bewegung.

Lily Elena Marx lebt als Redaktions-Sekretärin der großen politisch-kulturellen Wochenschrift L'Espresso in Rom. Sie stammt aus Berlin, wo sie 1912 geboren wurde. Nach dreisemestrigem Studium an der Universität Heidelberg (Philosophie, Geschichte, Pädagogik) verließ sie im Mai 1933 aus politischen Gründen Deutschland. An der Universität Rom promovierte sie zum Doktor der Politischen Wissenschaften. Während des Krieges war sie Mitglied des Militärischen Zentrums der römischen Widerstandsbewegung. Seither ist sie als Journalistin tätig, zunächst als Leiterin der italienischen „Bewegung für ein Vereintes Europa", seit 1955 bei L'Espresso. Sie ist außerdem Mitglied der „Radikalen Bewegung" Italiens und Mitglied des internationalen Vorstandes des „Conseil international des Femmes".

Ein geeignetes und wertvolles Geschenk für Verwandte, Freunde und Bekannte ist ein

Jahresabonnement der „Blätter".

Der Verlag sendet auf Wunsch einen hübschen Geschenkgutschein an die von Ihnen angegebene Anschrift.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, MdB, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Dr. med. Joseph Weill
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen:

John L. Collins, 1905 geboren, Kanonikus an der St.-Pauls-Kathedrale in London, ist einer der Führer der britischen Anti-Atom-Bewegung.

Lily Elena Marx lebt als Redaktions-Sekretärin der großen politisch-kulturellen Wochenschrift L'Espresso in Rom. Sie stammt aus Berlin, wo sie 1912 geboren wurde. Nach dreisemestrigem Studium an der Universität Heidelberg (Philosophie, Geschichte, Pädagogik) verließ sie im Mai 1933 aus politischen Gründen Deutschland. An der Universität Rom promovierte sie zum Doktor der Politischen Wissenschaften. Während des Krieges war sie Mitglied des Militärischen Zentrums der römischen Widerstandsbewegung. Seither ist sie als Journalistin tätig, zunächst als Leiterin der italienischen „Bewegung für ein Vereintes Europa", seit 1955 bei L'Espresso. Sie ist außerdem Mitglied der „Radikalen Bewegung" Italiens und Mitglied des internationalen Vorstandes des „Conseil international des Femmes".

Ein geeignetes und wertvolles Geschenk für Verwandte, Freunde und Bekannte ist ein

Jahresabonnement der „Blätter".

Der Verlag sendet auf Wunsch einen hübschen Geschenkgutschein an die von Ihnen angegebene Anschrift.